

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1983

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

INHALT

Energiepreise 1982 bis Juni 1983	189	Zeitweilige Verbilligungen der Kraftstoff- und Heizölpreise im Jahre 1982 und in der ersten Jahreshälfte 1983 trugen zum langsameren Anstieg des gesamten Verbraucherpreisniveaus bei.
Staatsverbrauch und Bruttoanlageinvestitionen 1960 bis 1981	193	Zusammen mit dem privaten Verbrauch bilden Staatsverbrauch und Anlageinvestitionen die Hauptkomponenten des Bruttosozialprodukts.
Ökonomisch induzierte Wanderungen bis 1996	195	Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt sind eine Ursache für das Auftreten von Wanderungsbewegungen. Übersteigt das Angebot an Arbeitskräften den Arbeitskräftebedarf, wird ein Teil der Erwerbspersonen mit Familienangehörigen abwandern.
Kredite und Einlagen bei den Kreditinstituten	201	Der Beitrag enthält eine Analyse der Entwicklung der Kredite und Einlagen bei den Kreditinstituten. Er vermittelt einen Einblick in die monetären Verflechtungen zwischen den am Wirtschaftsprozess Beteiligten.
Fremdenverkehr in Bernkastel-Kues	205	In Bernkastel-Kues erhöhte sich seit Anfang der 70er Jahre die Zahl der Fremdenübernachtungen besonders stark. Das ist maßgeblich auf die Inbetriebnahme von Kuranstalten zurückzuführen.
Anhang	65*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	71*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
Beilage		Bevölkerungsfortschreibung vor und nach Inkrafttreten des neuen Meldegesetzes

Rheinlandpfalz



Statistisches Landesamt

Bevölkerungsfortschreibung vor und nach Inkrafttreten des neuen Meldegesetzes

Beilage

Statistische Monatshefte September 1983

Inhalt

1. Vorbemerkungen	3
2. Unterschiedliche Fortschreibungsverfahren nach bisherigem Recht	3
3. Entwicklung des Melderechts führt zu neuem Hauptwohnungsbegriff	6
4. Einheitlicher Bevölkerungsbegriff kommt	7
5. Probleme der Fortschreibung durch die Aussetzung der Volkszählung	7
6. Umfang einer Umstellung durch die Meldebehörden	8
7. Auswirkungen einer Einwohnerzählung nach der Hauptwohnung	9
8. Kommunikation zwischen Meldebehörden und Statistischem Landesamt nach dem 1. November 1983	10
a. Möglichkeiten des Datenträgeraustauschs	10
b. Abwicklung des Datenträgeraustauschs	11

Bevölkerungsfortschreibung vor und nach Inkrafttreten des neuen Meldegesetzes

Von Helmut Kollmar, Statistisches Landesamt,
und Joachim Weiler, Ministerium des Innern und für Sport

1. Vorbemerkungen

Die Ermittlung der Einwohnerzahlen war in der Vergangenheit immer wieder Gegenstand von Diskussionen, Anlaß zu Ärgernissen und Mißverständnissen. Selbst kommunalpolitische Sachverständige betrachteten dieses Zahlenwerk oft als Geheimwissenschaft. Parlamentarische Anfragen sollten klären helfen, wieviele Einwohner eine Stadt nun wirklich habe. Für manchen Bürgermeister mußte es in der Tat unerklärlich sein, daß er bei der Bundes- und Landtagswahl am 6. März 1983 in seiner Gemeinde mehr Wahlberechtigte zählte, als er laut amtlicher Statistik Einwohner hätte haben dürfen.

In zahlreichen Rechtsvorschriften — so in der Gemeindeordnung, im Finanzausgleichsgesetz, im Kommunalwahlrecht, in Besoldungsregelungen — werden an die Einwohnerzahlen Rechtsfolgen geknüpft, die für die betroffenen Gebietskörperschaften und Personen von höchster, nicht zuletzt auch finanzieller Bedeutung sind. Für die Höhe der Schlüsselzuweisungen, die Zahl der Ratsmitglieder und der Beigeordneten, die besoldungsmäßige Einstufung der kommunalen Spitzenämter, die Möglichkeit, Eigenbetriebe zu schaffen, ist die Einwohnerzahl bestimmend.

In diesem Beitrag werden die Methoden zur Ermittlung der Einwohnerzahl erläutert. Außerdem sollen die Änderungen deutlich gemacht werden, die mit Inkrafttreten des rheinland-pfälzischen Meldegesetzes am 1. November 1983 eintreten werden.

2. Unterschiedliche Fortschreibungsverfahren nach bisherigem Recht

Das bisherige Verfahren zur Feststellung der Bevölkerungszahlen mußte notwendigerweise schon deswegen unbefriedigend bleiben, weil — je nach gesetzlicher Grundlage — zwei verschiedene Berechnungsmethoden angewandt wurden und daher zwangsläufig Differenzen zwischen den Einwohnerzahlen der Meldebehörden und den Wohnbevölkerungszahlen des Statistischen Landesamtes auftraten.

Der Gesetzgeber ging bei der Neufassung der Gemeindeordnung 1973 davon aus, daß im Rahmen des Kommunalverfassungsrechts als maßgebliche Einwohnerzahl jeweils die auf den 30. Juni des Vorjahres vom Statistischen Landesamt nach den melderechtlichen Vorschriften fortgeschriebene Zahl der Personen mit erstem Wohnsitz maßgebend sein soll. Diese Bestimmung des § 130 der Gemeindeordnung (GemO) bzw. des § 66 der Landkreisordnung (LKO) hat jedoch bisher keine praktische Bedeutung erlangt, da sie durch § 8 des Landesgesetzes zur Einführung der Gemeindeordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung vom

14. Dezember 1973 vorerst ausgesetzt wurde, und zwar ausdrücklich im Hinblick auf die bevorstehende bundesrechtliche Neuordnung des Meldewesens.

Bis zu dieser Neuordnung, die dann doch nicht so schnell erfolgte, war daher in Bereich der Gemeinde- und der Landkreisordnung nach früherem Recht zu verfahren, nämlich gemäß § 132 GemO a.F. und § 31 Abs. 1 LKO a.F.¹⁾. Das bedeutete, daß die Fortschreibung der Zahlen in diesem Bereich anhand des melderechtlichen ersten Wohnsitzes durch die Gemeinde (also nicht durch das Statistische Landesamt), und zwar jeweils zum 31. Dezember, erfolgte.

Für den Finanzausgleich wurden dagegen bisher andere Zählmethoden angewandt. Da auch dort die im § 26 Finanzausgleichsgesetz (FAG) eigentlich vorgesehene Zählung anhand der ersten Wohnsitze ausgesetzt wurde, hat das Statistische Landesamt aufgrund der Übergangsregelung des § 36 FAG jeweils zum 30. Juni des Vorjahres die auf der Basis der letzten Volkszählung fortgeschriebene Wohnbevölkerungszahl zu ermitteln.

Angesichts der Anwendung unterschiedlicher Bevölkerungsbegriffe und der daraus resultierenden Differenzen entstand Unbehagen über die Ergebnisse, zumal beide Berechnungsmethoden Fehlerquellen enthalten.

Die Berechnung anhand der ersten Wohnsitze kann dadurch zu falschen Zahlen führen, daß die Einwohner mit mehreren Wohnungen nach bisherigem Melderecht frei bestimmen konnten, welche Wohnung sie als Hauptwohnung anmelden wollten. Der Gesetzgeber ging davon aus, daß der Einwohner die Hauptwohnung selbstverständlich an dem Ort anmeldet, den er als Mittelpunkt oder Schwerpunkt seiner Lebensverhältnisse ansieht²⁾.

1) § 132 der Gemeindeordnung (Selbstverwaltungsgesetz für Rheinland-Pfalz — Teil A —) in der Fassung vom 25. September 1964 (GVBl. S. 145) hat folgenden Wortlaut: „Soweit nach diesem Gesetz die Einwohnerzahl von rechtlicher Bedeutung ist, ist die jeweils von der Gemeinde auf den 31. Dezember des Vorjahres nach den melderechtlichen Vorschriften fortgeschriebene Zahl der Personen mit erstem Wohnsitz maßgebend“.

In § 8 des Landesgesetzes zur Einführung der Gemeindeordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung vom 14. Dezember 1973 (GVBl. S. 417) heißt es: „Im Hinblick auf die bevorstehende bundesrechtliche Neuordnung des Meldewesens sind die Bestimmungen über die maßgebliche Einwohnerzahl (§ 130 Gemeindeordnung, § 66 Landkreisordnung) vorerst nicht anzuwenden. Der Minister des Innern bestimmt durch Rechtsverordnung den Zeitpunkt, von dem ab diese Bestimmungen anzuwenden sind. Bis dahin ist nach dem bisherigen Recht zu verfahren“.

Diese Bestimmung ist mit Inkrafttreten des neuen Meldegesetzes ab 1. November 1983 gestrichen.

2) So heißt es in den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 1 Abs. 2 des bisherigen Meldegesetzes (BerMinBl. 1968 Bd. 1, Sp. 759): „Durch Festlegung der Hauptwohnung soll klargestellt werden, welchen Ort der Inhaber mehrerer Wohnungen als den Mittelpunkt oder jedenfalls Schwerpunkt seiner Lebensverhältnisse ansieht. Gegebenenfalls ist der Meldepflichtige hierauf hinzuweisen“.

Gleichwohl stimmte die Anmeldung der Hauptwohnung mit den tatsächlichen Gegebenheiten oft nicht überein. Aus Verbundenheit mit dem Heimatort oder im Hinblick auf Auswirkungen außerhalb des Melderechts (zum Beispiel beim Wahlrecht, im Bereich der Kfz-Zulassung, bei der Behördenzuständigkeit für die Ausstellung von Pässen, Personalausweisen und Lohnsteuerkarten) wurden Wohnungen als Hauptwohnung angemeldet, die in Wirklichkeit nicht (mehr) den Mittelpunkt der Lebensbeziehungen darstellten. Selbst in unstreitigen Fällen war die Meldebehörde jedoch nicht berechtigt, das Melderegister entsprechend zu ändern³⁾.

Fehler können auch mit dem derzeit praktizierten Verfahren zur Ermittlung der Wohnbevölkerung verbunden sein, die durch das Statistische Landesamt erfolgt. Der im Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957⁴⁾ nicht vorgegebene Begriff der Wohnbevölkerung bildet seit der Volkszählung 1925 die zentrale begriffliche Grundlage. Die Wohnbevölkerung sollte bei dezentral zu erstellenden Statistiken eine Vereinheitlichung gewährleisten und sicherstellen, daß Personen mit mehreren Wohnsitzen bei der Ermittlung der Bevölkerungszahl übergemeindlicher Gebiete nur einmal gezählt werden.

Ausgangspunkt und Grundlage sind die Zahlen der jeweils letzten Volkszählung, die anhand der Geburten, der Todesfälle sowie der Zu- und Wegzüge fortgeschrieben werden. Die Zählung der Wohnbevölkerung erfolgt unabhängig von dem im Melderegister eingetragenen Wohnungstatus (Haupt-/Nebenwohnung), so daß ein Auseinanderlaufen der Zahlen von Meldewesen und Statistik bei diesem Verfahren unvermeidlich ist. Die Statistik orientiert sich bei der Ermittlung der Wohnbevölkerung nicht an den Wohnungsstatusangaben im Melderegister, während das Melderegister keine Angaben enthält, in welcher Gemeinde der Einwohner zur Wohnbevölkerung gezählt wird.

Um bei der Fortschreibung der Wohnbevölkerung eine korrekte Erfassung der zu- und wegziehenden Personen, die mehrere Wohnungen benutzen, zu erreichen, sind die Meldebehörden gehalten, aus Anlaß der An- und Abmeldung folgendes Verfahren anzuwenden⁵⁾:

- (1) Meldepflichtige, die eine Wohnung beziehen, aber in einer anderen Gemeinde eine Wohnung beibehalten, sind bei der Anmeldung von der Meldebehörde zu befragen, von welcher Wohnung aus sie künftig ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgehen oder – sofern sie zu den Nichterwerbspersonen gehören – in welcher

Gemeinde sie sich überwiegend aufhalten werden. Diese Gemeinde ist auf dem Meldeschein rot zu unterstreichen.

- (2) Das gleiche gilt für Meldepflichtige mit Wohnungen in verschiedenen Gemeinden, wenn sie ihre Erklärung über die Hauptwohnung ändern.
- (3) Meldepflichtige mit Wohnungen in verschiedenen Gemeinden, die aus einer Wohnung ausziehen, sind zu befragen, von welcher Wohnung aus sie bisher ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgegangen sind oder – sofern sie zu den Nichterwerbspersonen gehören – in welcher Gemeinde sie sich überwiegend aufgehalten haben. In diesem Fall ist diese Gemeinde auf dem Abmeldeschein rot zu unterstreichen⁶⁾.

Die jeweils nach diesen Regelungen gekennzeichneten An- und Abmeldescheine wurden an das Statistische Landesamt weitergeleitet. Die zeitlich sehr unterschiedliche Einführung der Rotstiftmarkierung in den einzelnen Bundesländern brachte Probleme für das ansonsten bundesweit abgestimmte Fortschreibungsverfahren in der amtlichen Statistik mit sich.

Die Erfahrung zeigt, daß die vorgesehene Befragung des Einwohners von den Meldebehörden sehr großzügig gehandhabt wird. Nicht zuletzt aufgrund des verständlichen Interesses der Gemeinden an höheren Einwohnerzahlen wird eine zuziehende Person, die eine Nebenwohnung anmeldet, mittels Rotstift in der Regel in der Gemeinde der Nebenwohnung als Einwohner gezählt, ohne daß dieser neue Einwohner davon erfährt und ohne daß die Gemeinde, bei der er abgezogen wird, die Richtigkeit der Zählung nachprüfen kann⁷⁾. Da in der Statistik Zahlen erfaßt und keine Namen gelistet werden, fehlt für Bürger und Gemeinden die Transparenz, um Abweichungen zu erkennen und auszuschließen.

Folgende Beispiele sollen dies erhellen:

Beispiel 1: Personen, die mehrere Wohnungen benutzen, versäumen nicht selten, ihre Nebenwohnung abzumelden. Die Zweitwohnung wird als zweitrangig, ihre Abmeldung daher auch als nebensächliche Formalität angesehen. Sie wissen jedoch nicht, daß sie in der Gemeinde der Nebenwohnung als Einwohner gezählt werden, solange diese Wohnung

3) Vgl. Schmidt, Das Melderecht in Rheinland-Pfalz, in: Die Praxis der Gemeindeverwaltung, 1962, S. 8: „Die Meldebehörde hat ... den Anmeldenden unter Umständen auf die Notwendigkeit der Bezeichnung der Hauptwohnung hinzuweisen, ohne daß sie einen Einfluß auf die freie Willensentscheidung des Meldepflichtigen ausüben kann. Sie ist insbesondere nicht befugt, die Angaben des Meldepflichtigen darauf zu überprüfen, ob die angegebene Hauptwohnung auch tatsächlich den wohnungsmäßigen Mittelpunkt seiner Lebensverhältnisse darstellt“.

4) BGBl. I S. 694, Neufassung vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 308), zuletzt geändert durch § 26 des MRRG vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1429).

5) Rundschreiben des Ministeriums des Innern vom 19. Mai 1972, Az.: 405-66/1. Rundschreiben des Statistischen Landesamtes vom 6. Dezember 1972, Az.: 12 214/Ju/Al. Zu den grundsätzlichen Problemen der Bevölkerungsfortschreibung vgl. M. Unglaub: Fortschreibung der Bevölkerung, Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 32, Heft 12, Dezember 1979.

6) Ergänzend sei darauf hingewiesen, daß Personen mit weiterem Wohnsitz im Ausland der Wohnbevölkerung ihrer Heimatgemeinde im Bundesgebiet, Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübungen der Wohngemeinde vor ihrer Einberufung, Patienten in Krankenhäusern sowie Personen in Untersuchungshaft der Wohnbevölkerung ihrer eigentlichen Wohngemeinde zugerechnet wurden. Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei in Gemeinschaftsunterkünften gehörten dagegen ebenso wie Strafgefangene und alle sonstigen Insassen von Anstalten zur Wohnbevölkerung der Standort- bzw. Anstaltsgemeinde. Nicht zur Wohnbevölkerung rechneten die Mitglieder der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte und der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen, wohl aber das bei ihnen beschäftigte deutsche und ausländische Personal sowie alle sonstigen Ausländer ohne Sonderstatus.

7) In einer Arbeitsunterlage des Statistischen Bundesamtes vom 15. November 1982 wird das Verfahren der Rotstiftmarkierung zu Recht als Schwachstelle der Bevölkerungsfortschreibung nach dem Wohnbevölkerungsbegriff bezeichnet: „Aus verschiedenen Gründen kam es häufig vor, daß bei An- oder Abmeldungen die Frage nach dem Arbeits- bzw. Ausbildungsort nicht gestellt wurde. Als Folge dieses Versäumnisses wurden in solchen Fällen letztlich mehr oder minder mechanisch alle Personen, die in einer Gemeinde eine Nebenwohnung angemeldet hatten, der dortigen Wohnbevölkerung zugeordnet“.

Die verschiedenen Bevölkerungsbegriffe

Statistische Wohnbevölkerung	Bisheriges Melderecht	Neues Melderecht
<u>Definition</u>		
Zur Wohnbevölkerung einer Gemeinde gehören alle Personen, die dort ihre alleinige Wohnung haben. Personen mit mehreren Wohnungen werden der Gemeinde zugeordnet, von der aus sie regelmäßig zur Arbeit oder Ausbildung gehen, nicht Erwerbstätige oder nicht in Ausbildung stehende Personen der Gemeinde, in der sie sich überwiegend aufhalten.	Wer eine Wohnung bezieht, hat sich bei der Meldebehörde anzumelden. Wird beim Beziehen einer Wohnung eine andere Wohnung beibehalten, so muß bei der Anmeldung erklärt werden, welche Wohnung die Hauptwohnung der gemeldeten Person ist (vgl. § 1 des Landesgesetzes über das Meldewesen vom 24. Juli 1958). Durch Festlegung der Hauptwohnung soll klargestellt werden, welchen Ort der Inhaber mehrerer Wohnungen als den Mittelpunkt oder jedenfalls Schwerpunkt seiner Lebensverhältnisse ansieht (vgl. Allgemeine Verwaltungsvorschriften zum Meldegesetz, zu § 1).	Hat ein Einwohner mehrere Wohnungen im Geltungsbereich des Melderechtsrahmengesetzes, so ist eine dieser Wohnungen seine Hauptwohnung. Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners. Hauptwohnung eines verheirateten Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt (vgl. § 16 des Meldegesetzes).
<u>Zuordnung</u>		
Der Meldepflichtige mit mehreren Wohnungen wird befragt, auf welche Wohnung die genannten Kriterien zutreffen. Die Zuordnung erfolgt damit nach objektiven Gesichtspunkten.	Der Meldepflichtige mit mehreren Wohnungen kann selbst erklären, welche seine Hauptwohnung ist. Die Zuordnung erfolgt damit weitgehend unter subjektiven Gesichtspunkten.	Entscheidendes Zuordnungskriterium ist die Frage, welche von mehreren Wohnungen (zum Beispiel auf ein Kalenderjahr bezogen) objektiv überwiegend benutzt wird. Bei verheirateten Personen ist diejenige Wohnung Hauptwohnung, die von der Familie vorwiegend genutzt wird. Ein Rückgriff auf die Auslegungsregel in § 16 Abs. 2 S. 3 MG (Schwerpunkt der Lebensbeziehungen) ist erst möglich, wenn nicht zweifelsfrei feststeht, welche Wohnung vorwiegend benutzt wird.

nicht abgemeldet ist. Hierdurch werden – oft über Jahre hinweg – Personen in einer Gemeinde als Einwohner geführt, in der sie längst nicht mehr wohnen. Je größer die Zweitwohnungsdichte einer Gemeinde ist, das heißt je höher der Anteil an Nebenwohnungen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit überhöhter Einwohnerzahlen⁸⁾.

Diese Erkenntnis ist nicht neu und wird auch in den betroffenen Städten nicht bestritten. Insofern bedeutet die Umstellung auf den weitgehend an objektive Kriterien gebundenen Begriff der Hauptwohnung „für Gemeinden mit einer größeren Zahl von Personen mit zweitem Wohnsitz ... ein Nachteil“⁹⁾. Um seine Mitgliedsstädte vor einer Reduzierung der Einwohner-

8) Diese Feststellung gilt jedoch nur mit Einschränkungen in kreisfreien Städten und Landkreisen, deren Abfallbeseitigungsgebühren nach personenbezogenen Tarifen berechnet werden. Grundlage für die Berechnung dieser Gebühren sind die Eintragungen im Melderegister. Die Kreis- bzw. Stadtverwaltung bezieht daher zunächst alle Personen in ihre Berechnungen ein, die laut Melderegister noch für eine Wohnung gemeldet sind. Die Gebührenschuldner (Grundstückseigentümer) weisen dann die Behörde darauf hin, daß einige Personen dort nicht mehr wohnen, es aber versäumt haben, ihre Wohnung (meist Nebenwohnung) abzumelden. Diese Information führt zur Berichtigung des Melderegisters. Wenn diese Abmeldung auch an das Statistische Landesamt weitergeleitet wird, reduziert sich entsprechend die Wohnbevölkerung der jeweiligen Gemeinde.

9) Vgl. Nell/Steenbock, Der kommunale Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz, in: Die Praxis der Gemeindeverwaltung, 1981, S. 69. In einer 1983 vom Amt für Statistik und Stadtentwicklung der Stadt Mainz herausgegebenen Analyse „Ausländer in Mainz“ wird erläutert, es sei ein „Rückgriff auf die Zahlen des Einwohnermelderegisters erforderlich“ gewesen „auch wenn von vornherein bekannt ist, daß diese Zahlen überhöht sind“. Da diese überhöhten Zahlen insbesondere auf die Unterlassung der Abmeldung von Nebenwohnungen zurückzuführen sind, ist der Rückschluß zulässig, daß auch die Einwohnerzahlen überhöht sind.

zahlen zu bewahren, setzt sich der Deutsche Städtetag daher für eine Beibehaltung der bisherigen Berechnungsmethoden ein.

Beispiel 2: Bei einem Umzug von einer zu einer anderen Nebenwohnung wird nicht selten versäumt, die bisherige Nebenwohnung abzumelden. Hierdurch wird die zugezogene Person am Ort der neuen Nebenwohnung als Einwohner gezählt, dem Heimatort (Hauptwohnung) abgezogen, obwohl dies schon einmal – beim Bezug der früheren Nebenwohnung – erfolgt war. Nach mehreren Umzügen kann daher ein Einwohner dem Ort der Hauptwohnung mehrfach abgebucht worden sein. Die Gemeinde könnte dies nur anhand einer von der Zuzugsgemeinde verschickten Rückmeldung nachprüfen. Der Nachrichtenaustausch zwischen den Meldebehörden war in der Vergangenheit jedoch nicht immer vollständig.

Dieses auf den ersten Blick unverständliche Verfahren kann zu kuriosen Ergebnissen führen. „Daher gibt es heute (im Finanzausgleich) kleine Gemeinden, die eigentlich schon negative Einwohnerzahlen haben müßten. Trotz intensiver Bemühungen von Seiten der Gemeinden ist eine Lösung dieses Problems bisher nicht gefunden worden“¹⁰). Die Lösung rückt mit dem Inkrafttreten des neuen Meldegesetzes näher.

3. Entwicklung des Melderechts führt zu neuem Hauptwohnungsbegriff

Nach mehreren gescheiterten Anläufen für ein Bundesmeldegesetz legte die Bundesregierung im Dezember 1979 den Entwurf eines Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vor. Auch wenn der Regelungsgehalt der Entwürfe sich im Laufe der Zeit stark veränderte (zum Beispiel vom früher vorgesehenen bundeseinheitlichen Personenkennzeichen zum bereichsspezifischen Datenschutz im heutigen Melderechtsrahmengesetz), war schon frühzeitig angestrebt worden, die Unzuträglichkeiten bei den Ermittlungen der Einwohnerzahlen zu beseitigen. In einer Entschließung des Bundesrats zum Entwurf des Volkszählungsgesetzes 1981, die auf einen Antrag des Landes Rheinland-Pfalz im Bundesratsinnenausschuß zurückgeht, wird die Bundesregierung ersucht, noch im Jahre 1980 einheitliche Voraussetzungen für die Erfassung der Bevölkerung nach dem Melderecht und nach den bevölkerungsstatistischen Gesetzen zu schaffen; hierzu sei es erforderlich, daß übereinstimmende Kriterien für die Festlegung der Hauptwohnung bestehen.

In der Entschließung wird darauf hingewiesen, daß die von den Einwohnermeldeämtern bzw. den Statistischen Landesämtern ausgewiesenen Einwohnerzahlen im Einzelfall bis zu 10% und mehr voneinander abweichen¹¹). Aus dem gleichen Grund waren schon in den Entwürfen für ein Bundesmeldegesetz aus der 6. und 7. Wahlperiode Formulierungsvorschläge für einen gesetz-

lichen Hauptwohnungsbegriff (Schwerpunkt der Lebensbeziehungen) enthalten. Bei der Beratung des Melderechtsrahmengesetzes im Bundestagsinnenausschuß wurden Stellungnahmen des Bundesrates aufgegriffen, die zu der genaueren Definition des Hauptwohnungsbegriffs in § 12 Abs. 2 MRRG führten.

Bei allen parlamentarischen Beratungen über einen Hauptwohnungsbegriff war offenkundig, daß sie nicht nur auf die unmittelbaren Eintragungen im Melderegister zielten, sondern auch die weiteren Auswirkungen berücksichtigten. Gerade wegen dieser Folgewirkungen wurde ein objektivierter Hauptwohnungsbegriff angestrebt, der dazu führen sollte, daß die Angaben im Melderegister mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmen, das heißt, daß die als Hauptwohnung gemeldete Wohnung auch wirklich die vorwiegend benutzte Wohnung ist.

Das Melderechtsrahmengesetz verpflichtet die Länder, ihr Melderecht den Vorschriften des Bundesgesetzes anzupassen. Die daraufhin erlassenen oder noch zu beschließenden Meldegesetze der Länder übernehmen wörtlich die Formulierungen des § 12 MRRG, so daß künftig im gesamten Bundesgebiet ein einheitlicher Hauptwohnungsbegriff gilt.

Mit der Übernahme der Definition der Hauptwohnung aus dem Melderechtsrahmengesetz haben die Länder aber auch deren Unschärfen bei der Anwendung auf einige Personengruppen, insbesondere bei unverheirateten Personen, die sich in der Ausbildung befinden, in ihre Gesetze übernommen. Bei diesen Personen wird eine vollkommene Objektivierung der Hauptwohnungsregistrierung wohl nicht ganz gelingen können. Allerdings ist auch zu berücksichtigen, daß es sich dabei – auf die Gesamtbevölkerung bezogen – um Größenordnungen handelt, bei denen eine Ungenauigkeit durchaus hingenommen werden kann.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß mit dem neuen Hauptwohnungsbegriff des § 12 Abs. 2 MRRG und des § 16 Abs. 2 MG Rheinland-Pfalz eine geeignete Lösung gefunden wurde, um die seit vielen Jahren beklagten Unzuträglichkeiten bei der Berechnung der Einwohnerzahlen zu beseitigen, eine Lösung, die sowohl von der amtlichen Statistik als auch vom Meldewesen akzeptiert werden kann.

Daher ist es konsequent, daß mit Inkrafttreten des neuen Meldegesetzes zum 1. November 1983 die Übergangsbestimmungen in § 8 des Landesgesetzes zur Einführung der Gemeindeordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung und des § 36 Finanzausgleichsgesetz gestrichen werden. Im Bereich des Kommunalverfassungsrechts und des Finanzausgleichs wird somit ab 1. November 1983 auf Grund der §§ 45 bis 48 MG bei der Berechnung der Einwohnerzahlen der Zustand hergestellt, der nach der ursprünglichen Intention des § 130 GemO und des § 26 Abs. 1 FAG schon längst Wirklichkeit sein sollte¹²).

10) Nell/Steenbock, aaO.

11) Vgl. 482. Sitzung des Bundesrates vom 8. Februar 1980; Nr. 2 der BR-Drucks. 13/80 – Beschluß –; BT-Drucks. 8/3653.

12) § 130 GemO n.F., der ab 1. November 1983 anzuwenden ist, hat folgenden Wortlaut: „Soweit nach diesem Gesetz die Einwohnerzahl von rechtlicher Bedeutung ist, ist die jeweils auf den 30. Juni des Vorjahres vom Statistischen Landesamt nach den melderechtlichen Vorschriften fortgeschriebene Zahl der Personen, die in der Gemeinde ihre Hauptwohnung haben, maßgeblich“.

Dennoch muß berücksichtigt werden, daß die Einführung des neuen Hauptwohnungsbegriffs noch nicht automatisch zu neuen Einwohnerzahlen führen muß, da die bisherige Zahlenbasis des Statistischen Landesamtes, die nun anhand der Hauptwohnung lediglich fortgeschrieben wird, zunächst unverändert erhalten bleibt.

Bei den Einwohnerzahlen, die im Jahr 1984 von Bedeutung sind (z.B. Kommunalwahl, Finanzausgleich), handelt es sich daher um die auf den 30. Juni 1983 fortgeschriebenen „alten“ Zahlen.

4. Einheitlicher Bevölkerungsbegriff kommt

Als das rheinland-pfälzische Meldegesetz im Dezember 1982 verabschiedet wurde, schien die angestrebte Harmonisierung zwischen amtlicher Statistik und Meldewesen unmittelbar bevorzustehen.

Das Volkszählungsgesetz vom 25. März 1982 verpflichtete die amtliche Statistik in § 2, die Nutzung der Wohnung durch den Bürger als alleinige Wohnung, Haupt- oder Nebenwohnung bei der für den 27. April 1983 vorgesehenen Volkszählung nach der Definition des § 12 Abs. 2 MRRG zu erfassen. Damit wäre gewährleistet gewesen, daß die von der amtlichen Statistik ermittelten Einwohnerzahlen (und damit die Basis der Fortschreibung in den darauf folgenden Jahren) bereits auf den Kriterien des neuen Hauptwohnungsbegriffs beruhen. Folglich gibt es auch bereits Ansätze für einen Entwurf zur Novellierung des Bevölkerungsstatistischen Gesetzes, wodurch der melderechtliche Hauptwohnungsbegriff als Berechnungsgrundlage für die amtliche Statistik festgeschrieben würde. Mit dieser Gesetzesänderung ist beabsichtigt, Bürger mit mehreren Wohnungen in der Volkszählung und bei der Bevölkerungsfortschreibung statistisch jener Gemeinde zuzurechnen, in der sich die Hauptwohnung im Sinne der neuen melderechtlichen Definition befindet.

Die nahtlose Harmonisierung sollte auf der Seite des Meldewesens andererseits durch den Melderegisterabgleich erfolgen, der nicht nur durch § 9 Abs. 1 des Volkszählungsgesetzes 1983 erlaubt, sondern durch § 43 des rheinland-pfälzischen Meldegesetzes ausdrücklich vorgeschrieben wurde. Mit diesem Abgleich hätten erstmals amtliche Statistik und Meldewesen mit dem gleichen Bevölkerungsbegriff und damit erstmals mit gleichen Bevölkerungszahlen gearbeitet. Die Meldebehörden hätten die Eintragungen im Datenbestand der Melderegister zum Wohnungsstatus anhand der Ergebnisse der Volkszählung bereits auf den neuen Begriff umstellen können. Außerdem hätten die Melderegister dadurch aktualisiert werden können, daß sie bei unterlassenen An- und Abmeldungen korrigiert worden wären.

Auf dieser gemeinsamen neuen Basis wären bei der Fortschreibung keine größeren Abweichungen mehr zu erwarten gewesen, da die amtliche Statistik die nach den neuen melderechtlichen Vorschriften zugeordneten Meldescheine hätte auswerten können.

5. Probleme der Fortschreibung durch die Aussetzung der Volkszählung

Die durch das Bundesverfassungsgericht am 13. April 1983 angeordnete Aussetzung der Volkszählung hat unter anderem die Konsequenz, daß die für die amtliche Statistik und das Meldewesen erarbeiteten Konzeptionen zur Einführung des neuen Hauptwohnungsbegriffs zunächst nicht angewandt werden können. Daraus sind folgende Schwierigkeiten erwachsen:

- (1) eine Bereinigung der Melderegister hinsichtlich der nicht mehr in der Gemeinde wohnenden Personen mit Hilfe der Feststellungen bei der Volkszählung ist nicht möglich;
- (2) eine Umstellung der Melderegister auf den neuen Hauptwohnungsbegriff anhand der Angaben bei der Volkszählung kann nicht erfolgen;
- (3) eine neue Basis für die Bevölkerungsfortschreibung der amtlichen Statistik auf der Grundlage des am Melderecht orientierten neuen Bevölkerungsbegriffs steht nicht zur Verfügung;
- (4) eine Neuordnung der Fortschreibungskomponenten im Sinne des Hauptwohnungsbegriffs kann nicht einheitlich zu einem Zählungstichtag vorgenommen werden.

Zu berücksichtigen ist außerdem, daß bereits vor dem geplanten Zählungstichtag in einigen Bundesländern neue Meldegesetze in Kraft getreten sind, während in zwei Bundesländern (Niedersachsen und Schleswig-Holstein) bisher noch kein Meldegesetz verabschiedet wurde. Da die geplante einheitliche Umstellung der Melderegister und der amtlichen Statistik nicht erfolgen konnte, kann die Bevölkerungsfortschreibung nicht mehr bundeseinheitlich abgewickelt werden. Dies ist im Hinblick auf die Schlüsselrolle, die den Einwohnerzahlen in vielen Bereichen zukommt, besonders nachteilig.

Die amtliche Statistik hat für eine Lösung der durch die Aussetzung der Volkszählung entstandenen Probleme zwei Möglichkeiten der Fortschreibung, die von der gegenwärtig noch gültigen Basis der statistischen Wohnbevölkerung ausgehen, sowie eine – zunächst nur theoretische – Möglichkeit der Umstellung der Zahlenbasis.

Alternative 1: Fortschreibung nach den bisherigen Merkmalen der Wohnbevölkerung.

Alternative 2: Fortschreibung nach dem neuen Hauptwohnungsbegriff.

Alternative 3: Umstellung der Zahlenbasis auf die Hauptwohnungseintragungen im Melderegister.

Sieht man von der auf der letzten Volkszählung vor 13 Jahren beruhenden, heute unzulänglichen Ausgangsbasis ab, dann wäre Alternative 1 (Fortschreibung nach den bisherigen Merkmalen der Wohnbevölkerung) die methodisch sauberste Lösung, da hier ein definitorischer Bruch vermieden würde. Andererseits würde dieses Verfahren aber auf eine Wiedereinführung der Rotstiftmarkierung auch in denjenigen Ländern hinauslaufen, die dieses Verfahren mit Inkrafttreten des neuen

Meldegesetzes eingestellt haben. Das ist aber im Hinblick auf die zunehmende Datenbereitstellung aus dem Meldewesen unmöglich, da die Melderegister keine Angaben über die Zugehörigkeit zur Wohnbevölkerung enthalten.

Die Verwirklichung von Alternative 2 (Fortschreibung nach dem neuen Hauptwohnungsbegriff) führt durch die Verbindung von alter Wohnbevölkerungsbasis und neuem Fortschreibungsbegriff bereits zu einem methodischen Bruch. Außerdem ist bisher noch nicht in allen Ländern der neue Hauptwohnungsbegriff eingeführt, so daß bei länderübergreifenden Wanderungen folgende Unterscheidungen zu treffen sind:

- Wanderungen zwischen Ländern mit jeweils altem Melderecht,
- Wanderungen zwischen Ländern mit jeweils neuem Melderecht,
- Wanderungen zwischen Ländern, bei denen in einem Land das alte und in dem anderen Land das neue Melderecht gelten.

Damit ist der Anspruch der amtlichen Statistik, zu gleichen Zeitpunkten nach gleichen Kriterien ermittelte Bevölkerungszahlen bereitzuhalten, nicht mehr erfüllbar. Die von der amtlichen Statistik vorgesehenen Maßnahmen für die nächsten Monate werden die Einheitlichkeit nicht wiederherstellen. Sie können nur die auftretenden Fehlentwicklungen einzugrenzen versuchen. Dabei dürfte sich der bisherige Vorteil der Statistik, Zuzüge in einem Bundesland automatisch als Fortzüge in einem anderen zu registrieren, als Nachteil erweisen. Wegen der unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Ländern muß dem jeweiligen Statistischen Landesamt bei der Bearbeitung von An- und Abmeldungen eine größere Selbstständigkeit zugestanden werden, das heißt, daß einem Zuzug in einem Land eben nicht mehr ein Fortzug in einem anderen Land entsprechen muß. Die Fortschreibung jedes Landes wird sich bis zu einem gewissen Grade verselbständigen.

Für Rheinland-Pfalz bedeutet das, daß in der amtlichen Statistik bei An- und Abmeldungen hauptsächlich auf die Mitteilungen der Meldebehörden zurückgegriffen werden muß. Im Wege des Datenaustauschs mit anderen Statistischen Landesämtern gemeldete Wanderungsbewegungen können allenfalls der Kontrolle eines funktionierenden Rückmeldewesens dienen. Für diese weitgehend selbständige Fortschreibung der Statistik gilt es, im Statistischen Landesamt die Voraussetzungen zu schaffen, daß beim Inkrafttreten des Meldegesetzes alle anfallenden Meldungen der Meldebehörden verarbeitet werden können. Dazu sind die Fortschreibungsprogramme entsprechend zu modifizieren. Unabhängig davon müssen weiterhin An- und Abmeldungen, die andere Bundesländer betreffen, diesen im Datenaustausch mitgeteilt werden. Die Berücksichtigung der Geburten und Sterbefälle im Rahmen der Fortschreibung wird sich auch in absehbarer Zeit auf die von den Standesbeamten ausgefüllten Zählkarten beschränken müssen. Dabei wird allerdings eine Überprüfung der Zuordnung zur Hauptwohnung in Zweifelsfällen nicht zu umgehen sein.

Die Alternative 3 (Umstellung der Zahlenbasis auf die Hauptwohnungseintragungen im Melderegister) würde zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt zur gewünschten Harmonisierung der Zahlen und Begriffe in der amtlichen Statistik und im Meldewesen führen, wäre jedoch für die amtliche Statistik ein geradezu revolutionärer Schritt; die Zahlenbasis der letzten Volkszählung würde – zumindest bis zur nächsten Volkszählung – vollkommen aufgegeben, an ihre Stelle würden die Hauptwohnungseintragungen im Melderegister treten. Dieser Weg würde der rheinland-pfälzischen amtlichen Statistik immerhin dadurch erleichtert, daß auch im landeseinheitlichen Verfahren für das Meldewesen jeder Einwohner nur einmal gezählt bzw. registriert ist. Auch für Einwohner mit mehreren Wohnungen wird nur ein einziger einheitlicher Datensatz vorgehalten. Obwohl der Alternative 3 damit sehr ernstzunehmende Überlegungen zugrunde liegen, wird die amtliche Statistik nicht bereit sein können, diesem Verfahren näherzutreten, solange die Meldebehörden nicht ihrerseits die Melderegister hinsichtlich der Angaben zum Wohnungstatus auf die Übereinstimmung mit dem neuen Hauptwohnungsbegriff überprüft und entsprechend korrigiert haben. Es ist daher davon auszugehen, daß die amtliche Statistik in Rheinland-Pfalz nach dem 1. November 1983 nach Alternative 2 verfahren wird.

Unabhängig von diesen praktischen Maßnahmen im Bereich der Fortschreibung hat die amtliche Statistik jedoch weiterhin darauf hinzuwirken, daß die seit längerem vorgesehene Novellierung des Bevölkerungsstatistischen Gesetzes weiterbetrieben wird. Durch eine Novellierung dieses Gesetzes müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, daß die Entwicklungen im Bereich der Bevölkerungsstatistik unter klaren gesetzlichen Bestimmungen vorangetrieben werden können. Dazu gehört insbesondere die Festlegung eines für die Statistik gültigen Bevölkerungsbegriffs.

6. Umfang einer Umstellung durch die Meldebehörden

Unabhängig davon, ob sich die amtliche Statistik in der Lage sieht, nach einer Anpassung der Melde-registereintragen an den neuen Hauptwohnungsbegriff von der bisherigen Wohnbevölkerungsbasis auf die Zahlen der Melderegister überzugehen, werden derzeit in allen Bundesländern Überlegungen zu derartigen Bereinigungsaktionen angestellt. Konkrete Schritte können jedoch erst unternommen werden, wenn die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung 1983 und damit auch zum vorgesehenen Melderegisterabgleich getroffen ist.

Das neue niedersächsische Meldegesetz, das noch nicht verabschiedet ist, wird voraussichtlich folgende Bestimmungen enthalten: „Bewohnt ein Einwohner bei Inkrafttreten dieses Gesetzes mehrere Wohnungen, so haben die Meldebehörden die Hauptwohnung bis spätestens 31. Dezember 1984 zu bestimmen.“ Damit werden die niedersächsischen Meldebehörden zu einer gesonderten Umstellungsaktion verpflichtet, falls die nächste Volkszählung erst nach 1984 stattfinden wird.

Für die Meldebehörden ist die Frage von Interesse, welchen zahlenmäßigen Umfang eine derartige Aktion erreichen würde. Nach dem Statistischen Bundesamt liegt der Anteil der Einwohner mit mehreren Wohnungen bei etwa 5%. Die entsprechende Zahl für Rheinland-Pfalz dürfte etwa die gleiche Größenordnung erreichen. Das Landesrechenzentrum gibt die Zahl der Personen, die mehr als eine Wohnung gemeldet haben, zum 31. Dezember 1982 mit rund 250 000 an, was einem Anteil von etwa 7% entsprechen würde¹³⁾. Die tatsächliche Zahl der Nebenwohnungen dürfte aber erheblich niedriger liegen, da die Abmeldung von Nebenwohnungen häufig unterbleibt. Ein großer Teil der bei einer Bereinigung anfallenden Arbeit würde daher nicht mit den Anwendungsproblemen des neuen Hauptwohnungsbegriffs zusammenhängen, sondern lediglich durch die Frage bestimmt, ob die gemeldete Wohnung von der jeweiligen Person tatsächlich noch genutzt wird.

Geht man mit dem Statistischen Bundesamt von einem realistischen Anteil von 5% aus, wären dies in Rheinland-Pfalz etwa 180 000 Personen, die mehr als eine Wohnung benutzen. Soweit diese Personen verheiratet sind, wird in der Regel keine Änderung erforderlich sein, da sie nach § 16 Abs. 2 Satz 2 MG ihre Hauptwohnung am Familienwohnsitz haben, was ganz überwiegend den jetzigen Angaben im Melderegister entsprechen dürfte. Unter den jetzt gemeldeten Nebenwohnungen sind etwa 40% verheirateten Personen zuzuordnen, so daß sich die kritische Personengruppe der unverheirateten Personen mit mehreren Wohnungen auf rund 108 000 eingrenzen läßt.

Eine weitere Eingrenzung ist dadurch möglich, daß unverheiratete Personen, die erwerbstätig sind, in der Regel diejenige Wohnung vorwiegend benutzen, von der aus sie zur Arbeit gehen. Auch wenn die Anwendung des § 16 Abs. 2 MG bei diesem Personenkreis ohne große Probleme möglich ist, dürfte in vielen Fällen eine Änderung des jetzigen Wohnungsstatus im Melderegister in Betracht kommen.

Bei der übrigbleibenden Problemgruppe der unverheirateten Studenten wird in vielen Fällen keine Änderung der heutigen Melderegistereintragungen erforderlich oder möglich sein. Nach Angaben des Mainzer Studentenwerks ist ein hoher Anteil der rheinland-pfälzischen Studenten nach wie vor auch dann zu ihrem Heimat- und Elternwohnsitz orientiert, wenn sie am Hochschulort ein Zimmer angemietet haben. Eine objektive Kontrolle, welche Wohnung tatsächlich vorwiegend genutzt wird, ist der Meldebehörde letztlich nicht möglich. Die rheinland-pfälzischen Meldebehörden werden sich daher weitgehend auf eine Plausibilitätsprüfung dahingehend beschränken, ob die eigenen Angaben des Studenten die Anmeldung des von ihm angegebenen Wohnungsstatus zulassen. Ein wichtiges Kriterium hierfür kann die Entfernung zwischen Hochschulort und Heimatort sein. Der Personenkreis, bei dem die objektive Einordnung immer strittig bleiben wird, eine vollkommene Objektivierung also nicht ganz gelingen wird, dürfte sich in Rheinland-Pfalz auf etwa 20 000 bis 25 000 Personen eingrenzen lassen.

7. Auswirkungen einer Einwohnerzählung nach der Hauptwohnung

Im Hintergrund aller Diskussionen um den neuen Hauptwohnungsbegriff steht insbesondere in den Gemeinden die Frage, wie sich eine Zählung der amtlichen Statistik aufgrund der Hauptwohnungen auf die Einwohnerzahlen auswirken könnte. Diese Frage hätte sich bereits 1983 gestellt, wenn die Volkszählung durchgeführt worden wäre, weil die Statistik die Einwohnerzahlen jeweils am Ort der Hauptwohnung ermitteln sollte. Die Frage ist auch jetzt noch im Hinblick auf die nächste Volkszählung von Bedeutung, möglicherweise schon früher, wenn das Statistische Landesamt – nach Bereinigung der Melderegister – auf die Zahlenbasis der Hauptwohnungen im Melderegister übergehen sollte.

Zur Ermittlung der Größenordnung der möglichen Veränderungen wurden für einige ausgewählte Gemeinden nach dem Stand vom 31. Dezember 1982 die Zahlen der statistischen Wohnbevölkerung den angemeldeten Hauptwohnungen nach altem Melderecht gegenübergestellt¹⁴⁾. Hierbei ergeben sich für die einzelnen Kommunen recht unterschiedliche Ergebnisse. Wenn bei einigen Städten die heutige Hauptwohnungsbevölkerung niedriger ist als die derzeitige Wohnbevölkerung, dann bedeutet das nicht, daß bei einem Übergang auf die neue Hauptwohnung die maßgebliche Bevölkerungszahl ebenfalls niedriger liegen wird, da zu diesem Zeitpunkt aufgrund des neuen Melderechts ein Teil der bisherigen Nebenwohnungen in Hauptwohnungen umgewandelt werden muß. Die Zahl der derzeitigen Nebenwohnungen gibt einen Eindruck des vorhandenen Zuwachspotentials, vorausgesetzt, diese Nebenwohnungen werden tatsächlich noch genutzt. Umgekehrt werden natürlich auch einige der jetzigen Hauptwohnungen bei einer Melderechtsumstellung in Nebenwohnungen verwandelt. Prinzipiell stehen dem Zuwachs in einer Gemeinde immer Verluste in anderen Gemeinden gegenüber.

Zur Eingrenzung des Personenkreises, der bei Einführung des neuen Bevölkerungsbegriffs für eine Umstellung in Frage kommt, wird die Hauptwohnungsbevölkerung nach altem Melderecht danach unterteilt, ob sie weitere Wohnungen hat oder nicht. Da auch der Familienstand eine wichtige Rolle spielt, werden darüber hinaus ledige und nicht ledige Personen unterschieden. Diese Darstellung ist insofern etwas vereinfachend, weil sie verwitwete, geschiedene und dauernd getrennt lebende verheiratete Einwohner zu den nicht ledigen Personen zählt, obwohl auch in diesen Fällen die objektive Zuordnung nach dem Familienwohnsitz nicht angewendet werden kann. Dennoch vermittelt die Tabelle informative Hinweise über die zahlenmäßigen Auswirkungen einer Umstellung der Bevölkerung auf den neuen Hauptwohnungsbegriff. Da sich eine Zu- oder

13) Die Zahlen beziehen sich auf die an das EWOIS angeschlossenen Meldebehörden. Dort sind 98 % der rheinland-pfälzischen Einwohner erfaßt.

14) Die Angaben beruhen auf Zahlen des Landesrechenzentrums. Sie liegen in den meisten Fällen geringfügig über den von den kommunalen Gebietsrechenzentren ermittelten Zahlen, da das Landesrechenzentrum auch sogenannte Verbleibadressen berücksichtigt. Die Größenordnung in der Übersicht wird davon nicht berührt.

Gemeinde (Zuständigkeitsbereich der Meldebehörde)	Wohn- bevölkerung (Statistisches Landesamt)	Einwohner mit Haupt- wohnung (Melde- register)	Saldo bei Zählung nach Haupt- wohnung	Haupt-		
				ins- gesamt	ohne weitere Wohnung	
					zu- sammen	Anteil an Ein- wohnern ins- gesamt
	Anzahl		%	Anzahl		%
VG Adenau	12 781	13 616	6,5	14 476	12 755	88,1
Stadt Alzey	15 520	15 292	- 1,5	15 893	14 579	91,7
Stadt Andernach	27 092	27 585	1,8	28 805	26 213	91,0
VG Bad Bergzabern	20 159	20 586	2,1	22 367	19 417	86,8
VG Bad Ems	18 352	17 723	- 3,4	18 775	16 856	89,8
Stadt Bingen am Rhein	23 110	24 362	5,4	25 359	23 235	91,6
VG Cochem-Land	10 622	11 481	8,1	11 727	10 863	92,6
Stadt Frankenthal(Pfalz)	43 681	45 231	3,5	46 974	42 880	91,3
VG Freinsheim	12 757	13 147	3,1	13 626	12 590	92,4
Stadt Gernersheim	13 733	13 246	- 3,5	15 848	12 804	80,8
VG Hauenstein	9 254	9 851	6,5	10 176	9 326	91,6
Stadt Kaiserslautern	98 774	100 779	2,0	108 608	94 786	87,3
VG Obere Kyll	8 202	8 627	5,2	9 805	8 039	82,0
Stadt Koblenz	112 519	113 133	0,5	119 435	106 673	89,3
Stadt Ludwigshafen a.Rh.	158 117	161 199	1,9	169 050	153 953	91,1
Stadt Mainz	186 467	172 550	- 7,5	190 897	163 159	85,5
Stadt Mayen	20 436	19 617	- 4,0	21 362	18 621	87,2
VG St.Goar-Oberwesel	10 213	10 288	0,7	10 777	9 767	90,6
Stadt Pirmasens	47 832	52 691	10,2	54 048	50 343	93,1
VG Puderbach	11 845	11 744	- 0,9	12 907	11 198	86,8
VG Simmern/Hunsrück	14 922	15 823	6,0	16 863	14 815	87,9
Stadt Speyer	43 815	44 531	1,6	47 755	42 367	88,7
Stadt Trier	94 683	95 682	1,1	104 805	90 027	85,9
Stadt Worms	73 243	76 253	4,1	78 974	73 050	92,5
Stadt Zweibrücken	34 221	36 215	5,8	37 449	34 337	91,7

Abnahme der Hauptwohnungsbevölkerung hauptsächlich durch die ledigen Einwohner mit Haupt- oder Nebenwohnung ergeben dürfte, können Änderungen durch eine Verschiebung der Grenze zwischen diesen beiden Wohnungsarten eintreten. Es wird deutlich, daß der Umfang und die Richtung der Änderung in den einzelnen Gemeinden unterschiedlich sein wird, da die gegenwärtige unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerung von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Nach den Zahlen des Meldewesens kann davon ausgegangen werden, daß die nach der Hauptwohnung zugeordnete Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz nicht niedriger liegen wird als die von der amtlichen Statistik bisher ermittelte Wohnbevölkerungszahl. Denn einerseits dürfte die Zahl der Personen mit mehreren Hauptwohnungen sehr gering sein, andererseits enthält die bisherige Wohnbevölkerungszahl kaum Doppelzählungen. Regional können selbstverständlich größere Abweichungen auftreten.

8. Kommunikation zwischen Meldebehörden und Statistischem Landesamt nach dem 1. November 1983

a. Möglichkeiten des Datenträgeraustauschs

Nach Erreichen einer gleichen Ausgangsbasis für Meldewesen und amtliche Statistik durch die Volkszählung muß versucht werden, auch bei der anschließenden Fortschreibung Abweichungen zu vermeiden. Die Chancen dafür sind durch den gemeinsamen Bevölkerungsbegriff gegeben. Gleichzeitig sollte von der Einführung eines neuen Fortschreibungsverfahrens neben einer besseren Übereinstimmung zwischen den jeweiligen Bevölkerungszahlen durch die Nutzung des hohen Automatisierungsgrades im Meldewesen auch ein deutlicher Rationalisierungseffekt ausgehen. Hier bietet sich die Möglichkeit an, die fortschreibungsrelevanten Daten im Wege des Datenträgeraustauschs heranzuziehen und für statistische Zwecke auszuwerten und auf die bisher übliche Übersendung von Meldescheinen zu verzichten.

Einwohner						Ledige Personen mit mehreren Wohnsitzen		Gemeinde (Zuständigkeitsbereich der Meldebehörde)
wohnung			Nebenwohnung					
mit weiterer Wohnung								
zu- sammen	Anteil an Ein- wohnern ins- gesamt	Anteil lediger Personen mit weiterer Wohnung	zu- sammen	Anteil an Ein- wohnern ins- gesamt	Anteil lediger Personen mit Neben- wohnung	zu- sammen	Anteil an Ein- wohnern ins- gesamt	
Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
861	5,9	58,5	860	5,9	37,7	828	5,7	VG Adenau
713	4,5	62,0	601	3,8	68,2	852	5,4	Stadt Alzey
1 372	4,8	60,6	1 220	4,2	58,7	1 547	5,4	Stadt Andernach
1 169	5,2	65,8	1 781	8,0	50,8	1 674	7,5	VG Bad Bergzabern
867	4,6	57,4	1 052	5,6	43,3	954	5,1	VG Bad Ems
1 127	4,4	58,5	997	3,9	63,1	1 288	5,1	Stadt Bingen am Rhein
618	5,3	70,1	246	2,1	38,2	527	4,5	VG Cochem-Land
2 351	5,0	53,9	1 743	3,7	48,4	2 111	4,5	Stadt Frankenthal(Pfalz)
557	4,1	57,8	479	3,5	40,7	517	3,8	VG Freinsheim
442	2,8	54,3	2 602	16,4	83,5	2 413	15,2	Stadt Germersheim
525	5,2	72,0	325	3,2	36,3	496	4,9	VG Hauenstein
5 993	5,5	57,4	7 829	7,2	73,2	9 169	8,4	Stadt Kaiserslautern
588	6,0	60,2	1 178	12,0	36,4	783	8,0	VG Obere Kyll
6 460	5,4	59,6	6 302	5,3	67,7	8 112	6,8	Stadt Koblenz
7 246	4,3	53,6	7 851	4,6	59,6	8 565	5,1	Stadt Ludwigshafen a.Rh.
9 391	4,9	49,5	18 347	9,6	79,0	19 154	10,0	Stadt Mainz
996	4,7	69,2	1 745	8,2	67,2	1 862	8,7	Stadt Mayen
521	4,8	63,0	489	4,5	42,1	534	5,0	VG St.Goar-Oberwesel
2 348	4,3	62,7	1 357	2,5	54,5	2 212	4,1	Stadt Pirmasens
546	4,2	51,5	1 163	9,0	34,3	680	5,3	VG Puderbach
1 008	6,0	69,8	1 040	6,2	55,2	1 278	7,6	VG Simmern/Hunsrück
2 164	4,5	57,7	3 224	6,8	62,5	3 263	6,8	Stadt Speyer
5 655	5,4	63,0	9 123	8,7	78,4	10 713	10,2	Stadt Trier
3 203	4,1	55,5	2 721	3,4	64,3	3 527	4,5	Stadt Worms
1 878	5,0	60,1	1 234	3,3	57,0	1 832	4,9	Stadt Zweibrücken

Zur Vorbereitung des Datenträgeraustauschs wurden bereits 1979 die ersten Kontakte zwischen dem Statistischen Landesamt und dem Landesrechenzentrum als datenspeichernder Zentrale aufgenommen. Im Vordergrund der Überlegungen stand hierbei die Übermittlung von Daten über An- und Abmeldungen, da hier bisher amtliche Statistik und Meldewesen gleichermaßen Meldescheine ausgewertet hatten, wenn auch nach unterschiedlichen Kriterien. Daneben wurden auch Wege zur besseren Abstimmung bei Geburten und Sterbefällen konzipiert, wobei zu berücksichtigen war, daß für die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung mehr Daten erforderlich sind, als im Einwohnerwesen anfallen.

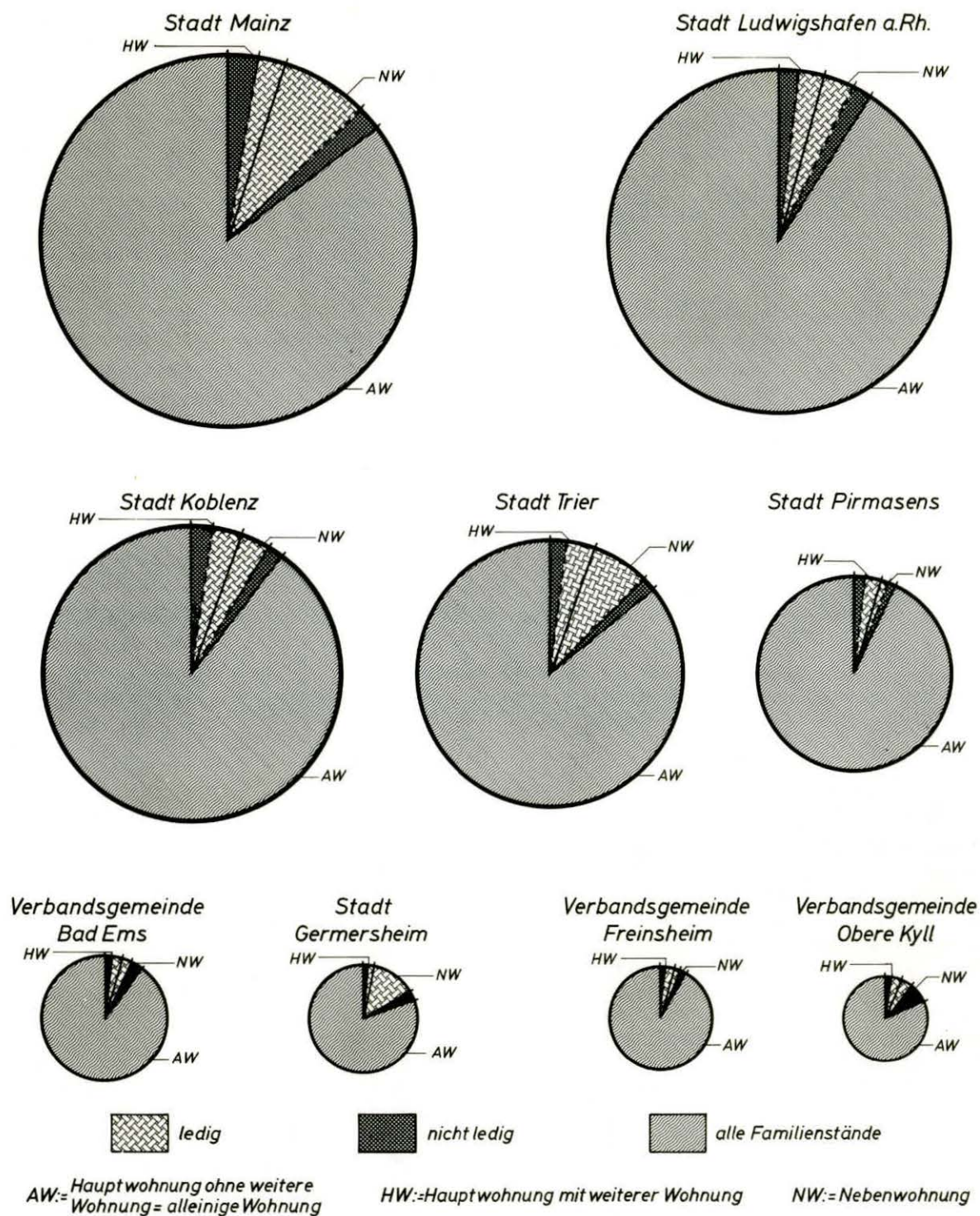
Die Voraussetzungen für einen Datenträgeraustausch zwischen Meldebehörden und Statistischem Landesamt sind in Rheinland-Pfalz besonders günstig. Bereits zu Beginn der siebziger Jahre wurde hier mit dem Aufbau des Einwohnerinformationssystems (EWOIS) begonnen. Das Verfahren wurde durch Datenfernverarbeitung

und -übertragung laufend verbessert und die Auswertungsmöglichkeiten erweitert. Nachdem seit Beginn des Jahres 1978 auch den kommunalen Meldebehörden die Möglichkeit gegeben war, sich dem System anzuschließen, nahm die Zahl der angeschlossenen Meldebehörden schnell zu. Ende 1983 werden dem landeseinheitlichen Verfahren 205 der 213 Meldebehörden des Landes mit rund 98% der Einwohner angeschlossen und über Bildschirmgeräte mit der zentralen Datenverarbeitungsanlage verbunden sein. Damit kann beim Datenträgeraustausch auf die beim Landesrechenzentrum zentral registrierten Veränderungsfälle zurückgegriffen werden. Die Korrespondenz des Statistischen Landesamtes mit den einzelnen Meldebehörden wird überflüssig.

b. Abwicklung des Datenträgeraustauschs

Der Datenträgeraustausch ist selbstverständlich nur möglich, soweit die Meldebehörden bereits an das landeseinheitliche Verfahren EWOIS angeschlossen sind. Für die nicht angeschlossenen Meldebehörden bleibt es in der Übergangszeit beim bisherigen Verfahren.

Einwohnerzahl ausgewählter Gemeinden nach Wohnsitzart und Familienstand am 31. Dezember 1982



Die Fläche der Kreise entspricht der Einwohnerzahl

Der Datenträgeraustausch zwischen Landesrechenzentrum und Statistischem Landesamt wird ab 1. November 1983 in Rheinland-Pfalz wie folgt ablaufen:

In den Austausch einbezogen werden nur An- und Abmeldungen sowie Wohnungsstatuswechsel, sofern sie eine Hauptwohnung nach neuem Melderecht betreffen. Hinzu kommen Korrekturmeldungen, wenn sich bereits übermittelte Zu- oder Fortzüge im Hinblick auf die Herkunfts- bzw. Zielgemeinde geändert haben. Umzüge innerhalb der gleichen Gemeinde bleiben wie bisher in der amtlichen Statistik unberücksichtigt und werden nicht übermittelt. Da die Wanderungsstatistik monatlich erstellt werden muß, müssen auch die Meldevorgänge einmal im Monat weitergegeben werden. Dazu sammelt das Landesrechenzentrum alle für die Statistik relevanten Merkmale in einer Datei. Mitte des folgenden Monats wird diese Sammeldatei für den vorgegebenen Stichtag (Ende des vorangegangenen Monats) ausgewertet und die Daten an das Statistische Landesamt geleitet. Bewegungen, die nach dem Stichtag stattgefunden haben, fließen als Vortrag in die Sammeldatei zurück.

Für die Datenübermittlung ist bei Zuzügen die Meldebehörde der neuen Hauptwohnung, bei Fortzügen die bisherige Meldebehörde zuständig. Bei der zentralen Verarbeitung im Landesrechenzentrum werden Zuzug und Fortzug gleichzeitig erstellt. Bei Umzügen zwischen dem EWOIS angeschlossenen und nicht angeschlossenen Gemeinden des Landes erstreckt sich der Datenträgeraustausch nur auf die An- oder Abmeldungen der angeschlossenen Gemeinden. Das Statistische Landesamt erhält daneben die Meldescheine der nicht angeschlossenen Behörden zur Auswertung. Von Umzügen zwischen angeschlossenen Gemeinden und Gemeinden außerhalb von Rheinland-Pfalz erhält das Statistische Landesamt sowohl durch das Landesrechenzentrum als auch durch Datenaustausch mit den anderen Statistischen Landesämtern Kenntnis.

Die von den Meldebehörden an das Statistische Landesamt zu übermittelnden Merkmale sind im Bevölkerungsstatistischen Gesetz festgelegt und im Datensatz für die Wanderungsstatistik beschrieben. Es handelt sich neben den Ereignisdaten des Wanderungsfalles auch um die demographischen Merkmale der umziehenden Personen, darunter Erwerbstätigkeit, Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft und Staatsangehörigkeit.

Die Plausibilitätskontrolle der zu übermittelnden Daten wird, soweit möglich, im Landesrechenzentrum durchgeführt. Dazu stellt das Statistische Landesamt

Leitbänder mit den jeweils gültigen Gemeindeclüsseln zur Verfügung und unterrichtet das Landesrechenzentrum über Änderungen. Soweit bei den zusätzlichen Plausibilitätskontrollen der amtlichen Statistik fehlerhafte Datensätze festgestellt werden, gehen Fehlermeldungen in Listenform an das Landesrechenzentrum, die in Zusammenarbeit mit den Meldebehörden zu klären sind.

Das Statistische Landesamt listet die im Datenträgeraustausch erhaltenen Meldungen über Zu- und Fortzüge auf und prüft in den Fällen, die Gemeinden innerhalb und außerhalb des EWOIS betreffen, die Stimmigkeit der verschiedenen Meldewege. Dabei kommt den aus Rückmeldungen zwischen den Meldebehörden stammenden Datensätzen besondere Bedeutung zu. Hierbei muß sich in der Anfangsphase zeigen, ob die in § 17 MRRG erstmals bundeseinheitlich vorgeschriebene Rückmeldung¹⁵⁾ so gut funktioniert, daß die Wanderungsstatistik und die Bevölkerungsfortschreibung künftig ausschließlich anhand der Mitteilungen der rheinland-pfälzischen Meldebehörden erfolgen kann, oder ob der Datenaustausch zwischen den Statistischen Landesämtern weiterhin beibehalten werden muß. In einem weiteren Schritt werden die übermittelten Datensätze des Meldewesens auf den in der statistischen Auswertung gegebenen Bandsatz umgesetzt und mit den Meldungen von Gemeinden außerhalb des EWOIS zusammengeführt. Damit kann die Wanderungsstatistik erstellt werden. Zusammen mit den Meldungen der Landesämter über Geburten und Sterbefälle erfolgt die Bevölkerungsfortschreibung.

Das Verfahren des Datenträgeraustauschs wird sicher durch Anlaufschwierigkeiten und den noch nicht vollständigen Anschluß aller Meldebehörden an das landeseinheitliche Verfahren zu Beginn verstärkte Prüfarbeiten im Statistischen Landesamt mit sich bringen, auf längere Sicht aber zur Rationalisierung beitragen. Die angestrebte dauerhafte Harmonisierung der Bevölkerungszahl zwischen Meldewesen und amtlicher Statistik wird durch den Datenträgeraustausch ab 1. November 1983 wegen der in der Statistik weiterhin verwendeten Wohnbevölkerungsbasis zwar zunächst noch nicht erreicht, aber man wird ihr einen entscheidenden Schritt näher gerückt sein.

15) Das Verfahren der Rückmeldung zwischen Meldebehörden verschiedener Länder ist nunmehr geregelt durch die Erste Meldedaten-Übermittlungsverordnung des Bundes vom 18. Juli 1983 (BGBl. I S. 943), die am 1. Oktober 1983 in Kraft tritt.

Kraftstoff- und Heizölpreise Mitte 1983 niedriger als Anfang 1982

Die Verbraucherpreise für Kraftstoffe und Heizöl befanden sich von Januar 1982 bis Juni 1983 in nahezu permanenter Bewegung. Insgesamt gesehen entwickelten sich die Kraftstoffpreise in diesem Zeitraum, abgesehen von Dieselmotorkraftstoff, der sich im vergangenen Jahr etwas verteuerte, rückläufig. Im Jahresdurchschnitt 1982 kostete ein Liter Normalbenzin (Markenware, Selbstbedienung) 1,33 DM (– 2,9% gegenüber 1981), Superbenzin 1,39 DM (– 2%) und Dieselmotorkraftstoff 1,30 (+ 2,4%). Im ersten Halbjahr 1983 stellten sich die durchschnittlichen Literpreise für Normalbenzin auf 1,28 DM (– 8,2% gegenüber dem zweiten Halbjahr 1982), Superbenzin 1,32 DM (– 7,3%) und Dieselmotorkraftstoff 1,26 DM (– 5,8%).

Der Preis für extra leichtes Heizöl entwickelte sich von Januar 1982, als er mit 79,32 DM für 100 Liter einen neuen Höchststand erreicht hatte, bis Juni 1983 ähnlich wie die Kraftstoffpreise. Im Jahresdurchschnitt 1982 kosteten 100 Liter Heizöl 77,16 DM (+ 5,6% gegenüber 1981), dagegen ergab sich im Durchschnitt der Monate Januar bis Juni 1983 ein Rückgang auf 68,47 DM (– 14%) gegenüber dem zweiten Halbjahr 1982).

Die Verbraucherpreise für Gas, welche 1981 noch um 18% angestiegen waren, erhöhten sich im vergangenen Jahr um 9,4%. Elektrizität verteuerte sich 1982 um 8,2% gegenüber 11,1% im Jahr zuvor. Auch für die Erzeugnisse des Kohlenbergbaus, der unter erheblichen Absatzschwierigkeiten zu leiden hat, wurden 1982 deutlich niedrigere Preissteigerungsraten ermittelt als im Jahr zuvor. Steinkohle verteuerte sich im vergangenen Jahr um 6,3%, Anthrazit-Eierbriketts um 7,6% und Braunkohlenbriketts um 8,3%. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 189

Verbraucherpreise im August 1983

Mit durchschnittlich 73,35 DM waren im August in Rheinland-Pfalz 100 Liter Heizöl um 2,9% billiger als im Vorjahresmonat, aber 6,2% teurer als im Juli 1983. Normal- und Superbenzin wurden gegenüber August 1982 um bis zu 2,1% billiger angeboten, die Preisanhebungen gegenüber dem vergangenen Monat betrugen dagegen bis zu 3,5%. Für Dieselmotorkraftstoff mußte 2,7% mehr als im Vormonat und 0,4% mehr als vor Jahresfrist gezahlt werden.

Der Vergleich mit August 1982 zeigt insbesondere Verteuerungen der Verbraucherpreise bei Kohlarten (bis zu + 40%), Möhren (+ 24%), Bananen (+ 18%) und Kartoffeln (+ 9%). Preisrückgänge errechnen sich für Tafeläpfel HKI. I (– 11%), Tafelbirnen (– 12%), Weintrauben (– 21%) und Kopfsalat (– 4,4%). br

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 9/83

Die höchsten Abwanderungsüberschüsse sind für 1985 zu erwarten

Ungleichgewichte an Arbeitsmärkten führen zu Ab- bzw. Zuwanderungen von Erwerbstätigen und deren Familienangehörigen. Der Saldo dieser ökonomisch induzierten Wanderungsbewegungen wird nach der vorliegenden Prognose im Jahre 1985 den größten Wert annehmen. Für Rheinland-Pfalz wird die Zahl der Abwanderungen in diesem Jahr um mehr als 8 000 Personen über der Anzahl der Zuwanderungen liegen. Ab 1995 kann mit einem positiven Wanderungssaldo gerechnet werden.

Die Höhe der ökonomisch induzierten Wanderungen wird hauptsächlich durch das Erwerbspotential beeinflusst, welches wiederum primär von der zeitlichen Entwicklung der Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung bestimmt ist. Das Angebot an Erwerbspersonen wird in den Jahren 1984 bis 1986 mehr als 1 640 000 betragen und bis zum Ende des Prognosezeitraums im Jahre 1996 kontinuierlich auf etwa 1 530 000 zurückgehen. Der Eintritt geburten-schwächerer Jahrgänge in das Erwerbsleben sorgt hier zunehmend für eine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes und damit für einen Rückgang der ökonomisch induzierten Wanderungsbewegungen. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 195

Bevölkerungsfortschreibung nach Inkrafttreten des neuen Meldegesetzes

Am 1. November 1983 tritt das neue rheinland-pfälzische Meldegesetz vom 22. Dezember 1982 in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an erfolgt die Fortschreibung der Bevölkerung durch das Statistische Landesamt, soweit sie Fort- und Zuzüge betrifft, anhand der An- und Abmeldung einer Hauptwohnung im Sinne des § 16 Abs. 2 Meldegesetz. Neu ist damit die Fortschreibung nach der Hauptwohnung. Die bisherige Zahlenbasis, die noch den alten Wohnbevölkerungsbegriff zur Grundlage hat, bleibt erhalten.

Soweit Einwohnerzahlen nach der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung, dem Finanzausgleichsgesetz und anderen Rechtsvorschriften von Bedeutung sind, ist dann jeweils die vom Statistischen Landesamt auf den 30. Juni des Vorjahres nach den melderechtlichen Vorschriften fortgeschriebene Zahl derjenigen Personen, die in der Gemeinde ihre Hauptwohnung haben, maßgeblich.

Die Übermittlung der für die Fortschreibung erforderlichen Daten von der Meldebehörde an das Statistische Landesamt erfolgt ab 1. November 1983 bei Meldebehörden, die an das landeseinheitliche Einwohnerinformationssystem (EWOIS) angeschlossen sind, nicht mehr durch Übersendung von Meldescheinen, sondern mittels Datenträgeraustausch vom Landesrechenzentrum an das Statistische Landesamt. ko

Mehr über dieses Thema finden Sie in der Beilage zum Statistischen Monatsheft September 1983.

Über 80% des Sozialprodukts für privaten Verbrauch und Investitionen

In der Verwendungsrechnung wird das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen – der umfassendste Ausdruck der gesamtwirtschaftlichen Leistung – in die Verwendungsarten privater Verbrauch, Bruttoanlageinvestitionen, Staatsverbrauch und in einen Restposten aufgeteilt.

Der private Verbrauch belief sich in Rheinland-Pfalz im Jahre 1980 auf 45,7 Mrd. DM. Das entspricht einem Anteil am Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen (81,7 Mrd. DM) von rund 56%. Die Zunahme gegenüber 1960 lag mit einer Durchschnittsrate von jährlich 8,3% unter der des Sozialprodukts (8,6%).

Die Bruttoanlageinvestitionen, die mit 20,9 Mrd. DM oder 26% das zweitwichtigste Aggregat darstellen, verzeichnen mit jährlichen Zuwachsraten von 8,8% im Schnitt eine seit 1960 überdurchschnittliche Entwicklung.

Der Staatsverbrauch bezifferte sich im Jahre 1980 auf 18,1 Mrd. DM. Aufgrund der starken Zunahmen in den Jahren seit 1960 (+ 10,3%) hat sich der Anteil am Sozialprodukt (22%) ähnlich wie im übrigen Bundesgebiet deutlich ausgeweitet.

Die Summe aus privatem Verbrauch, Bruttoanlageinvestitionen und Staatsverbrauch unterscheidet sich vom Bruttosozialprodukt durch den Restposten, der sich im Jahr 1980 auf – 3 Mrd. DM belief. Er umfaßt die Vorratsveränderungen, den Außenbeitrag sowie statistische Differenzen. lu

Mehr über dieses Thema auf Seite 193

Im Juli rückläufige Auftragseingänge

Von Juni auf Juli 1983 verringerten sich die Auftragseingänge der rheinland-pfälzischen Industrie und des Handwerks um 7,7%. Die Bestellungen aus dem Inland nahmen um 17% ab, die aus dem Ausland um 9,5% zu.

In den ersten sieben Monaten des Jahres 1983 lagen die Auftragseingänge um 1,9% unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Sie verzeichneten eine Zunahme in der Schuhindustrie (+ 12%) und in der chemischen Industrie (+ 5,7%), eine Abnahme im Maschinenbau einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen (– 14%). kä

Produktionsrückgang im Juli durch Betriebsferien

Die Betriebsferien haben dazu geführt, daß die Produktionstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz im Juli um 4,6% geringer ausgefallen ist als im Vormonat.

Von Januar bis Juli 1983 lag der Produktionsausstoß um 3,4% unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Am stärksten von dem Rückgang betroffen war das Investitionsgüter produzierende Gewerbe (– 9,8%), wozu entscheidend die

Entwicklung im Maschinenbau (– 15%) beitrug. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe konnte in den ersten sieben Monaten die Erzeugung gegenüber dem Vorjahr leicht steigern (+ 0,6%). Maßgeblich hierfür war die chemische Industrie (+ 3,7%). kä

Insolvenzen weiterhin auf hohem Stand

Im zweiten Quartal 1983 wurden in Rheinland-Pfalz 207 Konkursanträge und 2 Anträge auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens gestellt. Dies bedeutet gegenüber dem ersten Vierteljahr, als mit 263 Insolvenzen der bisherige Quartalshöchststand erreicht wurde, einen leichten Rückgang, der aber noch keinen Rückschluß auf ein allgemeines Nachlassen der Konkurswelle erlaubt.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres ist die Zahl der Insolvenzen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 24% gestiegen (Bundesgebiet + 12%). Die rheinland-pfälzischen Erwerbsunternehmen verzeichneten einen Zuwachs um 22% (Bundesgebiet + 10%). Die Insolvenzhäufigkeit – das ist die Zahl der Insolvenzen je 10 000 Unternehmen – lag in Rheinland-Pfalz mit 33 unter dem Bundesdurchschnitt von 37; acht Bundesländer hatten eine höhere Insolvenzhäufigkeit als Rheinland-Pfalz.

Bei den Unternehmen sind nach wie vor die Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit 155 Insolvenzen am stärksten vertreten, doch waren hier die Betriebsaufgaben wegen Zahlungsschwierigkeiten nur um 7% höher als im ersten Halbjahr 1982. Infolge der wirtschaftlichen Schwächephase mußten auch zahlreiche Einzelunternehmen Konkurs anmelden (171).

Unter den Wirtschaftsbereichen stellte der Handel mit 100 Unternehmenszusammenbrüchen die meisten Insolvenzen im ersten Halbjahr 1983 (Einzelhandel 55, Großhandel und Handelsvermittlung 45). Während im Handel noch ein Anstieg um 27% registriert wurde, war die Entwicklung im Baugewerbe rückläufig. Hier verringerte sich die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche infolge der verbesserten Auftragslage um 4% auf 78. Im Dienstleistungsbereich gaben 86 Unternehmen auf, darunter 36 aus dem Gastgewerbe, in dem seit längerem eine hohe Fluktuation festzustellen ist.

Nahezu 80% der Betriebe, die in den ersten sechs Monaten 1983 ihre Zahlungen einstellten, hatten weniger als acht Jahre bestanden. Der Anstieg der Insolvenzen beruht ausschließlich auf der Entwicklung in dieser Altersgruppe, denn bei den älteren Unternehmen gingen die Insolvenzen um fast 8% zurück. Hier konnte auch der drohende Konkurs in 6 Fällen durch einen Vergleich abgewendet werden, während ein Vergleichsverfahren mit einem Anschlußkonkurs endete. Bei den jüngeren Betrieben wurde dagegen kein Vergleich beantragt. la

Sparer reagierten im Zinshoch mit Anlageumschichtungen

Die Höhe der Zinsen und die erwartete zukünftige Zinsentwicklung beeinflussen in hohem Maße die Entscheidung, zu sparen oder sich zu verschulden. In den Jahren 1972 und 1978 erreichte das Zinsniveau Tiefpunkte, in den Jahren 1974 und 1981 Höchststände.

1982 unterhielten die Nichtbanken bei den Kreditinstituten Einlagen in Höhe von 56 Mrd. DM. Das sind 7,4% mehr als im Jahr zuvor. Unter den Einlagen stellen die Spareinlagen seit jeher den größten Posten. Infolge des hohen Zinsniveaus waren 1981 die Spareinlagen rückläufig, da die Sparer renditestärkere Anlagearten, wie Termingelder und festverzinsliche Wertpapiere, bevorzugten. Pro Kopf der Bevölkerung errechnet sich für 1982 eine Durchschnittsspareinlage von 7 954 DM, das sind 705 DM mehr als im Vorjahr.

Im Jahre 1982 vergaben die rheinland-pfälzischen Banken Kredite in Höhe von 71 Mrd. DM an Unternehmen, Privatpersonen und öffentlich-rechtliche Körperschaften. Das sind 4,6 Mrd. DM oder 6,9% mehr als im Vorjahr, in dem sich das Kreditgeschäft trotz des hohen Zinsniveaus stärker ausgeweitet hatte. Verursacht wurde die große Kreditexpansion 1981 durch den hohen Bedarf der öffentlichen Haushalte, die ihre Kreditnachfrage um 12,3% steigerten. Ia Mehr über dieses Thema auf Seite 201

Kommunen erhielten 890 Mill. DM als Schlüsselzuweisungen 1983

Für das Haushaltsjahr 1983 hat das Land Rheinland-Pfalz innerhalb des Steuerverbundes eine Finanzausgleichsmasse von 1 721 Mill. DM zur Verteilung an die kommunalen Gebietskörperschaften veranschlagt. Davon sind 1 141 Mill. DM oder zwei Drittel allgemeine Finanzausweisungen.

Kernstück des kommunalen Finanzausgleichs sind die Schlüsselzuweisungen, auf die — einschließlich der Zuweisungen für die Vereinigung von Gemeinden — fast 890 Mill. DM entfielen. Das sind annähernd 78% der allgemeinen Finanzausweisungen.

Als Schlüsselzuweisungen A, die den Gemeinden eine finanzielle Mindestausstattung von 75% der landesdurchschnittlichen Steuerkraft garantieren, kommen 137 Mill. DM zur Auszahlung. Die Schlüsselzuweisungen B betrugen 740 Mill. DM. Hiervon waren 53 Mill. DM Schlüsselzuweisungen B 1, die als feste Pro-Kopf-Beträge an die Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden und kreisfreien Städte gezahlt werden.

Von den gesamten Schlüsselzuweisungen in Höhe von 890 Mill. DM entfielen auf die Landkreise zwei Fünftel, auf die Verbandsgemeinden 20,5%, auf die Ortsgemeinden 19,5%, auf die kreisfreien Städte 14,9% und auf die verbandsfreien Gemeinden 5,7%.

he

Leichter Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen

Im ersten Halbjahr 1983 flossen 1 358 Mill. DM an Steuern in die Kassen der Gemeinden und Gemeindeverbände, das sind 4,6% mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Wichtigste steuerliche Einnahmequelle war mit 559 Mill. DM der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Dieser Betrag war um 1,1% niedriger als ein Jahr zuvor. Das Bruttoaufkommen der Gewerbesteuer erhöhte sich um 0,5% auf 644 Mill. DM. Nach Abzug der an Bund und Land abzuführenden Gewerbesteuerumlage konnten die Gemeinden netto 534 Mill. DM vereinnahmen. Das bedeutet eine Steigerung um fast ein Zehntel. Dieser relativ hohe Zuwachs erklärt sich aus der Reduzierung der abzuführenden Umlage ab 1983. Eine vergleichsweise günstige Entwicklung ergab sich auch bei den Grundsteuer-Einnahmen, die um 7% auf 175 Mill. DM anstiegen, sowie bei der den Landkreisen und kreisfreien Städten zustehenden Grunderwerbsteuer, die 62 Mill. DM (+ 16%) erbrachte. Die sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen beliefen sich auf 28 Mill. DM (+ 2,1%). he

Güterumschlag der Binnenschifffahrt rückläufig

Von Januar bis Juni 1983 liefen 15 300 Güterschiffe die rheinland-pfälzischen Rhein- und Moselhäfen zum Be- und Entladen an. Das sind 7,8% weniger als im ersten Halbjahr 1982.

Der Güterumschlag verringerte sich um 4,4% auf 15,4 Mill. t. Dabei nahm der Versand (- 7,5%) wesentlich stärker ab als der Güterempfang (- 1,7%).

Die Rückgänge sind in erster Linie eine Folge des starken Hochwassers vom April und Mai 1983. In diesen beiden Monaten sind 13% weniger Waren umgeschlagen worden als im April und Mai 1982. Für die Häfen des Oberrheins ergab sich während der Hochwasserperiode eine Umschlagseinbuße von 16%. Bei den Moselhäfen waren es sogar 31% weniger (Mittelrhein - 9%). gz

Tragfähigkeit der Güterschiffe leicht gestiegen

Von Januar bis Juni 1983 wurden auf dem Rhein bei Koblenz mehr als 29 200 Güterschiffe gezählt, die zu Berg oder zu Tal fuhren. Ihre Tragfähigkeit lag bei über 40 Mill. t, die Ladung betrug 24 Mill. t. Annähernd die Hälfte der Güter wurde unter deutscher Flagge befördert. Unter den Ausländern dominierten niederländische und schweizerische Schiffe mit Anteilen von 29 bzw. 15% an der gesamten Lademenge.

Die Zahl der Güterschiffspassagen verringerte sich gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 um rund 530. Dabei nahmen Tragfähigkeit (+ 0,7%) und Ladung (+ 0,1%) leicht zu. Es wurden 21% mehr Schubmotorgüterschiffe eingesetzt, ihre Ladung erhöhte sich um 34%.

Außer den Güterschiffen passierten 1 682 Fahrgastschiffe den Rhein bei Koblenz. Von Januar bis Juni 1982 waren es 1 878 gewesen (- 10%). gz

Energiepreise 1982 bis Juni 1983

Die allgemeine Preisentwicklung im Jahre 1982 und in der ersten Jahreshälfte 1983 war von einer Verlangsamung des Preisauftriebs gekennzeichnet. Sie wurde wesentlich durch die konjunkturelle Entwicklung im Inland, strukturelle Anpassungsprobleme der Wirtschaft und außenwirtschaftliche Faktoren beeinflusst. Vor allem die rückläufige Nachfrage im In- und Ausland führte zu einer Dämpfung des Preisauftriebs. Auch haben Kostenentlastungen der Unternehmen, ausgehend von rückläufigen Rohstoffpreisen an den Weltmärkten in Verbindung mit einem Anstieg des Außenwertes der DM und einer relativ geringen Zunahme der Einkommen aus unselbständiger Arbeit zu dieser Entwicklung beigetragen. Wie im Jahre 1981 hat die D-Mark auch 1982 gegenüber dem Dollar an Wert verloren, und zwar von Dezember 1981 zu Dezember 1982 um 6,7%. Dagegen stieg der Kurs der D-Mark gegenüber den 23 wichtigsten deutschen Handelspartnern im gleichen Zeitraum um 8,2%.

Importpreise für Erdöl leicht rückläufig

Erneut ermäßigten sich die in die Bundesrepublik importierten Mengen an Erdöl, die im Jahre 1982 um 6,7 Mill. t (– 8,5%) auf 72,5 Mill. t zurückgingen. Der hierfür aufzubringende Betrag verringerte sich um nicht weniger als 4,4 Mrd. DM auf 44,7 Mrd. DM. Dagegen erhöhte sich die Einfuhr von Mineralölprodukten um 2,3 Mill. t (+ 6,4%) auf 38,4 Mill. t. Die Importpreise für Erdöl haben sich im Jahresdurchschnitt 1982 um 2,3% verbilligt. Für Vergaserkraftstoffe sanken die Einfuhrpreise um 1,1%, während für Dieselskraftstoffe und leichtes Heizöl ein Anstieg um jeweils 5,2% ermittelt wurde. Von Januar bis Juni 1983 verzeichneten die Importpreise für Erdöl und Vergaserkraftstoffe eine weiterhin sinkende Tendenz. In Anpassung an die geänderte Marktlage wurde der Rohöl-Richtpreis der OPEC, der von 1,80 Dollar je Faß im Januar 1970 kontinuierlich auf 34 Dollar im November 1981 angehoben worden war, erstmals im März 1983 auf 29 Dollar zurückgenommen.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte erhöhte sich 1982 um 5,3% und damit weniger stark als im Jahr zuvor. Im Monatsdurchschnitt Januar bis Juni 1983 erreichte die Teuerungsrate nur noch 3,3%. Der Anstieg der Verbraucherpreise für Energieträger (außer Kraftstoffe) schwächte sich zwar 1982 ab, fiel jedoch erneut deutlich höher aus, als dies für das gesamte Verbraucherpreisniveau zutraf. Für die Verbraucherpreisgruppe Elektrizität, Gas, Brennstoffe ergab sich 1982 eine Teue-

rung um 8,4%, während im ersten Halbjahr 1983 sogar eine Verbilligung um 1,5% ermittelt wurde. Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung, in denen auch die Kraftstoffe enthalten sind, wurden 1982 um 4,6% und im ersten Halbjahr 1983 um 3,6% teurer. Die Gesamtlebenshaltung ohne Berücksichtigung der flüssigen Brennstoffe und Kraftstoffe verteuerte sich im Jahre 1982

Verbraucherpreise für Kraftstoffe 1973 – Juni 1983

Jahr Monat	Normal- benzin		Super- benzin		Diesel- kraftstoff	
	Mar- ken- ware	ring- frei	Mar- ken- ware	ring- frei	Mar- ken- ware	ring- frei
Pfennig je Liter						
Mit Bedienung						
1973	68,8	64,9	76,3	71,4	66,3	62,8
1974	84,0	81,6	90,2	85,8	87,3	76,0
1975	83,6	79,2	90,3	84,8	86,4	80,5
1976	90,4	85,9	95,8	90,7	88,8	83,4
1977	87,7	82,7	92,5	87,3	88,3	82,7
1978	90,3	83,2	94,9	87,7	90,1	82,0
1979	98,6	95,2	103,2	99,4	100,3	97,1
1980	116,4	112,2	121,0	116,7	116,7	113,5
1981	139,8	135,1	144,6	140,7	129,8	125,9
1982	135,7	131,7	141,9	137,6	133,0	129,0
1983 Januar	137,9	133,0	145,4	139,6	135,1	131,2
Februar	135,6	130,2	142,8	136,6	132,4	128,5
März	128,4	123,2	135,8	130,2	126,7	121,0
April	124,4	120,6	132,1	127,8	122,8	119,0
Mai	129,6	125,9	137,5	133,5	125,2	121,8
Juni	130,7	127,7	138,2	134,5	126,5	123,2
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
1973 – 1982	7,8	8,2	7,1	7,6	8,0	8,3
1981 – 1982	– 2,9	– 2,5	– 1,9	– 2,2	2,5	2,5
Selbstbedienung						
1976	87,1	85,6	92,3	89,7	–	–
1977	84,1	82,2	88,9	87,3	–	–
1978	86,7	81,3	91,4	85,5	85,3	78,9
1979	95,4	93,9	99,7	97,5	96,8	94,0
1980	112,8	110,6	117,6	115,2	114,0	111,0
1981	136,7	134,0	141,7	138,4	127,0	123,1
1982	132,7	131,4	138,8	136,9	130,1	127,3
1983 Januar	134,3	132,8	141,3	138,8	132,6	129,8
Februar	131,8	129,4	138,8	135,6	130,0	127,8
März	124,7	123,6	131,8	129,6	124,0	121,3
April	122,0	119,7	129,2	126,0	120,2	117,4
Mai	126,8	124,2	134,0	131,1	122,8	121,0
Juni	128,2	124,7	135,2	131,4	124,7	121,2
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
1976 – 1982	7,3	7,4	7,0	7,3	11,1	12,7
1981 – 1982	– 2,9	– 1,9	– 2,0	– 1,1	2,4	3,4

Preisindex der Lebenshaltung
aller privaten Haushalte im Bundesgebiet
einschl. Berlin (West) 1980 - Juni 1983

Jahr Monat	Gesamte Lebenshaltung		Gesamte Lebenshaltung ohne flüssige Brennstoffe und Kraftstoffe	
	1976=100	Verän- derung z. Vorjahr bzw. Vor- jahres- monat in %	1976=100	Verän- derung z. Vorjahr bzw. Vor- jahres- monat in %
1980	117,0	5,5	115,5	5,0
1981	123,9	5,9	121,7	5,4
1982	130,5	5,3	128,4	5,5
1983 Januar	132,9	3,9	130,9	4,3
Februar	133,0	3,7	131,3	4,0
März	132,9	3,5	131,6	3,9
April	133,2	3,3	131,9	3,5
Mai	133,7	3,0	132,3	3,3
Juni	134,2	2,4	132,8	2,7

um 5,5%, und auch von Januar bis Juni 1983 fielen die Veränderungsdaten etwas höher aus als für die gesamte Lebenshaltung. Im Gegensatz zu 1981 trug die Preisentwicklung für flüssige Brennstoffe und Kraftstoffe von Januar 1982 bis Juni 1983 dazu bei, daß die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung etwas geringer ausfiel. Dennoch kam es auch in diesem Zeitraum erneut zu einer geringfügigen Senkung der Realeinkommen.

Literpreis für Normalbenzin (Markenware, Selbstbedienung) bewegte sich zwischen 1,19 DM und 1,42 DM

Die Kraftstoffpreise befanden sich im untersuchten Zeitraum von Anfang 1982 bis Mitte 1983 in nahezu

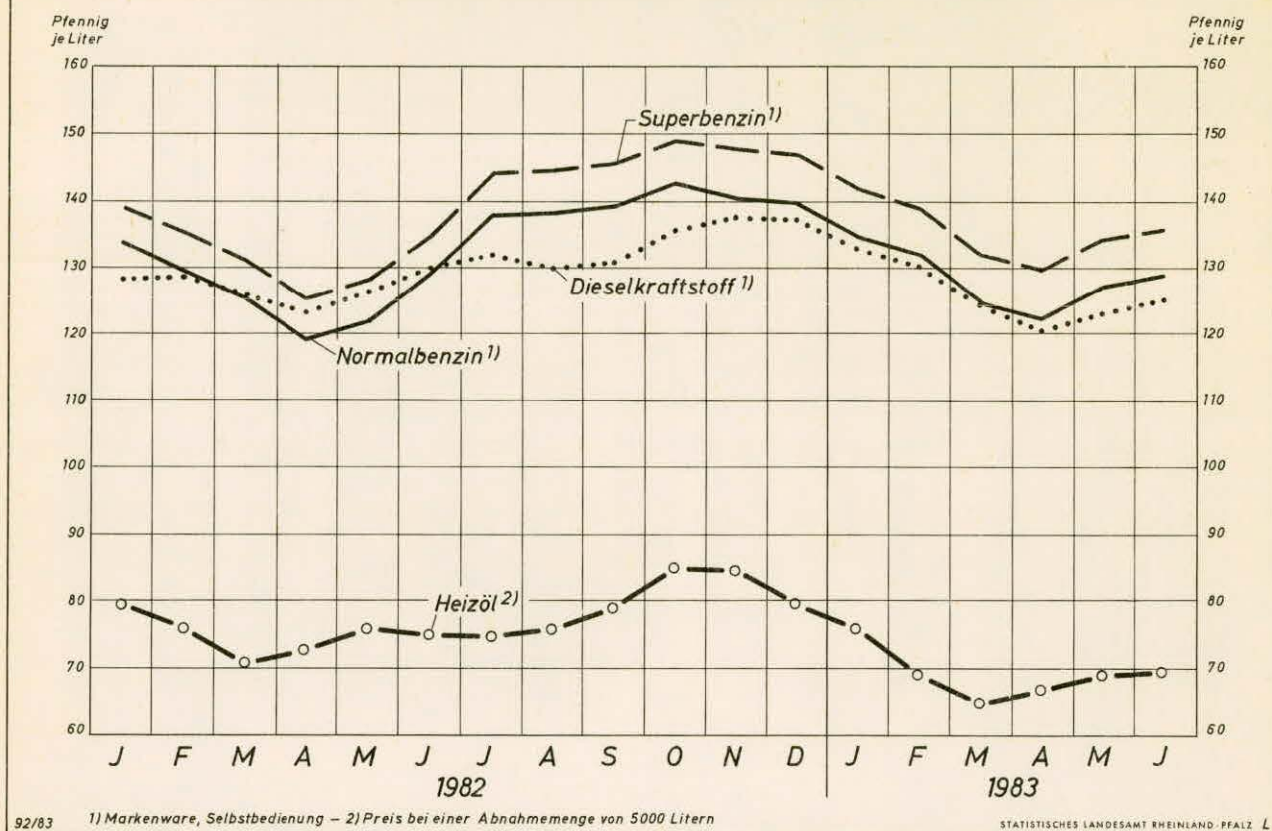
permanenter Bewegung. Mitunter kamen die Preisermittler, die gegen Monatsmitte die Verbraucherpreise in den ausgewählten Berichtsgemeinden erheben, zu unterschiedlichen Ermittlungen der Kraftstoffpreise, weil beispielsweise am 14. des Monats an den Tankstellen Benzin billiger verkauft wurde als am nächsten Tag. Insgesamt entwickelten sich die Kraftstoffpreise von Januar 1982 bis Juni 1983 abgesehen von Dieseldieselkraftstoff, der sich im vergangenen Jahr etwas verteuerte, rückläufig. Der Liter Normalbenzin (Markenware, Selbstbedienung) kostete Anfang 1982 1,34 DM, verbilligte sich bis April auf 1,19 DM, erreichte im Oktober mit 1,42 DM den Höchstpreis des Jahres, sank bis April 1983 auf 1,22 DM, um anschließend wieder im Preis anzuziehen. Erneut beeinflusste die Kursentwicklung des Dollars gegenüber der D-Mark die Kraftstoffpreise, wenn auch teilweise weniger deutlich als im Jahre 1981. Von erheblicher Bedeutung auf das Preisniveau für Kraftstoffe zeigten sich die sinkenden Weltmarktpreise für Erdöl.

An Tankstellen mit Selbstbedienung wurde 1982 ringfreies Benzin nur um 1,3 Pfennig je Liter billiger angeboten als Markenbenzin. Bei Selbstbedienung sparte der Verbraucher im vergangenen Jahr für Normal- und Superbenzin an Markentankstellen pro Liter rund 3 Pfennig, an ringfreien Tankstellen dagegen weniger als einen Pfennig. Dieseldieselkraftstoff, der im Jahresdurchschnitt 1981 je Liter um rund 10 Pfennig billiger als Normalbenzin angeboten wurde, näherte sich im vergangenen Jahr sowie im ersten Halbjahr 1983 wieder deutlich dem Preis für Normalbenzin. Im Jahresdurchschnitt 1982 kostete ein Liter Dieseldieselkraftstoff (Markenware, Selbstbedienung) 1,30 DM (+ 2,4% gegenüber 1981), Normalbenzin 1,33 DM (- 2,9%) und Superbenzin 1,39 DM (- 2%). Im ersten Halbjahr 1983 stellten sich die durchschnittlichen Literpreise für Dieseldieselkraftstoff auf 1,26 DM (- 5,8% gegenüber dem zweiten Halbjahr 1982), Nor-

Meßziffern der Verbraucherpreise für Elektrizität, Gas und Brennstoffe 1973 - Juni 1983

Jahr Monat	Elektrizität	Gas	Kohle			Extra leichtes Heizöl
			Steinkohle	Anthrazit- Eierbriketts	Braunkohlen- briketts	
	1976 = 100					
1973	73,4	70,4	57,8	67,0	76,2	71,2
1974	83,7	79,0	80,1	80,5	85,9	92,3
1975	96,8	94,8	94,1	93,8	93,8	90,5
1976	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1977	100,1	102,7	100,8	101,9	102,2	99,0
1978	102,9	105,2	107,1	108,3	107,1	96,9
1979	107,0	106,7	115,7	113,1	116,6	171,2
1980	110,5	125,4	128,4	127,5	128,1	194,2
1981	122,8	147,5	146,9	146,5	146,8	229,8
1982	132,9	161,4	156,2	157,7	159,0	245,8
1983 Januar	132,0	163,1	158,5	161,4	164,2	240,1
Februar	132,1	163,1	158,5	161,4	164,3	219,4
März	132,7	163,1	158,6	161,4	164,2	205,2
April	132,7	163,1	157,8	160,6	162,7	212,2
Mai	132,8	163,1	157,7	157,1	162,3	213,6
Juni	133,1	165,3	157,7	157,2	161,7	218,6
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
1973 - 1982	6,8	9,7	11,7	10,0	8,5	14,8
1981 - 1982	8,2	9,4	6,3	7,6	8,3	7,0

Kraftstoff- und Heizölpreise Januar 1982 - Juni 1983



malbenzin 1,28 DM (- 8,2%) und Superbenzin 1,35 DM (- 7,3%).

Von der seit 1973 eingetretenen drastischen Verteuerung der Kraftstoffe sind in Rheinland-Pfalz die meisten Haushalte betroffen, denn nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 besaßen Anfang Januar dieses Jahres 84% aller privaten Haushalte mindestens einen Personenkraftwagen gegenüber 79% fünf Jahre zuvor. Jeder sechste Haushalt hatte sogar mindestens zwei Autos. Über die Höhe des jährlichen Verbrauchs an Kraftstoffen je Haushalt geben die Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen Aufschlüsse, denen jedoch nur eine eingeschränkte Aussagekraft zukommt. In die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte sind im Bundesgebiet rund 1 000 buchführende Haushalte einbezogen, darunter knapp 400 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes, die monatlich alle Einnahmen und Ausgaben in detaillierter Aufschlüsselung in Haushaltungsbücher eintragen. Die laufenden Wirtschaftsrechnungen sind eine sogenannte Teilerhebung, aber keine Stichprobenerhebung, da sie nicht auf einer Zufallsauswahl mit einem berechenbaren Zufallsfehler beruhen. Zu berücksichtigen ist auch, daß die Haushalte freiwillig an der Erhebung teilnehmen. Aus den Ergebnissen für die derzeit über Haushaltungsbücher erfaßten Haushaltstypen lassen sich deshalb keine völlig gesicherten Hinweise auf die Ausgabenstruktur aller

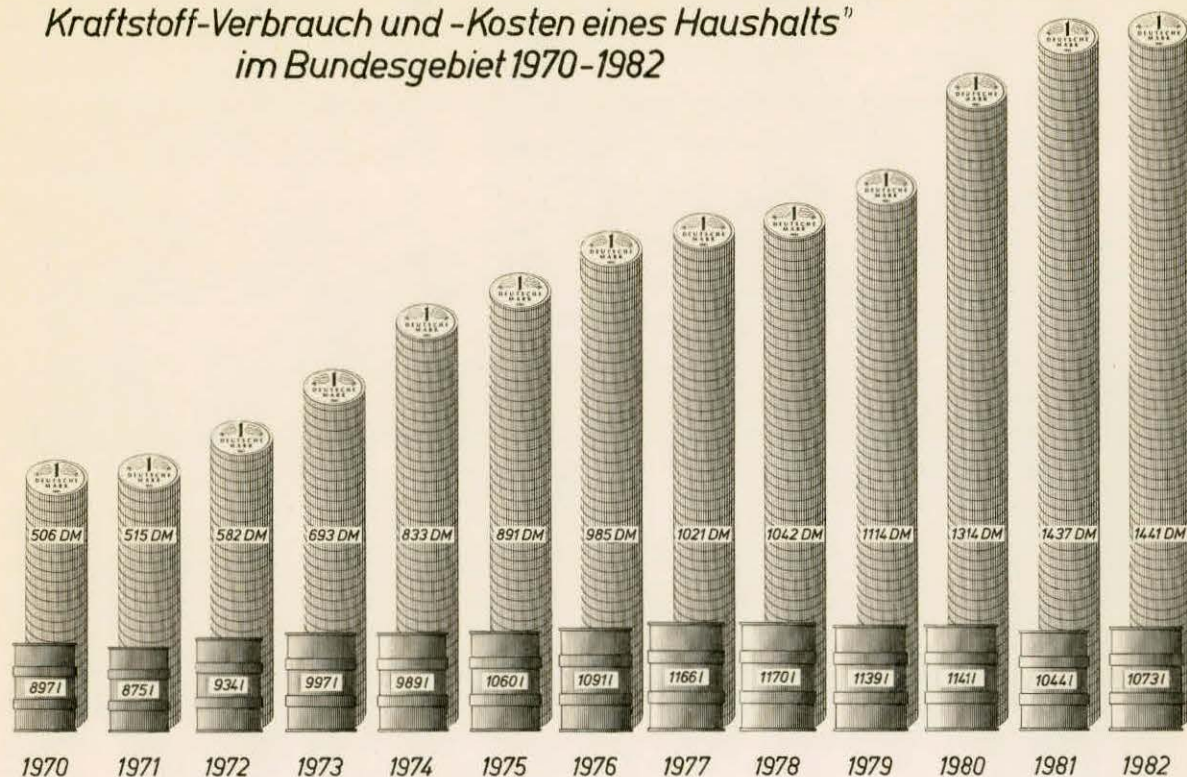
privaten Haushalte herausarbeiten. Immerhin läßt sich aber für einen größenordnungsmäßig bedeutsamen Teil der Bevölkerung ein umfassendes Bild über die Ausgaben für den privaten Verbrauch und somit auch für die durchschnittlichen Jahresaufwendungen für Energie gewinnen.

Ein 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen und im Besitz mindestens eines Personenkraftwagens verbrauchte im Jahr 1970 erst 897 Liter Kraftstoff, für die er 506 DM zahlen mußte. Zehn Jahre später waren für den deutlich höheren Verbrauch von 1 141 Litern schon 1 314 DM aufzubringen. Der durchschnittliche Verbrauch sank 1981 auf 1 044 Liter, dagegen stiegen die Aufwendungen infolge höherer Benzinpreise um 123 DM auf 1 437 DM. Rückläufige Kraftstoffpreise führten im vergangenen Jahr bei einem um durchschnittlich 30 Liter auf 1 073 Liter angestiegenen Verbrauch zu fast gleich hohen Ausgaben wie im Jahr zuvor (1 441 DM).

Heizöl mit 64 Pfennig je Liter im März 1983 am billigsten

Die Preise für extra leichtes Heizöl (im folgenden kurz Heizöl genannt) entwickelten sich von Anfang 1982 bis Mitte 1983 ähnlich wie diejenigen für Kraftstoffe. Nachdem im Januar des vergangenen Jahres mit 79,32 DM je 100 Liter der bisher höchste Heizölpreis überhaupt ermittelt worden war, mußten im März für die gleiche Menge nur noch 70,29 DM ge-

Kraftstoff-Verbrauch und -Kosten eines Haushalts¹⁾ im Bundesgebiet 1970-1982



¹⁾ Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen und Pkw.

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 11

zahlt werden. In den folgenden Monaten zogen die Preise wieder deutlich an und erreichten im Oktober einen neuen Höchstwert mit 84,87 DM. Danach kam es zu kontinuierlichen Verbilligungen, die ihren Tiefpunkt im März dieses Jahres mit 64,41 DM erreichten. Derart billig war Heizöl zuletzt im November und Dezember 1980 angeboten worden. Ab April 1983 kam es dann wieder zu spürbaren Verteuerungen. Im August kosteten 100 Liter Heizöl schon 73,35 DM. Das bedeutet einen Preissprung von 14% innerhalb von 6 Monaten. Die Gründe hierfür dürften vorwiegend im ungewöhnlich hohen Kursanstieg des Dollars gegenüber der D-Mark liegen. Im Jahresdurchschnitt 1982 erhöhten sich die Verbraucherpreise für Heizöl um 5,6% gegenüber dem Vorjahr, dagegen sanken sie im ersten Halbjahr 1983 um 14% gegenüber dem zweiten Halbjahr 1982. Vom Beginn der ersten Ölpreiskrise 1973 bis 1982 ergab sich ein Preisanstieg um 246%.

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen und ölbeheizter Wohnung gaben 1970 für Heizöl 274 DM aus, im Jahre 1981 hingegen für eine um etwa ein Fünftel größere Verbrauchsmenge 1717 DM. Im vergangenen Jahr stieg der durchschnittliche Verbrauch um 38 Liter auf 2 423 Liter, für die 1 866 DM - das sind 149 DM mehr als im Jahr zuvor - bezahlt werden mußten.

Haushaltsgas 1982 um 9% teurer

Die Verbraucherpreise für Gas, welche 1981 noch um 18% angestiegen waren, erhöhten sich im vergangenen Jahr um 9,4%, aber damit noch deutlich

höher als dies für den Anstieg des gesamten Verbraucherpreisniveaus zutrifft. Infolge zunehmenden Verbrauchs und der Zunahme der gasbeheizten Wohnungen bewegt sich die Investitionstätigkeit der öffentlichen Gasversorgung weiter auf hohem Niveau. Die Gasversorgungsunternehmen bauen ihr Netz weiter aus. Die früher zeitweilig vorhandenen Preisvorteile des Erdgases, die deshalb entstanden, weil nur in gewissen Zeitabständen Preisanpassungen erfolgten, dürften wegen der inzwischen eingetretenen Verkürzung der Änderungsperioden geringer geworden sein. Ein 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen und gasbeheizter Wohnung mußte 1982 bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 1 665 cbm Gas nur 1 049 DM aufwenden.

Auch für Elektrizität deutliche Preisanhebungen

Die Vorzüge der Elektrizität liegen für den Verbraucher in ihrer ständigen Verfügbarkeit, den vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten und der sauberen und umweltfreundlichen Anwendung. Infolge der außergewöhnlichen Preisentwicklung für Heizöl, Gas und Kohle dürften sich ihre Marktchancen in jüngster Zeit noch weiter verbessert haben. Allerdings sind Preisanhebungen für Elektrizität schwerer durchsetzbar; sie unterliegen der staatlichen Genehmigung. Die Steigerung des Verbrauchs war in den privaten Haushalten relativ gering, zumal technische Verbesserungen an Heiz- und anderen Elektrogeräten eine bessere Abstimmung von Verbrauch und Bedarf erlauben. Die Verbraucherpreise für Elektrizität erhöhten sich 1982 um 8,2%. Für 1981 war mit 11,1% eine stärkere Verteuerung ermittelt worden.

Geringerer Preisanstieg für Erzeugnisse des Kohlenbergbaus

Für die Erzeugnisse des Kohlenbergbaus, der unter erheblichen Absatzschwierigkeiten zu leiden hat, wurden 1982 deutlich niedrigere Steigerungsraten der Verbraucherpreise ermittelt als im Jahr zuvor, in dem sie zwischen 14 und 15% lagen. Steinkohle ver-

teuerte sich im vergangenen Jahr um 6,3%, Anthrazit-Eierbriketts um 7,6% und Braunkohlenbriketts um 8,3%. Im ersten Halbjahr 1983 verzeichneten die Verbraucherpreise des Kohlenbergbaus sogar eine geringe Verbilligung.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Staatsverbrauch und Bruttoanlageinvestitionen 1960 bis 1981

Ergänzend zu den Ergebnissen über den privaten Verbrauch¹⁾ enthält der vorliegende Beitrag Angaben über die Verwendung des Bruttosozialprodukts durch den Staat und die Unternehmen.

Öffentliche Unternehmen werden nicht im Staatssektor gezählt

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfaßt der Sektor Staat definitionsgemäß alle Institutionen, deren Aufgabe überwiegend darin besteht, nicht marktbestimmte Dienstleistungen für die Allgemeinheit zu erbringen und die sich hauptsächlich aus Zwangsabgaben finanzieren. Dazu gehören die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Zu den Gebietskörperschaften rechnen der Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, ferner Zweckverbände und Organisationen ohne Erwerbscharakter, deren Mittel vorwiegend aus öffentlichen Zuschüssen stammen. Öffentliche Unternehmen, wie kommunale Versorgungs- und Verkehrsunternehmen, Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, sind - unabhängig von ihrer Rechtsform - nicht dem Staatssektor zugeordnet.

Als Produzent erbringt der Staat vorwiegend nicht für den Markt bestimmte Dienstleistungen, wie allgemeine Verwaltungsleistungen, Sicherheits- und Unterrichtsleistungen. Den überwiegenden Teil der Leistungen, der der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt wird, bezeichnet man als Eigenverbrauch des Staates oder Staatsverbrauch. Der Verbrauch unterscheidet sich vom Produktionswert des Staates durch den Wert der Verkäufe (vorwiegend Einnahmen aus Benutzungsgebühren) sowie der selbsterstellten Anlagen und wird auch in dieser Weise rechnerisch ermittelt. Während die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten für Verteidigungszwecke im Staatsverbrauch enthalten sind, zählt die Nachfrage des Staates nach anderen Investitionsgütern zu den Bruttoanlageinvestitionen.

Staatsverbrauch bundesweit überdurchschnittlich stark gestiegen

Der Staatsverbrauch betrug im Jahre 1981 in Rheinland-Pfalz 19,3 Mrd. DM. Das ist weit mehr als das Siebenfache des Betrages von 1960. Während im Jahrzehnt 1960 bis 1970 der Staatsverbrauch mit einer durchschnittlichen Veränderungsrate von jährlich 10,2% wie im Bundesgebiet anstieg, war im dar-

aufolgenden Zeitraum 1970 bis 1981 der Zuwachs mit 10% vergleichsweise schwächer als im Bundesgebiet (+ 10,5%).

Mit einer Veränderungsrate von über 20% lag der Anstieg im Boom-Jahr 1971 am höchsten. Ausschlaggebend dafür waren neben einer leichten Zunahme des Personalstandes hauptsächlich die Lohn- und Gehaltsverbesserungen im öffentlichen Dienst im Gefolge der allgemeinen Einkommensexpansion. Dagegen stagnierte der Staatsverbrauch im Rezessionsjahr 1967 nahezu (+ 0,7%).

Zur Verdeutlichung der staatlichen Einflußnahme auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird häufig die sogenannte Staatsquote herangezogen. Sie errechnet sich als prozentualer Anteil der Gesamtausgaben des Staates am Bruttosozialprodukt, wobei Vorgänge innerhalb des Staatssektors unberücksichtigt bleiben. Die so ermittelte Quote, die die Einflußnahme des Staates, beispielsweise bei der Umverteilung der Einkommen, widerspiegelt, belief sich

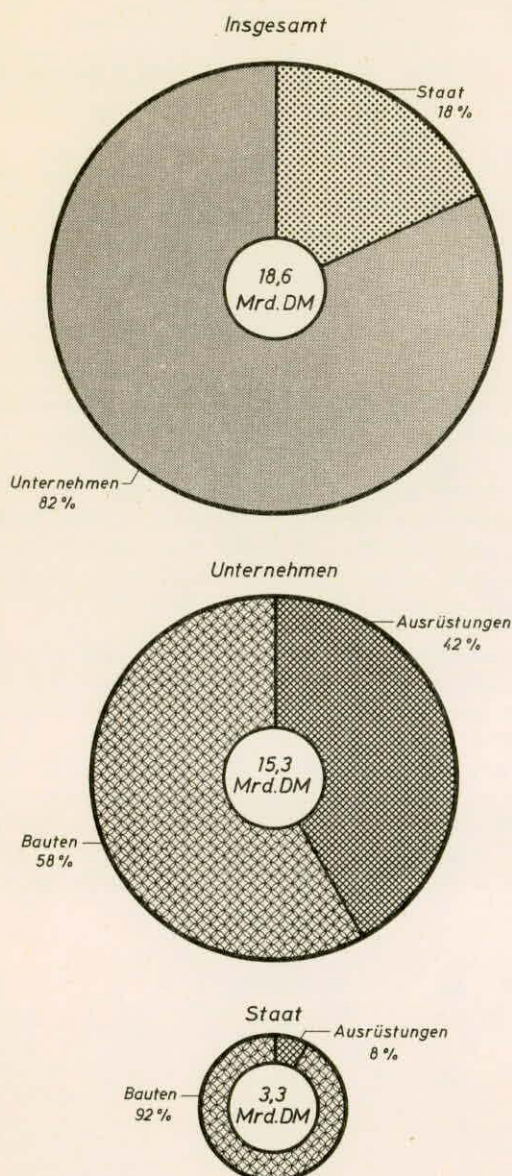
Verwendung des Bruttosozialprodukts
Rheinland-Pfalz 1960 - 1981

Jahr	Brutto- sozial- produkt 1)	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Brutto- anlage- investi- tionen
Mill. DM				
1960	15 713	9 316	2 559	3 907
1961	17 160	10 331	2 999	4 369
1962	18 647	11 137	3 533	4 822
1963	20 009	11 913	4 085	5 367
1964	22 187	12 943	4 134	6 178
1965	24 264	14 295	4 606	6 694
1966	26 201	15 487	5 129	7 097
1967	26 743	16 001	5 164	6 251
1968	28 864	16 983	5 456	7 030
1969	32 217	18 495	6 077	8 509
1970	36 243	20 413	6 785	9 986
1971	40 814	22 516	8 147	10 986
1972	44 677	24 679	8 995	12 281
1973	49 141	27 054	10 299	13 149
1974	53 306	29 123	11 787	12 649
1975	55 671	31 978	13 086	12 021
1976	60 423	34 512	13 800	13 436
1977	65 108	37 081	14 364	14 938
1978	69 555	39 130	15 490	16 629
1979 ^P	75 808	42 637	16 549	18 630
1980 ^P	81 728	45 668	18 069	20 927
1981 ^P	85 843	47 755	19 332	.

¹⁾ B. Lux-Henseler: Bruttosozialprodukt und privater Verbrauch 1960 bis 1981. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 36, Heft 8, August 1983.

¹⁾ Einschließlich Vorratsveränderung und Außenbeitrag, Statistische Differenzen.

Bruttoanlageinvestitionen der Sektoren 1979



95/83

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

1981 im Bundesgebiet auf 48,4% gegenüber 32,5% im Jahre 1960.

Auf Länderebene kann aufgrund fehlender Materialgrundlagen über die Gesamtausgaben der Staatseinfluß nur in güterwirtschaftlicher Hinsicht betrachtet werden. Insofern ist hier der Anteil des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt niedriger als im Bundesgebiet insgesamt.

Bruttoanlageinvestitionen am Investitionsort erfaßt

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen einschließlich selbsterstellter Anlagen sowie den Saldo zwischen Käufen und Verkäufen von gebrauchten Anlagen und Land, wobei die Bewertung zu Anschaffungspreisen erfolgt. Berücksich-

tigt werden nur dauerhafte reproduzierbare Güter, die der Erhaltung, Erweiterung oder Verbesserung des im Produktionsprozeß eingesetzten Kapitalstocks der Volkswirtschaft dienen. Das sind in der Regel Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mindestens ein Jahr beträgt, und die normalerweise aktiviert werden. Ausgenommen sind dauerhafte Ausrüstungsgüter und Bauten für Verteidigungszwecke, die dem Staatsverbrauch zugeordnet werden, sowie geringwertige Wirtschaftsgüter wie Werkzeuge oder Büromaterial.

Die regionale Zuordnung der Investitionen richtet sich nach dem Ort ihrer Durchführung. Es werden also alle in Rheinland-Pfalz getätigten Investitionen einbezogen, unabhängig davon, wo der Investor seinen Sitz hat. Die Investitionen rheinland-pfälzischer Unternehmen im übrigen Bundesgebiet oder im Ausland werden dagegen hier nicht berücksichtigt.

Für die Berechnung gesamtwirtschaftlicher Bruttoanlageinvestitionen kommen grundsätzlich zwei Verfahren in Betracht. Die Ermittlung der Investitionsausgaben kann direkt aufgrund der Angaben der Investoren erfolgen oder indirekt über die Produktion bzw. den Absatz von Investitionsgütern. Da auf Länderebene das letztere als Commodity-Flow-Methode bezeichnete Verfahren aufgrund fehlender Statistiken über Produktion, Absatz sowie Ein- und Ausfuhr nicht anwendbar ist, kommt hier nur die Investorenrechnung in Betracht.

Besondere Probleme wirft der Nachweis der Investitionen bei solchen Gütern auf, die nicht vom Eigentümer genutzt, sondern an Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche vermietet werden. Hierzu zählt beispielsweise Leasing von Datenverarbeitungsanlagen. Aus statistischen Gründen können solche Investitionen nur dem Eigentümer zugeordnet werden, was bei einer Analyse der Investitionsintensität einzelner Branchen zu beachten ist.

Investitionstätigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig

Die in Rheinland-Pfalz getätigten Bruttoanlageinvestitionen beliefen sich im Jahre 1980 auf rund 21 Mrd. DM. Die durchschnittliche jährliche Veränderung seit 1960 lag mit + 8,8% leicht über dem Anstieg des Bruttosozialprodukts (+ 8,6%), wobei die

Staatsverbrauch in den Bundesländern 1981

Land	Mill. DM	1970 = 100
Schleswig-Holstein	17 702	277
Hamburg	11 196	277
Niedersachsen	42 068	295
Bremen	4 570	320
Nordrhein-Westfalen	82 569	310
Hessen	28 943	304
Rheinland-Pfalz	19 332	285
Baden-Württemberg	44 808	319
Bayern	54 605	300
Saarland	5 251	293
Berlin (West)	14 756	290
Bundesgebiet	325 800	301

Vorläufige Werte.

Bruttoanlageinvestitionen¹⁾ in den Bundesländern 1979

Land	Insgesamt			Ausrüstungsinvestitionen		Bauinvestitionen	
	Mill.DM	1970=100	Anteil am Brutto-sozialprodukt in %	Mill.DM	1970=100	Mill.DM	1970=100
Schleswig-Holstein	13 081	223	24,6	4 572	219	8 508	225
Hamburg	9 878	146	16,9	5 796	174	4 082	118
Niedersachsen	35 368	187	24,0	13 149	188	22 219	187
Bremen	3 642	162	18,6	1 904	163	1 738	160
Nordrhein-Westfalen	79 389	171	21,1	33 965	166	45 424	176
Hessen	28 032	158	21,1	10 458	170	17 574	152
Rheinland-Pfalz	18 630	187	24,6	6 627	167	12 003	199
Baden-Württemberg	51 441	187	22,9	20 135	199	31 306	180
Bayern	62 429	205	26,1	21 860	203	40 569	207
Saarland	5 120	201	24,0	2 005	189	3 115	210
Berlin (West)	7 380	135	14,7	3 249	143	4 131	129
Bundesgebiet	314 390	181	22,5	123 720	181	190 670	181

1) Käufe von neuen Anlagen (einschließlich selbsterstellter Anlagen) sowie von gebrauchten Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen (einschließlich Schrott). - Vorläufige Werte.

Entwicklung in den beiden Dekaden mit einer Durchschnittsrate von + 9,8% zwischen 1960 und 1970 und von + 7,7% zwischen 1970 und 1980 sehr unterschiedlich war. Die jährlichen Zu- und Abnahmen der Investitionen schwankten dabei wesentlich stärker als bei den übrigen Aggregaten des Sozialprodukts. Während in konjunkturellen Aufschwungsphasen, beispielsweise 1969, die Entwicklung der Anlageinvestitionen mit einer Veränderung zum Vorjahr von + 21% die des Sozialprodukts (+ 11,6%) deutlich übertraf, lag sie in Abschwungsphasen wie 1967 mit - 11,9% weit darunter (Bruttosozialprodukt + 2,1%).

In ähnlicher Weise abhängig von der konjunkturellen Lage, aber auch von der wirtschaftlichen Struktur eines Landes ist der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen. Im Jahre 1980 lag er in Rheinland-Pfalz mit 25,6% weit über dem Bundesdurchschnitt (23,5%). Unter den Bundesländern verzeichnet nur Bayern (27,2%) einen noch höheren Anteil.

Zwei Drittel der Investitionen entfallen auf Bauten

In der Gliederung nach Anlagearten entfielen im Jahre 1979 rund 64% auf Bauten, der Rest auf Ausrüstungen. Zu den Bauinvestitionen gehören Gebäude, Straßen, Brücken, Flugplätze. Die Ausrüstungsinvestitionen beziehen sich auf Maschinen, Fahrzeuge und ähnliche Anlagegüter, die nicht fest mit Bauten verbunden sind.

Zu der überdurchschnittlichen Entwicklung der Anlageinvestitionen haben vor allem die Bauinvestiti-

onen beigetragen. Deren Anteil am entsprechenden Bundeswert hat sich von 5% im Jahre 1960 auf 6,3% im Jahre 1979 deutlich ausgeweitet.

96% der Ausrüstungsinvestitionen im Unternehmenssektor getätigt

Die privaten Haushalte haben keine Anlageinvestitionen. Ihre Käufe von Wohnungen sind als Bauinvestitionen im Unternehmenssektor, Bereich Wohnungsvermietung, einbezogen.

Von den gesamten Bruttoanlageinvestitionen entfielen im Jahre 1979 rund 82% auf die Unternehmen einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Dieser Anteil hat sich seit 1970 um 3 Prozentpunkte erhöht, woraus ein entsprechender Rückgang im Sektor Staat resultiert. Es wird deutlich, daß sich die Investitionsausgaben des Staates nicht in dem Maße wie die Verbrauchsausgaben erhöht haben.

Die Aufteilung nach Anlagearten ist in beiden Sektoren sehr unterschiedlich. Rund 9 Mrd. DM oder 58% der von den Unternehmen getätigten Investitionen entfielen auf Bauten. Im Bereich Staat hatten die Bauinvestitionen mit 92% einen wesentlich höheren Anteil. Die Ausrüstungsinvestitionen in Höhe von 6,6 Mrd. DM wurden weit überwiegend im Unternehmenssektor getätigt. Der Staat verzeichnet hier lediglich einen Anteil von 4%.

Diplom-Mathematikerin B. Lux-Henseler

Ökonomisch induzierte Wanderungen Analyse und Prognose der Entwicklung bis 1996

Prognose der Wanderungen als Teil der regionalen Bevölkerungsprognose

Größe und Struktur der Bevölkerung ergeben sich aus der Entwicklung von Geburten, Sterbefällen und Wanderungsbewegungen. Im Rahmen der regionalen

Bevölkerungsprognose ergibt eine Vorausschätzung dieser drei Komponenten Anhaltspunkte über die zukünftige Bevölkerungsentwicklung. Das Modell zur Prognose der Wanderungen legt einen Schwerpunkt auf ökonomisch induzierte Wanderungsbewegungen,

Wanderungssalden nach Regionen 1975 - 1982

Region	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Wanderungssaldo insgesamt								
Mittelrhein-Westerwald	- 1 570	- 340	1 200	1 990	4 350	5 510	1 820	390
Trier	- 880	- 790	- 900	- 950	- 360	830	460	1 000
Rheinhausen-Nahe	- 2 110	250	210	1 290	4 810	4 980	1 530	- 300
Rheinpfalz (ohne Worms)	- 4 360	- 4 110	- 1 220	150	1 320	3 840	2 090	570
Westpfalz	- 2 810	- 1 630	- 1 660	- 1 190	- 60	460	- 300	60
Rheinland-Pfalz	- 11 720	- 6 610	- 2 360	1 290	10 050	15 610	5 600	1 710
Wanderungssaldo von Erwerbstätigen								
Mittelrhein-Westerwald	- 2 020	- 20	290	200	1 370	2 380	330	110
Trier	- 930	- 1 020	- 1 000	- 640	- 490	- 270	- 750	- 190
Rheinhausen-Nahe	- 3 050	- 1 190	- 1 270	- 580	1 330	1 320	- 350	- 1 090
Rheinpfalz (ohne Worms)	- 3 320	- 3 450	- 1 070	- 390	140	1 490	990	480
Westpfalz	- 1 960	- 820	- 1 150	- 1 140	- 330	40	- 670	- 380
Rheinland-Pfalz	- 11 270	- 6 510	- 4 190	- 2 550	2 020	4 960	- 450	- 1 080

betrachtet also in erster Linie solche Zu- und Fortzüge, die aufgrund von Ungleichgewichten auf dem Arbeitsmarkt ausgelöst werden. Ergänzend hierzu werden Wanderungen von älteren Menschen und von Studenten vorausgeschätzt.

Ergebnisse haben Modellcharakter

Im folgenden werden die Ergebnisse einer Regionalprognose ökonomisch induzierter Wanderungen bis zum Jahre 1996 aufgezeigt, wobei Basisdaten bis 1981 berücksichtigt sind. Das zugrundeliegende Modell, dessen Ergebnisse natürlich nur Modellcharakter beanspruchen können, orientiert sich an dem zur Verfügung stehenden Datenmaterial. So wäre vermutlich eine Verschiebung der Ergebnisse zu erwarten, wenn die Entwicklung in den anderen Bundesländern und dem Ausland explizit berücksichtigt würde. Ebenso kann das Modell keine Saison- und Konjunkturschwankungen vorausschätzen, also auch nicht deren Einfluß auf die ökonomisch orientierten Wanderungsbewegungen berücksichtigen. Die Ergebnisse beschreiben damit lediglich einen langfristigen Entwicklungspfad.

Eine direkte Analyse der Entwicklung in der Vergangenheit gestattet das zur Verfügung stehende Datenmaterial nicht, da ökonomisch bestimmte Wanderungsbewegungen nicht explizit ausgewiesen werden. Gute Anhaltspunkte liefert aber eine Betrachtung der Wanderungen von Erwerbstätigen. Jedoch

müssen beobachtete Wanderungen von Erwerbstätigen nicht zwangsläufig im Sinne des Prognosemodells ökonomisch induziert sein; vielmehr können Erwerbstätige ihren Wohnsitz verlagern, ohne daß hierfür die Annahme eines neuen Arbeitsplatzes ausschlaggebend ist.

Abwanderungsüberschüsse von Erwerbstätigen

Für Rheinland-Pfalz können seit 1978 insgesamt mehr Zuwanderungen als Abwanderungen verzeichnet werden. Der Höhepunkt lag im Jahre 1980 bei einem Saldo von 15 610 Personen. Betrachtet man ab 1975 die Wanderungen von Erwerbstätigen für sich, so ist außer in den Jahren 1979 und 1980 stets ein negativer Wanderungssaldo zu vermerken. 1982 betrug bei 48 430 zugewanderten und 49 510 abgewanderten Erwerbstätigen der Abwanderungsüberschuß mehr als 1 000 Personen.

Auch in den einzelnen Regionen sind für die Wanderungen von Erwerbstätigen häufiger negative Wanderungssalden festzustellen als für die Gesamtzahl der Wanderungen. In den Jahren nach 1975 war die günstigste Entwicklung 1980 zu verzeichnen; in diesem Jahr hatte nur die Region Trier mehr Fortzüge als Zuzüge von Erwerbstätigen aufzuweisen. Eine relativ ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes ist außer in der Region Trier auch in der Westpfalz

Wanderungen der Erwerbstätigen nach Regionen 1982

Region	Wanderungen innerhalb der Region 1)	Wanderungen über Regionengrenzen					
		Zuzüge	Fortzüge	Saldo	darunter		
					Wanderungen über die Landesgrenze		
					Zuzüge	Fortzüge	Saldo
Mittelrhein-Westerwald	8 760	19 700	19 590	110	16 240	16 570	- 330
Trier	3 880	6 990	7 180	- 190	5 170	5 000	170
Rheinhausen-Nahe	5 830	14 570	15 660	- 1 090	11 120	11 700	- 600
Rheinpfalz (ohne Worms)	9 310	13 360	12 890	480	10 470	10 290	190
Westpfalz	4 720	8 280	8 660	- 380	5 430	5 940	- 510
Rheinland-Pfalz	32 500	62 900	63 980	- 1 080	48 430	49 510	- 1 080

1) Ohne Umzüge innerhalb der Kreise.

zu verzeichnen, wo bis auf einen sehr kleinen positiven Saldo im Jahre 1980 stets mehr Erwerbstätige abgewandert als zugewandert sind. Positive Wanderungssalden von Erwerbstätigen sind für die Region Mittelrhein-Westerwald seit 1977 und die Region Rheinpfalz seit 1979 zu beobachten.

Greift man bei den Wanderungen der Erwerbstätigen solche über die Landesgrenze heraus, so weist die Region Mittelrhein-Westerwald für alle Beobachtungsjahre kleinere Salden als bei der Gesamtzahl der Wanderungen von Erwerbstätigen aus. Dies bedeutet, daß aus den anderen Regionen des Landes stets mehr Erwerbstätige nach Mittelrhein-Westerwald zugewandert sind, als in andere Regionen abgewandert sind. Demgegenüber hatte die Region Trier mit Ausnahme des Jahres 1978 auch mit den anderen Regionen des Landes negative Wanderungssalden von Erwerbstätigen zu verzeichnen.

Mehrzahl der Wanderungen über Regionengrenzen sind Wanderungen über die Landesgrenze

Im Jahre 1982 waren gut drei Viertel der Wanderungen von Erwerbstätigen über die Regionengrenzen auch Wanderungen über die Landesgrenze. In der Region Mittelrhein-Westerwald war dieser Anteil mit etwa 80% höher, in der Westpfalz mit weniger als 70% niedriger.

Die Anzahl der Umzüge innerhalb der Regionen ist etwa halb so hoch wie die Anzahl der Wanderungen über die Regionengrenzen. Hier sind Wohnortverlagerungen innerhalb der Kreise nicht berücksichtigt. Dieses Verhältnis ist in der Rheinpfalz mit etwa 70% wesentlich höher, in der Region Rheinhessen-Nahe mit rund 40% niedriger als im Landesdurchschnitt.

Komponenten ökonomisch induzierter Wanderungen

Eine Ursache für Zu- und Abwanderungen von Personen im erwerbsfähigen Alter und deren Angehörigen ist die ungleichgewichtige Entwicklung regionaler Arbeitsmärkte. Ist das Arbeitskräfteangebot größer als die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze, so wandert ein Teil der Arbeitsuchenden mit ihren Angehörigen ab, der andere Teil bleibt am alten Ort erwerbslos. Liegt ein Arbeitskräftedefizit vor, so kann dieses durch Zuwanderungen verringert bzw. ausgeglichen werden.

Um die Anzahl der in einem Kreis arbeitenden Erwerbstätigen zu ermitteln, sind zu den innerhalb der Kreisgrenzen wohnenden Erwerbstätigen die über die Grenzen des Kreises zuwandernden Berufspendler zu addieren und die über die Kreisgrenzen abwandernden Berufspendler zu subtrahieren.

Die Prognose ökonomisch induzierter Wanderungsbewegungen unterliegt folgendem Rechengang:

Erwerbstätige am Arbeitsort

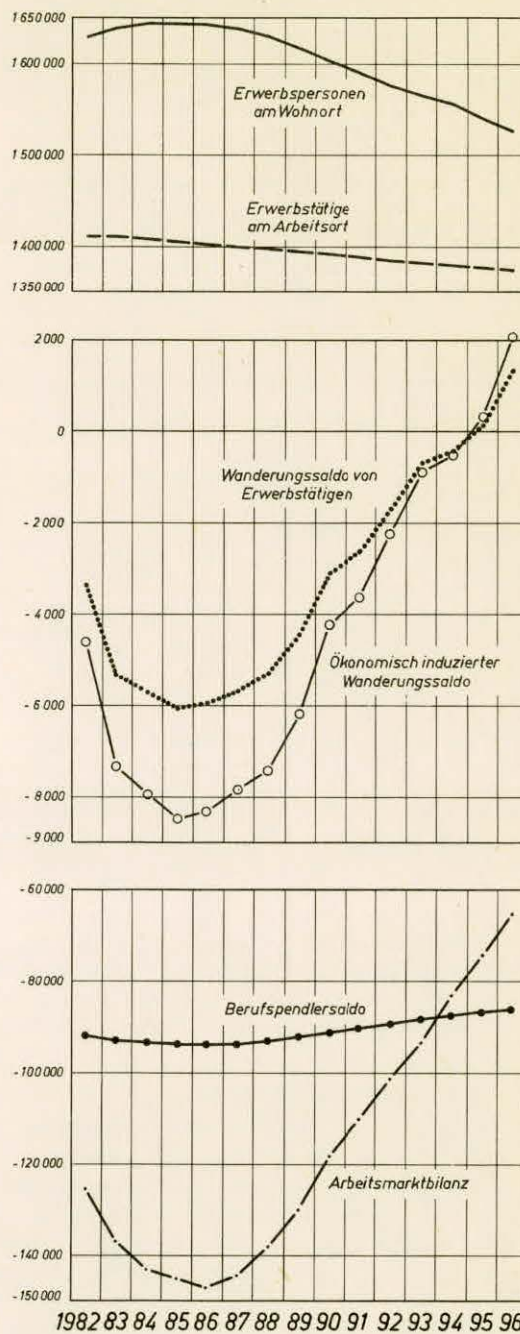
– Erwerbspersonen am Wohnort

+/- Berufspendlersaldo

= Arbeitskräftedefizit (+) bzw. -überschuß (–)
am Wohnort

+ Erwerbslose

Struktur ökonomisch induzierter Wanderungssalden 1982-1996



96/83

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

= Zu- bzw. Abwanderung von Erwerbstätigen
+ mitwandernde Familienangehörige

= ökonomisch induzierter Wanderungssaldo

Damit erfordert die Vorausschätzung von Wanderungen, die aufgrund von Arbeitsmarktungleichgewichten durchgeführt werden, eine Arbeitskräftebedarfsprognose (Erwerbstätige am Arbeitsort), eine Arbeitskräfteangebotsprognose (Erwerbspersonen am Wohnort) sowie die Prognose von Größe und Altersstruktur der Berufspendler, der Erwerbslosen und der mitwandernden Familienangehörigen.

Struktur ökonomisch induzierter Wanderungssalden nach Regionen 1984 - 1996

Region	1984	1988	1992	1996	1984	1988	1992	1996
	Erwerbstätige am Arbeitsort (1 000)				Erwerbspersonen am Wohnort (1 000)			
Mittelrhein-Westerwald	421	419	415	412	496	492	476	462
Trier	178	176	173	171	210	209	203	196
Rheinhausen-Nahe	298	296	294	292	344	340	328	318
Rheinpfalz (ohne Worms)	317	315	313	312	360	357	347	337
Westpfalz	194	192	190	189	235	232	223	215
Rheinland-Pfalz	1 408	1 398	1 386	1 377	1 645	1 629	1 577	1 528
Kreisfreie Städte	576	575	575	574	444	435	420	409
Landkreise	832	823	812	803	1 201	1 194	1 158	1 119
	Berufspendlersaldo (1 000)				Arbeitsmarktbilanz (1 000)			
Mittelrhein-Westerwald	- 35	- 35	- 34	- 33	- 40	- 38	- 27	- 16
Trier	- 8	- 8	- 8	- 8	- 24	- 25	- 22	- 17
Rheinhausen-Nahe	- 15	- 15	- 14	- 13	- 31	- 29	- 20	- 13
Rheinpfalz (ohne Worms)	- 17	- 17	- 16	- 15	- 26	- 25	- 18	- 10
Westpfalz	- 19	- 18	- 18	- 17	- 22	- 21	- 15	- 9
Rheinland-Pfalz	- 93	- 93	- 89	- 86	- 143	- 138	- 102	- 65
Kreisfreie Städte	178	179	179	180	- 46	- 38	- 24	- 15
Landkreise	- 272	- 271	- 269	- 266	- 97	- 100	- 76	- 51
	Wanderungssaldo der Erwerbstätigen (Anzahl)				Wanderungssaldo der Erwerbstätigen und ihrer Familienmitglieder (Anzahl)			
Mittelrhein-Westerwald	- 1 590	- 1 610	- 500	340	- 2 200	- 2 230	- 670	540
Trier	- 940	- 930	- 910	- 630	- 1 310	- 1 320	- 1 280	- 860
Rheinhausen-Nahe	- 1 220	- 1 190	40	110	- 1 740	- 1 710	80	200
Rheinpfalz (ohne Worms)	- 1 080	- 810	- 10	1 320	- 1 460	- 1 080	80	1 890
Westpfalz	- 900	- 790	- 330	180	- 1 220	- 1 080	- 460	280
Rheinland-Pfalz	- 5 720	- 5 320	- 1 700	1 320	- 7 930	- 7 420	- 2 240	2 050
Kreisfreie Städte	- 1 730	- 1 550	760	1 430	- 2 380	- 2 120	1 180	2 060
Landkreise	- 3 990	- 3 760	- 2 460	- 110	- 5 550	- 5 310	- 3 420	- 20

Abhandlungen über Arbeitskräfteangebot und -nachfrage sowie über regionale Arbeitsmarktbilanzen wurden bereits veröffentlicht¹⁾. Auf eine ausführliche Darstellung kann daher an dieser Stelle verzichtet werden.

Abnehmender Arbeitskräftebedarf

Die Prognose des Arbeitskräftebedarfs, also der Nachfrage nach Arbeitskräften am Arbeitsort, erfolgt – in Abhängigkeit von dem zur Verfügung stehenden Datenmaterial – für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft einerseits und nichtlandwirtschaftliche Betriebe andererseits nach unterschiedlicher Methodik. Die Anzahl der Erwerbstätigen für Klein- und Mittelbetriebe des nichtlandwirtschaftlichen Bereichs wird für 97 Wirtschaftsgruppen mittels Trendextrapolation auf Landesebene vorausgeschätzt. Kreisspezifische Werte werden hieraus mittels Regionalfaktoren errechnet, die beschreiben, wo eine vom Landestrend abweichende Entwicklung erwartet wird. Für die Großbetriebe werden regional aufgeschlüsselte Planungsdaten herangezogen, die alle zwei Jahre erfragt werden. Die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft werden auf Kreisebene im Wege der Trend-

extrapolation prognostiziert, wobei nach unterschiedlichen Betriebsgrößenklassen, in Abhängigkeit von der landwirtschaftlich genutzten Fläche, differenziert wird. Die Anzahl der Beschäftigten aus der Forstwirtschaft wird für den gesamten Prognosezeitraum konstant gehalten.

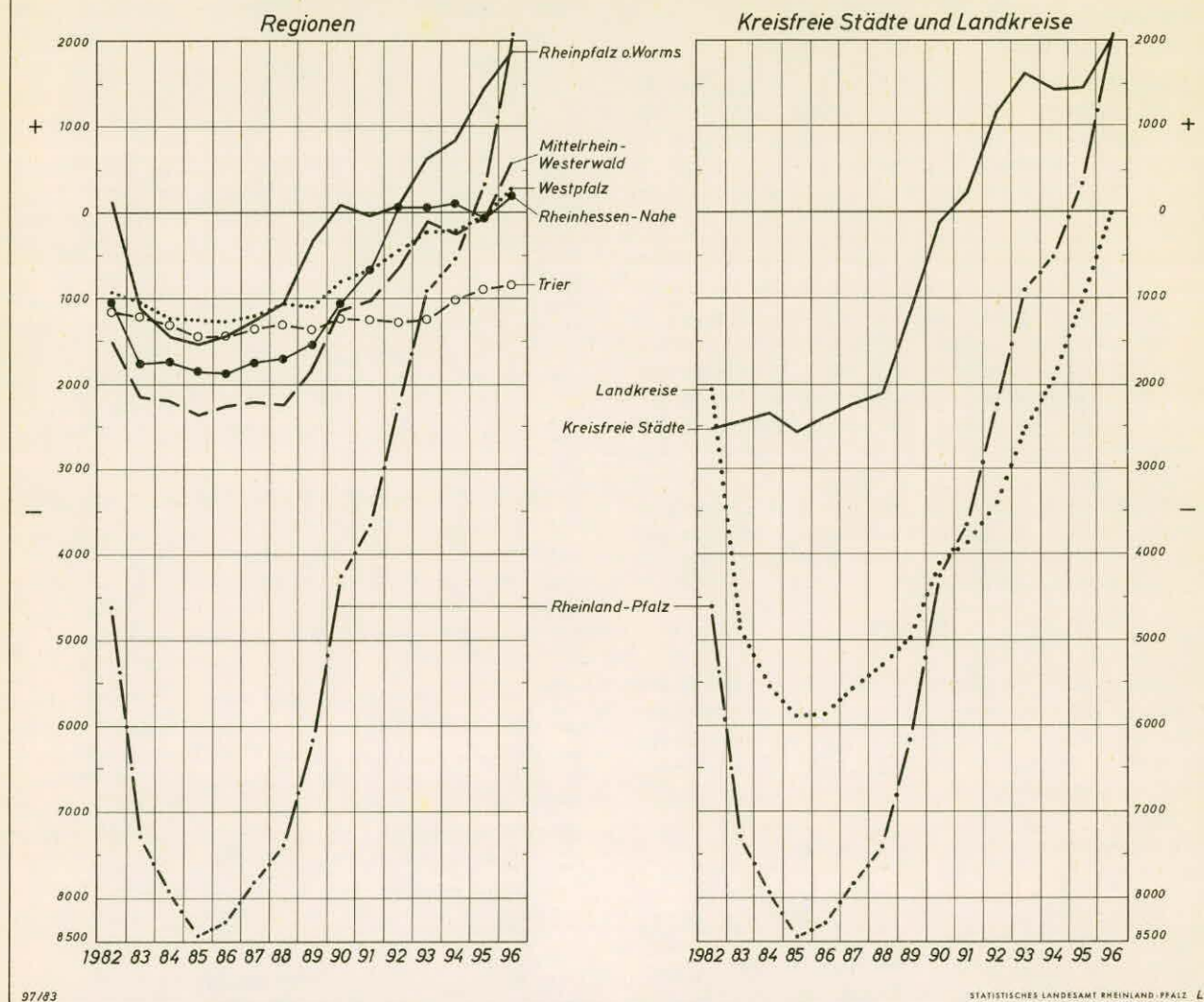
Nach dieser Prognose ist mit einem stetig abnehmenden Arbeitskräftebedarf zu rechnen; bis 1996 wird die Anzahl der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz auf etwa 1 377 000 zurückgehen. Der Rückgang betrifft alle Regionen etwa gleichermaßen und ist bei der Gesamtheit der kreisfreien Städte schwächer ausgeprägt als bei den Landkreisen.

Nach 1986 stark sinkendes Arbeitskräfteangebot

Die Entwicklung des Erwerbspersonenangebots wird in starkem Maße durch die Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung bestimmt. Die Prognose der Anzahl der Erwerbspersonen am Wohnort wird mittels Trendextrapolation von geschlechts- und altersklassenspezifischen Erwerbsquoten auf Landesebene durchgeführt. Eine Regionalisierung erfolgt mit Hilfe von Verhältniszahlen aus kreisspezifischer und landesdurchschnittlicher Erwerbsquote. Dabei wird unterstellt, daß sich festgestellte Abweichungen der Kreiswerte von den Landeswerten in Zukunft immer weiter verringern werden. Die Multiplikation der Erwerbsquoten mit der aufgrund der

¹⁾ H. Libowitzky: Wandlungen im Bedarf an Arbeitskräften. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 35, Heft 2, Februar 1982.
G. Ickler: Entwicklung des Arbeitskräfteangebots. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 35, Heft 10, Oktober 1982.
H. Libowitzky: Entwicklung der regionalen Arbeitsmärkte 1970 bis 1996. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 36, Heft 8, August 1983.

Ökonomisch induzierte Wanderungssalden 1982-1996



natürlichen Bevölkerungsbewegung prognostizierten Wohnbevölkerung ergibt das voraussichtliche regionale Erwerbspersonenangebot.

Das höchste Arbeitskräftepotential kann für 1985 mit rund 1 645 000 Personen erwartet werden. In einzelnen Regionen wird dieses Maximum schon 1984, teilweise erst 1986 erreicht. Bei der Gesamtheit der kreisfreien Städte kann schon 1983 mit dem größten Angebot an Erwerbspersonen gerechnet werden. In allen Fällen ist bis zum Ende des Prognosezeitraums ein stark sinkendes Erwerbspersonenangebot zu erwarten. Die Werte von 1996 liegen zwischen 7% und 8% niedriger als die jeweils zugehörigen Höchstwerte.

Prognose der Berufspendler

Während sich die Vorausschätzung des Arbeitskräfteangebots auf den jeweiligen Wohnort der Erwerbspersonen bezieht, gilt die Prognose des Arbeitskräftebedarfs für die Orte, an denen die Erwerbstätigen beschäftigt sind. Ein direkter Vergleich von Angebot und Nachfrage zur Abschätzung der Wanderungsbewegungen ist damit noch nicht mög-

lich. Erst die Berücksichtigung der Berufspendler ermöglicht Aussagen über regionale Arbeitskräfteüberschüsse und -defizite. Berufspendler sind alle berufstätigen Personen, deren Arbeitsort außerhalb ihres Wohnorts liegt, wobei für eine kreisspezifische Prognose nur Pendelwanderungen über die Kreisgrenzen von Interesse sind. Grundlage für die Vorausschätzung sind Pendlerquoten aus der letzten Volkszählung, wobei nach der Herkunft der Einpendler differenziert wird. Es wird jedoch eine Abschätzung von Veränderungen der Quoten seit dem letzten Volkszählungstermin berücksichtigt. Das Modell unterstellt einen gewissen funktionalen Zusammenhang zwischen der Anzahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort und den Berufseinpendlern.

Im gesamten Prognosezeitraum ist auf Landesebene mit einem Überschuß der Auspendler über die Einpendler zu rechnen. Der Berufspendlersaldo wird nach der Vorausschätzung von etwa - 92 000 im Jahre 1982 drei Jahre später auf - 94 000 fallen und bis 1996 rund - 86 000 betragen. Die Entwicklung in den Regionen verläuft entsprechend. Während bei der Gesamtheit der Landkreise in jedem Prognose-

jahr mit einem relativ hohen negativen Saldo zu rechnen ist, ist er bei den kreisfreien Städten stets positiv.

Positiver Trend bei der Entwicklung der Arbeitsmarktbilanz

Die Zusammenführung der Prognosewerte über die Erwerbstätigen, die Erwerbspersonen und die Berufspendlersalden ermöglicht die Aufstellung von regionalen Arbeitsmarktbilanzen, also die Feststellung von Arbeitskräftedefiziten oder -überschüssen an Wohnorten.

Für alle Regionen ist in jedem Prognosejahr mit einer negativen Arbeitsmarktbilanz zu rechnen. Auch bei der Unterscheidung nach kreisfreien Städten und Landkreisen sind in jedem Fall unter Berücksichtigung des Berufspendlersaldos mehr Erwerbspersonen als Erwerbstätige zu erwarten. Zusammenfassend für Rheinland-Pfalz betrachtet, muß 1986 bei einem Negativsaldo von 147 000 Personen mit dem Tiefstand gerechnet werden. Bis zum Ende des Prognosezeitraums kann man hingegen eine stetige Verbesserung der Arbeitsmarktsituation erwarten, wobei sich der Saldo gegenüber 1986 um mehr als die Hälfte verringern wird.

Prognose der Erwerbslosen

Arbeitskräfteüberschüsse führen nicht in voller Höhe zu Abwanderungen von Erwerbspersonen, da stets ein großer Teil der erwerbswilligen Personen erwerbslos bleiben wird. Zwischen Erwerbslosenquote und Arbeitsmarktbilanz wird ein funktionaler Zusammenhang unterstellt; es wird jedoch stets mit einer gewissen Mindesterwerbslosenquote gerechnet.

Aus den bisher erörterten Prognoseergebnissen über die einzelnen Komponenten lassen sich Anhaltspunkte über die voraussichtliche Entwicklung des Wanderungssaldos von Erwerbstätigen ableiten. Besonders stark schlägt hier der Verlauf des Erwerbspersonenangebots zu Buche. So ist im Jahr des größten Erwerbspotentials (1985) auch mit dem höchsten Abwanderungsüberschuß an Erwerbstätigen zu rechnen. 1995 kann erstmals ein Ausgleich der Zu- und Abwanderungen erwartet werden.

Prognose der mitwandernden Familienangehörigen

Zur Ermittlung ökonomisch induzierter Wanderungen sind außer den wandernden Erwerbspersonen die zugehörigen Familien, die ebenfalls den Wohnsitz wechseln, nach Größe und Struktur zu berücksichtigen. Hierzu ist es zunächst erforderlich, Hinweise über die Alters- und Geschlechtsstruktur der zu- und fortziehenden Erwerbspersonen zu erhalten. Es werden Ergebnisse aus der Wanderungsstatistik der letzten fünf Jahre zugrundegelegt. Anhaltspunkte darüber, inwieweit die nach Alter und Geschlecht untergliederten Erwerbspersonen Familienvorstand von Familien einer bestimmten Größe sind, oder ob sie einer Familie angehören, ohne deren Haushalts-

vorstand zu sein, können aus dem Datenmaterial der letzten Volkszählung gewonnen werden. Zum Teil kann hier auch der Mikrozensus als Datenbasis verwendet werden. Für die Prognose werden entsprechend ermittelte Anteile im Vorausschätzungszeitraum konstant gehalten.

Größte Abwanderungsüberschüsse im Jahre 1985

Es ist nun möglich, Ergebnisse über das Wanderungsverhalten von Erwerbstätigen und deren Familienangehörigen abzuleiten. Es können also Aussagen über ökonomisch induzierte Wanderungsbewegungen gemacht werden. Mit den höchsten Abwanderungsüberschüssen ist sowohl auf Landesebene als auch für die Gesamtheit der Landkreise sowie der kreisfreien Städte und in den Regionen Mittelrhein-Westwald, Trier und Rheinpfalz im Jahre 1985 zu rechnen. In den Regionen Rheinhessen-Nahe und Westpfalz sind die Überschüsse 1986 noch geringfügig größer.

Positive ökonomisch induzierte Wanderungssalden können nach der Prognose in der Region Rheinpfalz bereits 1990 erwartet werden. Hier ist bis 1996 mit einer im Vergleich zu den anderen Regionen wesentlich günstigeren Entwicklung zu rechnen. Trier hat als einzige Region am Ende des Prognosezeitraums immer noch Wanderungsdefizite aufzuweisen.

Für die kreisfreien Städte kann eine insgesamt günstigere Entwicklung angenommen werden. Hier ist erstmals 1991 mit einem positiven Wanderungssaldo zu rechnen, während die Landkreise 1996 immer noch ein – wenn auch geringes – Wanderungsdefizit verzeichnen. In beiden Fällen sind die größten Abwanderungsüberschüsse 1985 zu erwarten. In den kreisfreien Städten beträgt der Negativsaldo dann gut 2 500, in den Landkreisen nahezu 6 000 Personen.

Ökonomisch induzierte Wanderungen werden entscheidend durch Erwerbspotential beeinflusst

Hauptursache für den prognostizierten Verlauf der ökonomisch induzierten Wanderungsbewegungen ist die voraussichtliche Entwicklung des Angebots an Erwerbspersonen. So fällt sowohl auf Landes- als auch auf Regionenebene ein großes Erwerbspotential zeitlich in etwa mit großen Wanderungsdefiziten zusammen. Die recht starke Abnahme des Erwerbspersonenangebots bis zum Ende des Prognosezeitraums, die darauf zurückzuführen ist, daß zunehmend geburtschwache Jahrgänge ins Berufsleben eintreten, geht mit einer stetigen Verbesserung des Wanderungsdefizits einher und führt schließlich – mit Ausnahme der Region Trier – in allen Regionen zu Wanderungsüberschüssen. Diese Entwicklung ist zu beobachten, obwohl im gesamten Prognosezeitraum mit einer Abnahme des Bedarfs an Erwerbstätigen gerechnet werden muß. Die dadurch zu vermutende negative Entwicklung wird durch die wesentlich stärkere Abnahme des Erwerbspotentials überkompensiert.

Diplom-Ökonom G. Ickler

Kredite und Einlagen bei den Kreditinstituten

Ein privater Haushalt kann sein verfügbares Einkommen für den Kauf von Konsumgütern verwenden oder sparen. Hauptmotive für das Sparen sind die Vorsorge für finanzielle Notfälle und die Planung größerer Vorhaben.

Reicht das verfügbare Einkommen nicht aus, die Ausgaben zu finanzieren, muß ein Kredit in Anspruch genommen werden. Es kann aus steuerlichen Erwägungen auch günstiger sein, eine geplante Investition ganz oder zum Teil durch Fremdmittel zu finanzieren. In jedem Fall bedeutet die Inanspruchnahme von Krediten, daß künftig Einkommensbestandteile als Zinsen und Tilgung an den Kreditgeber fließen. Ein Kreditnehmer wird in der Regel nur dann fremde Mittel in Anspruch nehmen, wenn der dadurch erzielte Nutzen für ihn größer ist als der Aufwand. Ein wichtiges Entscheidungskriterium hierfür ist der Zins.

Im Jahre 1981 erreichten Zinsen Höchststand

Die Zinsentwicklung ist im Zeitablauf durch Schwankungen geprägt. Das Zinsniveau wird durch die Deutsche Bundesbank bestimmt; nach § 15 Bundesbankgesetz setzt sie die für ihre Geschäfte jeweils anzuwendenden Zins- und Diskontsätze fest. Die Änderung der Bundesbank-Zinssätze wirkt sich zuerst auf die Sollzinsen der Geschäftsbanken aus. Eine direkte Reaktion auf Änderungen des Diskontsatzes gibt es bei den Zinssätzen für Kontokorrentkredite, da diese gewöhnlich durch Vereinbarung eines Zuschlags auf den Diskontsatz festgelegt werden. Die Änderungen der Bundesbank-Zinssätze induziert nicht nur eine Anpassung der Sollzinsen sondern auch der Habenzinsen, die im allgemeinen mit einer Verzögerung von einigen Monaten den Bewegungen folgen.

Seit 1970 erreichte das Zinsniveau in den Jahren 1972 und 1978 Tiefpunkte, in den Jahren 1974 und 1981 Höchststände. Die Zinsschwankungen erklären sich zum Teil aus den Konjunkturzyklen, auf die die

Bundesbank reagiert. Darüber hinaus muß die Bundesbank außenwirtschaftliche Gegebenheiten mit berücksichtigen, die bei der Bestimmung des Zinsniveaus im Jahre 1981 wohl im Vordergrund gestanden haben. Insgesamt gesehen sind die Zinsen für Kontokorrent- und Wechseldiskontkredite seit dem Zinstief im Jahre 1978 um mehr als 7 Prozentpunkte heraufgesetzt worden. Unter den Sollzinsen wiesen sie damit die größte Steigerung auf. Die Habenzinsen wurden nicht so stark angehoben. Die Zinssätze für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist haben sich in der gleichen Zeit nur um 2,3 Prozentpunkte erhöht. Die Zinssätze für Termineinlagen mit einer Laufzeit von drei Monaten stiegen mit 6,6 Prozentpunkten vergleichsweise kräftig.

Der Zins erfüllt eine wichtige Informations- und Lenkungsfunction, indem er die Entscheidung der Wirtschaftssubjekte beeinflußt, ob sie sparen oder ob sie sich verschulden wollen. Entscheidend hierfür ist nicht der Nominalzins, sondern der Realzins, der sich durch die Subtraktion der Inflationsrate vom Marktzins ergibt. Die Realverzinsung einer Geldanlage zu bestimmen, bereitet insofern Schwierigkeiten, als die zukünftige Höhe der Geldwertminderung unbekannt ist. Lediglich für die Vergangenheit läßt sich ein Realzins errechnen, indem vom Nominalzins die Preissteigerungsrate für die Gesamtlebenshaltung aller privaten Haushalte abgesetzt wird. Hier wird deutlich, daß die Sparer, die ihr Geld auf einem Sparbuch mit gesetzlicher Kündigungsfrist einzahlten, mit Ausnahme des Jahres 1970 in allen folgenden Jahren einen realen Wertverlust ihrer Spareinlagen hinnehmen mußten. Erst wenn sie sich zu einer zwölfmonatigen Kündigungsfrist entschlossen, führten die Zinsen im Schnitt der Jahre zu einem geringen Wertzuwachs.

Zum Teil sehr hohe Realzinsen mußten dagegen die Kreditnehmer akzeptieren. In den Hochzinsphasen 1974 und 1981 wurde trotz der großen Preisstei-

Einlagen der Nichtbanken bei den Kreditinstituten Ende Dezember 1976 - 1982

Einleger Art der Einlage	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
	Mill. DM						
<u>Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen</u>	31 693	35 116	39 213	42 420	46 071	49 770	53 500
Sichteinlagen	4 649	5 285	6 321	6 577	6 726	6 702	7 307
Termingelder	5 184	6 353	7 783	10 011	13 154	16 987	17 617
Spareinlagen	21 860	23 478	25 109	25 832	26 191	26 081	28 576
<u>Einlagen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften</u>	2 017	2 190	2 205	2 106	2 246	2 232	2 352
Sichteinlagen	481	484	523	503	506	445	491
Termingelder	1 202	1 304	1 213	1 160	1 374	1 458	1 513
Spareinlagen	334	403	469	443	366	329	348
I n s g e s a m t	33 710	37 306	41 418	44 526	48 317	52 002	55 852
Sichteinlagen	5 130	5 769	6 844	7 080	7 232	7 147	7 798
Termingelder	6 386	7 657	8 996	11 171	14 528	18 445	19 130
Spareinlagen	22 194	23 880	25 578	26 275	26 557	26 410	28 924

Jahr	Alle Kreditinstitute					Sparkassen				
	Spareinlagen am Jahresende		Gut- schriften und Zinsen	Last- schriften	Saldo der Gut- und Last- schriften	Spareinlagen am Jahresende		Gut- schriften und Zinsen	Last- schriften	Saldo der Gut- und Last- schriften
	ins- gesamt	prämien- begünstigt				zu- sammen	prämien- begünstigt			
Mill. DM										
1950	249	9	214	171	43	174	6	142	116	26
1955	1 122	108	800	584	216	771	59	552	402	150
1960	2 687	148	1 773	1 373	400	1 823	84	1 189	924	265
1965	5 588	474	3 803	2 950	853	3 746	316	2 511	1 974	537
1970	10 493	963	7 043	5 982	1 061	6 650	599	4 293	3 675	618
1971	12 013	1 111	8 137	6 679	1 458	7 502	677	4 921	4 070	851
1972	13 742	1 233	2 088	7 398	1 688	8 479	747	5 255	4 278	977
1973	14 711	1 646	2 330	8 704	626	8 861	979	5 394	5 012	382
1974	16 406	1 949	10 614	8 937	1 678	9 847	1 154	5 933	4 946	987
1975	20 188	2 178	13 681	9 923	3 758	11 758	1 283	7 489	5 578	1 911
1976	22 194	2 291	13 035	11 058	1 977	12 913	1 345	6 739	6 090	649
1977	23 881	1 889	14 005	12 393	1 612	13 843	1 126	7 707	6 782	925
1978	25 578	1 750	14 083	12 418	1 665	14 813	1 048	7 735	6 764	971
1979	26 275	1 951	14 428	13 764	664	15 201	1 173	7 837	7 449	388
1980	26 556	2 190	15 427	15 196	231	15 290	1 320	8 035	7 945	90
1981	26 410	2 380	17 388	17 707	- 319	15 269	1 424	8 888	8 908	- 20
1982	28 923	2 344	19 819	17 348	2 471	17 023	1 386	10 566	8 812	1 754

gerungsraten in diesen Jahren eine hohe Realverzinsung realisiert. So mußten beispielsweise für einen Kontokorrentkredit im Jahresdurchschnitt 1981 real 8,8% an Zinsen gezahlt werden, 2,2 Prozentpunkte mehr als im Jahre 1974. Nicht zuletzt in dieser Hochzinspolitik der Bundesbank ist der Grund für einen geringeren Anstieg der Geldentwertungsraten in den darauffolgenden Zeiträumen zu sehen, die auch ein Sinken der Realzinsen zur Folge hatte.

Einlagen bei den Kreditinstituten gestiegen

Die Kreditinstitute sorgen innerhalb des von der Bundesbank gesteckten Rahmens für eine monetäre Verflechtung zwischen den am Wirtschaftsprozess Beteiligten, wobei sie nicht nur eine Vermittlerfunktion wahrnehmen, sondern auch in der Lage sind, Geldschöpfung zu betreiben. Die folgenden Ergebnisse der Bankenstatistik umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Haupt- und Zweigniederlassungen von Kreditinstituten ohne Landeszentralbank sowie Postscheck- und Postsparkassenämter, außerdem die Kreditgenossenschaften, die Ende 1972 eine Bilanzsumme von mindestens 10 Mill. DM auswiesen, sowie solche, die vor diesem Zeitpunkt mit einer Bilanzsumme von mindestens 5 Mill. DM berichtspflichtig waren. Da die Aktivitäten der Banken sowohl Länder- als auch Bundesgrenzen überschreiten, geben die Zahlen nicht ausschließlich das Spar- oder Kreditvolumen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft und Bevölkerung wider.

Im Jahre 1982 unterhielten die Nichtbanken bei den Kreditinstituten Einlagen in Höhe von 55,9 Mrd. DM, das sind 7,4% mehr als im Vorjahr. Unternehmen und Private hielten 95,8%, auf die öffentlichen Haushalte entfielen 4,2% der Einlagen. Seit 1976 hat der Anteil der von den öffentlichen Haushalten gehaltenen Beträge um 1,8 Prozentpunkte abgenommen. Allerdings erhöhten sie ihre Bestände 1982 um 5,4%, während sie im Vorjahr ihre Guthaben um 0,6% abgebaut hatten.

Der Bestand an Sichtguthaben, der 1981 um 1,2% abgenommen hatte, erfuhr 1982 eine deutliche Erhö-

hung um 9,1% auf 7,8 Mrd. DM. Während die öffentliche Hand jede fünfte Mark als täglich fälliges Geld bei den Kreditinstituten hinterlegte, hielten Unternehmen und Privatpersonen nur jede siebte Mark als Sichtguthaben. Der Liquiditätsbedarf der öffentlichen Haushalte war auch in den vorausgehenden Jahren größer als der von Unternehmen und Privatpersonen. Da für Sichteinlagen keine oder nur sehr niedrige Zinsen gezahlt werden, versuchen alle Einlegergruppen diesen Bestand so gering wie möglich zu halten, das heißt so hoch, wie zur Abwicklung der täglich fälligen Transaktionen erforderlich ist.

Für Termingelder werden in der Regel recht attraktive Zinsen gezahlt, so daß diese Anlageform in den vergangenen Jahren immer beliebter geworden ist. 1982 waren 19,1 Mrd. DM oder 34,3% aller Einlagen Termingelder. Gegenüber 1976 hat sich der Bestand verdreifacht. Die Möglichkeit der Termingeldanlage wurde in verstärktem Maße von den Unternehmen und Privatpersonen wahrgenommen. Sie steigerten von 1978, einem Jahr mit relativ niedrigem Zinsniveau, bis 1982 ihre Termingeldeinlagen um 126%. Im gleichen Zeitraum stockten die öffentlichen Haushalte ihre Guthaben um 25% auf.

9,5% Zuwachs der Spareinlagen im Jahre 1982

Unter den Einlagen stellen die Spareinlagen seit jeher den größten Posten. Erstmals seit 1978 konnte im Jahre 1982 ein beträchtlicher Zugang verzeichnet werden. Insgesamt erhöhten sich 1982 die Sparguthaben um 2,5 Mrd. DM (+ 9,5%), davon entfielen auf Zinsgutschriften 1,6 Mrd. DM. Damit hat im Jahre 1982 ein abrupter Wandel im Sparverhalten stattgefunden; denn noch im Jahre 1981 war es aufgrund massiver Abflüsse zu einem Rückgang des Spareinlagenbestandes gekommen. Dies kann nicht auf eine gesunkene Sparneigung zurückgeführt werden, sondern ist eine Folge der Umschichtung zugunsten renditestärkerer Anlagearten, wie Termingelder und festverzinsliche Wertpapiere, denn das hohe Zinsniveau am Kapitalmarkt förderte das renditebewußte Sparen.

Wertpapier-Kundendepots der Nichtbanken Ende Dezember 1975 - 1982

Jahr	Depots	Schuldverschreibungen inländischer Emittenten ¹⁾				Aktien inländischer Emittenten	Anleihen ausländischer Emittenten 3)
		insgesamt	Anleihen des Bundes ²⁾ , der Länder, der Gemeinden, des Lasten- ausgleichs- fonds	Anleihen der Bundesbahn, der Bundespost	Bankschuld- ver- schreibungen		
	Anzahl						
Unternehmen							
1975	577	992	13	6	971	14	1
1976	639	1 154	34	19	1 098	14	0
1977	529	1 522	56	20	1 441	11	2
1978	443	1 755	62	18	1 672	16	2
1979	505	1 941	35	16	1 888	27	2
1980	486	1 450	22	19	1 407	27	6
1981	502	1 656	48	22	1 584	28	8
1982	448	1 978	78	31	1 868	28	10
Privatpersonen							
1975	159 335	1 420	484	156	753	207	21
1976	170 903	1 666	664	168	808	213	23
1977	179 517	1 782	858	155	744	225	25
1978	179 599	1 794	897	156	720	253	25
1979	186 948	2 239	1 033	152	1 037	257	26
1980	202 319	2 692	1 056	123	1 498	286	35
1981	229 256	3 728	976	125	2 614	237	39
1982	207 620	3 482	1 107	121	2 245	263	46
Öffentliche Haushalte ⁴⁾							
1975	119	11	1	0	10	81	-
1976	131	12	1	0	11	81	-
1977	126	7	1	0	5	82	-
1978	80	4	0	0	3	90	-
1979	86	4	0	0	4	92	0
1980	83	4	0	0	4	96	0
1981	102	9	2	0	8	95	0
1982	97	7	0	-	7	99	0

1) Ohne Namensschuldverschreibungen. - 2) Einschl. Bundesschatzbriefe. - 3) Nur DM-Wertpapiere. - 4) Ohne Sozialversicherung.

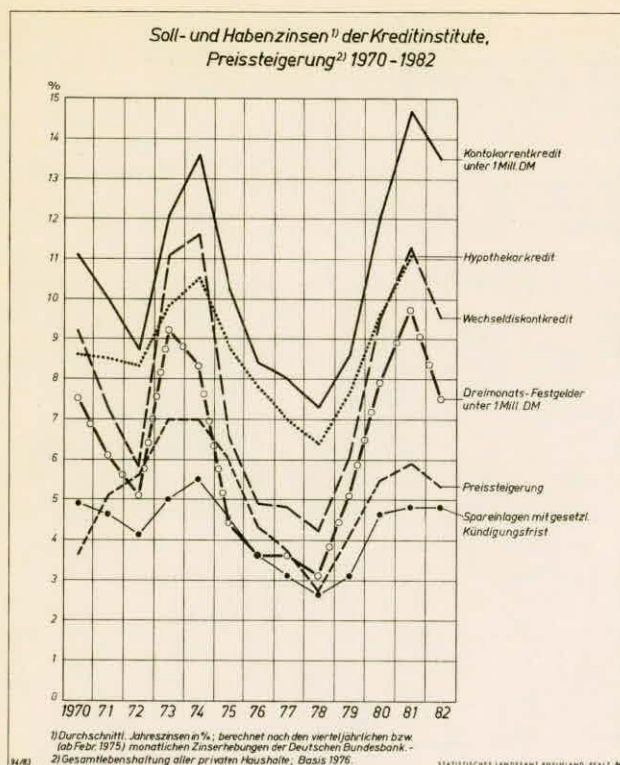
Auf der Einlegerseite gab es in den vergangenen Jahren nur geringe Verschiebungen. Im Jahre 1978 erreichte das Sparguthaben der öffentlichen Haushalte mit 469 Mill. DM seinen Höchststand. Seither hat sich das Sparvolumen und auch der Anteil an den gesamten Spargeldern verringert, wenn auch 1982 eine Erhöhung um 5,8% auf 348 Mill. DM registriert wurde. Wesentlich kontinuierlicher verlief der Sparprozeß bei Privatpersonen und Unternehmen. Hier konnte mit Ausnahme des Jahres 1981 eine stetige Zunahme der Sparguthaben verzeichnet werden. Pro Kopf der Bevölkerung errechnet sich für 1982 ein Durchschnittsguthaben von 7 954 DM, das sind 705 DM mehr als im Vorjahr. Vor zehn Jahren war der Betrag nur halb so groß gewesen. Infolge der Geldentwertung, die in dieser Zeit 54% betrug, ist der reale Zugang deutlich niedriger.

Das Sparvolumen bei den Sparkassen belief sich 1982 auf 17 Mrd. DM, das sind 59% der Spareinlagen aller Kreditinstitute. Die Sparkassen konnten in den vergangenen Jahren ihren Marktanteil bei den Spareinlagen nicht ausweiten; sie mußten vielmehr eine Verringerung hinnehmen. Von dem Zustrom im Jahre 1982 partizipierten sie jedoch überproportional, denn ihre Kunden ließen ihre Sparguthaben um 11,5% anwachsen.

Im Jahre 1982 nahmen die prämiengünstigten Einlagen, die 8,1% der Spareinlagen ausmachten, um 36 Mill. DM (- 1,5%) ab, nachdem sie im Jahre 1981 mit 2,4 Mrd. DM ihren bisher höchsten Stand erreicht hatten. Die prämiengünstigten Sparguthaben hatten im Zeitablauf zwar eine steigende Tendenz. Es waren jedoch neben 1982 auch Einbrüche in den Jahren 1977 und 1978 zu verzeichnen, als das Volumen um insgesamt 541 Mill. DM (- 23,6%) abnahm.

Depotbestände gestiegen

Neben Spar-, Termin- und Sichteinlagen nutzten Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte auch andere Anlagemöglichkeiten, wie Sparbriefe, festverzinsliche Wertpapiere und Aktien. Ende 1982 belief sich der Gesamtbestand der an Nichtbanken abgesetzten Sparbriefe und Namensschuldverschreibungen auf 7,7 Mrd. DM, von denen die oben genannten Gläubiger 7,4 Mrd. DM hielten. Darüber hinaus befanden sich in den Depots, die Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte bei Banken eröffnet hatten, Wertpapiere im Gesamtwert von 5,9 Mrd. DM. Diese Geldvermögensbestände zusammen sind etwa halb so groß wie die Spareinlagen.



Bei den Kreditinstituten bestanden im Jahre 1982 insgesamt 208 165 Depots von Unternehmen, Privatpersonen und öffentlichen Haushalten, 9,4% weniger als im Vorjahr, in dem mit 229 860 die größte Zahl registriert wurde. Die am stärksten vertretene Deponentengruppe sind seit jeher Privatpersonen, auch wenn sie sich im Jahre 1982 etwas vom Rentenmarkt zurückzogen. Ende 1982 befanden sich in ihren Wertpapierdepots 246 Mill. DM weniger inländische Schuldverschreibungen als im Jahr zuvor, während die Depotbestände 1981 um den Rekordbetrag von 1 036 Mill. DM zugenommen hatten.

Anders verlief die Entwicklung beim Aktienbesitz. Ausgehend vom Höchststand im Jahre 1980 verringerten die privaten Anleger ihren Bestand um 49 Mill. DM auf 237 Mill. DM im Jahre 1981, während sie sich 1982 verstärkt am Aktienmarkt engagierten und ihre Aktiendepots um 26 Mill. DM aufstockten. Auch DM-Anleihen ausländischer Emittenten waren von den Privatpersonen begehrt; sie wurden von Jahr zu Jahr mehr in die Depots aufgenommen und erreichten im Jahre 1982 einen Nominalwert von 46 Mill. DM. In diesen Zahlen fehlen die Fremdwährungsanleihen, insbesondere Dollarpapiere, die nach dem raschen Zinsrückgang am deutschen Kapitalmarkt auf reges Interesse stießen, sowie der Teil des Wertpapiervermögens, der selbst oder bei ausländischen Banken verwahrt wird.

Im Schnitt befanden sich 1982 in jedem von einer Privatperson unterhaltenen Depot Wertpapiere in Höhe von 18 300 DM, wobei die inländischen Schuldverschreibungen mit 16 800 DM dominierten und die inländischen Aktien mit 1 300 DM nur eine geringe Rolle spielten. Im Zuge des Zinsanstiegs im Jahre 1981 kauften die privaten Anleger in großem Umfang renditestarke Wertpapiere. Im Vergleich zu 1980 erhöhten sie 1981 durchschnittlich ihre Bestände um 17,3% auf 17 500 DM, wobei der Zuwachs allein auf die Hereinnahme von festverzinslichen Wertpapieren zurückzuführen war, während Aktien abgegeben wurden. Auch in den vorangegangenen Jahren war der Aktienbesitz bei privaten Personen relativ unbedeutend, denn im Schnitt befanden sich in den Depots im Jahre 1975 ebensoviel Aktien wie 1982, während im gleichen Zeitraum die inländischen Schuldverschreibungen einen Zuwachs um 88% aufwiesen.

Im Jahre 1982 unterhielten 448 Unternehmen Depots mit einem Nominalwert von 2 Mrd. DM. Ihre Depotbestände haben 1982 um 324 Mill. DM (+ 19,1%) zugenommen. Im Schnitt lagen in jedem Depot Wertpapiere in Höhe von 4,5 Mill. DM, wobei die Versicherungsunternehmen mit durchschnittlich 18,5 Mill. DM

Kredite¹⁾ der Nichtbanken bei Kreditinstituten Ende Dezember 1976 - 1982

Kreditnehmer Art des Kredits	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
	Mill. DM						
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	30 424	34 224	39 362	45 221	49 941	54 163	57 763
Kurzfristige Kredite	7 919	8 579	9 205	10 876	12 007	13 097	13 740
Buchkredite und Darlehen	6 098	6 723	7 224	8 863	9 799	10 769	11 342
Wechseldiskontkredite	1 820	1 857	1 981	2 013	2 209	2 328	2 398
Mittelfristige Kredite	3 317	3 931	4 905	5 340	5 892	6 415	7 018
Langfristige Kredite	19 189	21 714	25 252	29 005	32 042	34 651	37 005
Kredite an öffentlich-rechtliche Körperschaften	7 871	7 970	8 888	10 077	10 747	12 073	13 027
Kurzfristige Kredite	362	253	209	319	370	856	1 098
Buchkredite und Darlehen	360	252	207	318	365	841	1 085
Wechseldiskontkredite	2	1	2	1	5	15	12
Mittelfristige Kredite	780	617	972	1 077	1 064	1 652	1 883
Langfristige Kredite	6 729	7 101	7 707	8 681	9 313	9 565	10 047
I n s g e s a m t	38 295	42 194	48 250	55 298	60 688	66 236	70 790
Kurzfristige Kredite	8 281	8 832	9 414	11 195	12 377	13 953	14 838
Mittelfristige Kredite	4 097	4 548	5 877	6 417	6 956	8 067	8 901
Langfristige Kredite	25 918	28 815	32 959	37 686	41 355	44 216	47 052

1) Einschließlich durchlaufender Kredite und Forderungen aus Namensschuldverschreibungen.

besonders hervortraten. Ebenso wie die Privatpersonen nahm die Anlegergruppe der Unternehmen vorwiegend festverzinsliche Wertpapiere in ihre Depots auf.

Steigende Nachfrage nach Krediten

Im Jahre 1982 vergaben die rheinland-pfälzischen Banken Kredite in Höhe von 71 Mrd. DM an Unternehmen, Privatpersonen und öffentlich-rechtliche Körperschaften. Dies waren 4,6 Mrd. DM oder 6,9% mehr als im Vorjahr, in dem sich das Kreditgeschäft trotz des hohen Zinsniveaus stärker ausgeweitet (+ 9,1%) hatte. Verursacht wurde die große Kreditexpansion im Jahre 1981 durch den hohen Bedarf der öffentlichen Haushalte, die ihre Kreditnachfrage um 12,3% steigerten. Aber auch im Jahre 1982 war der Zuwachs hier größer als bei den Unternehmen und Privatpersonen, während im Zeitraum 1976 bis 1980 die öffentlich-rechtlichen Körperschaften geringere Steigerungsraten zu verzeichnen hatten.

Bei der Inanspruchnahme von Krediten bevorzugten die Schuldner lange Laufzeiten, denn es läßt sich ein deutliches Übergewicht der Kredite mit einer Ausleihfrist von vier und mehr Jahren erkennen. Im Jahre 1982 machte diese Kreditart zwei Drittel aller Kredite aus. In den Vorjahren wurden etwas höhere Werte registriert. Insbesondere öffentliche Stellen sind bestrebt, die zur Finanzierung ihrer Aufgaben

benötigten Mittel langfristig auszuleihen. 77% ihrer Kredite liefen 1982 mindestens vier Jahre, jedoch hat sich der Anteil langfristiger Kredite gegenüber den Jahren 1976 bis 1980, in denen Werte von über 85% verzeichnet wurden, deutlich reduziert. In den Jahren 1981 und 1982 engagierten sich die öffentlich-rechtlichen Körperschaften stattdessen verstärkt im kurzfristigen Bereich, dessen Volumen in den beiden Jahren um nahezu 200% ausgedehnt wurde, sowie im mittelfristigen Bereich mit Laufzeiten zwischen einem und vier Jahren (+ 77%). Offensichtlich scheuten diese Kreditnehmer angesichts der hohen Zinsen eine lange Bindungsfrist. Bei den kurzfristigen Krediten dominierten ganz eindeutig die Buchkredite und Darlehen, während Wechseldiskontkredite nur in geringem Umfang aufgenommen wurden.

Unternehmen und Privatpersonen beanspruchten 1982 fremde Mittel in Höhe von 58 Mrd. DM. Das sind 6,6% mehr als im Jahr zuvor. Auch diese Kreditnehmer bevorzugten wie die öffentlichen Haushalte lange Laufzeiten, aber der Anteil der Kredite mit mindestens vier Jahren Ausgleichsfrist war hier mit 64% wesentlich niedriger. Darüber hinaus blieb dieser Wert im Zeitablauf nahezu unverändert, während sich im öffentlich-rechtlichen Bereich Strukturverschiebungen ergeben haben.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

Der Fremdenverkehr in Bernkastel-Kues 1970 bis 1983

Mit diesem Beitrag soll beispielhaft gezeigt werden, welche statistischen Informationen für jede der insgesamt 1 000 rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgemeinden vorhanden sind. Eine Weitergabe ist möglich, soweit die Geheimhaltungsbestimmungen dies zulassen.

Bernkastel-Kues, ein sehr beliebter Urlaubsort

Die an der Mittelmosel gelegene Stadt Bernkastel-Kues ist eine der beliebtesten Fremdenverkehrsgemeinden in Rheinland-Pfalz. Seit der Mitte der 70er Jahre nahmen mehrere moderne Heilstätten und Sanatorien auf dem Kueser Plateau ihren Betrieb auf, wodurch Bernkastel auch maßgeblich dem Kurwesen erschlossen wurde. Die Moselgemeinde, die bereits im Jahre 1291 durch Rudolf von Habsburg die Stadtrechte erhielt, besitzt zahlreiche historische Sehenswürdigkeiten, worunter das Nikolaus-Cusanus-Stift aus dem 15. Jahrhundert wohl das wichtigste Kulturdenkmal ist.

Bernkastel-Kues ist über die Autobahn A 48 Koblenz - Trier zu erreichen. Schnellzugshalt ist der Bahnhof Wengerohr an der elektrifizierten Moselstrecke. Außerdem wird Bernkastel-Kues regelmäßig von Personenschiffen angefahren.

Die Stadt hat zusammen mit ihren Vororten Adeln und Wehlen rund 7 000 Einwohner. Im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sind etwa 450 Arbeits-

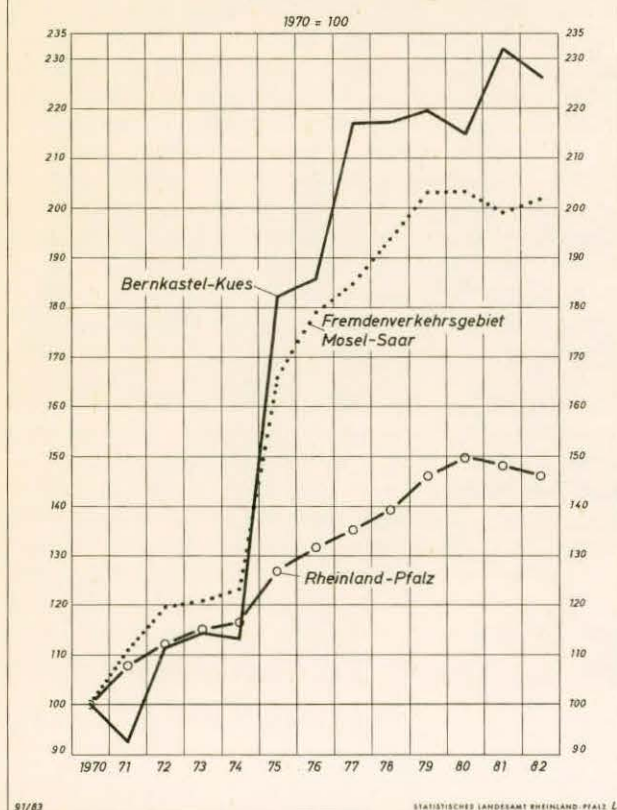
kräfte tätig. Weitere 1 000 Personen dürften indirekt vom Tourismus abhängig sein. Über 6% der Bernkasteler Bürger beziehen ihr Einkommen aus gastgewerblicher Tätigkeit, im Landesdurchschnitt sind es knapp 1,5%. Im Landkreis Bernkastel-Wittlich ist der Anteil des Gastgewerbes am Sozialprodukt fast doppelt so groß wie in Rheinland-Pfalz.

In den letzten Jahren stieg im gesamten Moseltal die touristische Nachfrage überdurchschnittlich. Unter allen Mittelgebirgslandschaften des Bundesgebietes hat zwischen 1972 und 1978 die Zahl der Urlaubs- und Erholungsreisen im Moseltal mit + 77% am stärksten zugenommen (Durchschnitt + 15%).

Gäste und Übernachtungen
in Bernkastel-Kues 1970 - 1982

Jahr	Gäste	Über- nach- tungen	Mittlere Aufent- halts- dauer	Kapa- zitäts- aus- nutzung
	Anzahl		Tage	%
1970	75 992	209 088	2,8	28,0
1975	105 052	380 808	3,6	40,2
1976	108 011	387 727	3,6	40,5
1977	114 917	453 191	3,9	42,7
1978	109 471	453 367	4,1	43,0
1979	108 919	459 065	4,2	42,1
1980	109 772	448 065	4,1	40,7
1981	104 428	484 446	4,6	43,5
1982	102 804	472 387	4,6	41,6

Entwicklung der Fremdenübernachtungen in den Beherbergungsbetrieben 1970-1982



Von 1970 auf 1982 erhöhte sich in den rheinland-pfälzischen Beherbergungsstätten die Zahl der Übernachtungen um 46%, im Fremdenverkehrsgebiet Mosel/Saar hat sich die Zahl verdoppelt. Bernkastel-

Kues verzeichnete in diesem Zeitraum eine Steigerung um 126%. Im Jahre 1982 entfielen 2,6% der im Lande erfaßten Fremdenübernachtungen auf Bernkastel-Kues (1970: 1,7%). Je 1 000 Einwohner errechneten sich für Rheinland-Pfalz 5 040 Übernachtungen in Fremdenverkehrsbetrieben, für Bernkastel-Kues fast 70 000 (Mosel/Saar rund 16 000).

Übernachtungszahl verdoppelte sich in zehn Jahren

Die Fremdenverkehrsbetriebe in Bernkastel-Kues boten Anfang 1983 rund 3 100 Gästebetten an, darunter fast zwei Fünftel in Privatquartieren und gewerblichen Kleinbetrieben. Die knapp 1 900 Fremdenbetten in den 61 größeren Betrieben mit neun und mehr Übernachtungsmöglichkeiten befanden sich zu mehr als 60% in Zimmern mit Bad oder Dusche und WC. Im Landesdurchschnitt werden annähernd 50% der Betten in Gästezimmern mit diesem Komfort bereitgehalten. Der Umsatz der Bernkasteler Betriebe des Gastgewerbes stammt zu 64% aus dem Beherbergungsgewerbe (Rheinland-Pfalz 39%).

Im Jahre 1982 besuchten die Fremdenverkehrsbetriebe in Bernkastel-Kues insgesamt 102 800 Gäste (472 390 Übernachtungen). Die mittlere Aufenthaltsdauer betrug 4,6 Tage (Landesdurchschnitt 3,7 Tage), die Bettenkapazität wurde zu 42% genutzt (Landesdurchschnitt 29%). Gemessen an der Gästezahl liegt Bernkastel-Kues unter den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgemeinden an sechster Stelle, gemessen an den Übernachtungen sogar auf dem vierten Platz hinter Bad Neuenahr-Ahrweiler (643 770), Bad Kreuznach (562 720) und Mainz (540 750).

Seit 1972 hat sich die Übernachtungszahl in Bernkastel-Kues verdoppelt (+ 103%). Unter den wich-

Gäste und Übernachtungen in Bernkastel-Kues nach Betriebsarten 1972 und 1982

Betriebsart	Betriebe 1)	Betten	Gäste		Übernachtungen		Mittlere Aufent- halts- dauer	Kapa- zitäts- aus- nutzung
			ins- gesamt	Aus- länder	ins- gesamt	Aus- länder		
	Anzahl							Tage
1972								
Hotels	13	442	27 657	4 910	61 003	11 725	2,2	37,8
Hotels garni	3	110	4 494	1 372	8 162	2 032	1,8	20,3
Gasthöfe	29	347	13 875	2 644	40 597	7 012	2,9	32,1
Fremdenheime und Pensionen	13	182	5 817	1 159	23 198	2 972	4,0	34,9
Jugendherbergen	1	144	4 023	-	17 616	-	4,4	33,5
Privatquartiere	.	950	28 470	9 371	81 838	20 739	2,9	23,1
I n s g e s a m t	59	2 175	84 336	19 456	232 414	44 480	2,8	29,3
1982								
Hotels	15	457	23 646	5 345	47 515	9 676	2,0	28,5
Hotels garni	6	156	8 083	2 726	15 720	4 642	1,9	27,6
Gasthöfe	18	294	9 276	2 094	26 221	5 220	2,8	24,4
Fremdenheime und Pensionen 2)	19	275	7 509	1 122	29 553	3 574	3,9	29,4
Jugendherbergen	1	140	8 165	623	21 786	951	2,7	42,6
Heilstätten und Sanatorien	3	600	5 777	-	187 364	-	32,4	85,6
Privatquartiere	.	1 191	40 348	4 025	144 228	11 305	3,6	33,2
I n s g e s a m t	61	3 113	102 804	15 935	472 387	35 368	4,6	41,6
Ohne Heilstätten und Sanatorien	58	2 513	97 027	15 935	285 023	35 368	2,9	31,1

1) Ohne Privatquartiere und gewerbliche Kleinbetriebe. - 2) einschließlich ein Ferienhaus.

Gäste und Übernachtungen in ausgewählten Fremdenverkehrsgemeinden¹⁾ 1982

Gemeinde	Betriebe 2)	Betten	Gäste		Übernachtungen		Mittlere Aufent- halts- dauer Tage	Kapa- zitäts- aus- nutzung %
			ins- gesamt	Aus- länder	ins- gesamt	Aus- länder		
			Anzahl					
Bad Neuenahr-Ahrweiler	82	3 984	99 236	8 472	643 766	20 101	6,5	44,3
Bad Kreuznach	50	2 927	70 812	9 338	562 717	29 467	7,9	52,7
Mainz	39	3 236	235 713	91 233	540 749	174 191	2,3	45,8
Bernkastel-Kues	61	3 113	102 804	15 935	472 387	35 368	4,6	41,6
Trier	66	2 968	235 995	55 432	440 653	78 108	1,9	40,7
Bad Münster a.Stein-Ebernburg	53	2 425	37 220	327	416 864	1 439	11,2	47,1
Cochem	63	3 552	140 256	44 272	414 497	149 569	3,0	32,0
Koblenz	69	2 898	226 549	55 037	372 991	83 596	1,6	35,3
Bad Dürkheim	28	2 105	64 306	6 961	368 512	10 389	5,7	48,0
Boppard	62	2 804	101 002	28 349	354 568	68 057	3,5	34,6
Bad Bertrich	63	2 247	22 975	360	307 830	2 708	13,4	37,5
Daun	34	2 369	59 636	4 891	292 335	26 516	4,9	33,8
Bad Bergzabern	50	2 328	36 406	947	273 788	4 550	7,5	32,2
Bad Ems	37	1 929	34 225	2 618	261 011	5 026	7,6	37,1
Kröv	20	2 027	30 293	5 900	212 461	52 924	7,0	28,7
Stadtkyll	10	1 492	29 908	9 961	204 890	115 780	6,9	37,6
Ludwigshafen	18	1 142	106 222	38 478	177 459	61 634	1,7	42,6
Manderscheid	37	1 246	22 104	1 596	173 077	6 702	7,8	38,1
Saarburg	11	1 574	24 398	6 687	165 358	52 241	6,8	28,8
Gerolstein	20	1 669	33 030	4 846	163 472	18 328	4,9	26,8
Lahnstein	18	1 044	63 527	15 110	152 782	40 267	2,4	40,1
Kaiserslautern	29	985	80 650	23 673	152 384	47 151	1,9	42,4
Neustadt	22	1 138	42 018	2 622	151 915	4 690	3,6	36,6
Bollendorf	23	1 268	28 699	6 118	147 030	34 492	5,1	31,8
Kell	9	1 255	18 512	6 034	146 136	66 916	7,9	31,9
Traben-Trarbach	37	1 471	40 084	3 735	141 128	8 839	3,5	26,3
Andernach	25	887	42 506	15 104	138 395	35 716	3,3	42,7
Dahn	16	995	25 930	4 095	135 807	11 663	5,2	37,4
Vallendar	13	922	24 830	1 919	131 038	4 247	5,3	38,9
Bad Breisig	37	1 229	23 673	884	124 578	4 589	5,3	27,8
Oberhambach	3	1 371	22 317	4 532	122 419	27 233	5,5	24,5
Bad Hönningen	29	1 025	29 144	560	117 626	2 710	4,0	31,4
Nassau	13	550	12 831	497	116 830	3 346	9,1	58,2
Biersdorf	10	934	23 851	2 821	112 808	23 759	4,7	33,1
Prüm	15	861	25 289	5 229	107 998	19 395	4,3	34,4
Altenahr	31	1 400	40 076	8 971	107 354	27 306	2,7	21,0
Leiwen	15	1 338	17 366	2 107	96 433	17 913	5,6	19,7
Hachenburg	10	454	5 997	132	96 302	385	16,1	58,1
Oberwesel	22	805	29 255	4 895	92 158	10 587	3,2	31,4
Rengsdorf	21	952	16 894	164	90 515	559	5,4	26,0
Gossersweiler-Stein	5	1 047	9 793	1 518	89 991	16 642	9,2	23,5
Deidesheim	8	503	35 578	6 611	89 239	9 594	2,5	48,6
Worms	25	899	40 691	9 402	87 105	21 050	2,1	26,5
Idar-Oberstein	31	1 179	36 652	5 360	85 441	12 719	2,3	19,9
Remagen	17	719	29 294	8 337	84 859	28 807	2,9	32,3
St.Goar	28	951	37 994	11 134	84 642	23 703	2,2	24,4
Mayen	19	1 093	31 571	3 145	83 676	9 084	2,7	21,0
St.Goarshausen	18	755	28 666	6 971	83 642	22 977	2,9	30,4
Bingen am Rhein	29	1 090	38 555	8 042	82 484	11 726	2,1	20,7
Übrige Gemeinden	2 817	96 584	2 391 808	290 274	8 254 445	991 157	3,5	23,4
Rheinland-Pfalz	4 268	173 739	5 006 601	851 636	18 326 545	2 535 916	3,7	28,9

1) Reihenfolge entsprechend der Übernachtungszahl. - 2) Ohne Privatquartiere und gewerbliche Kleinbetriebe.

tigsten Fremdenverkehrsorten verzeichnete nur Bad Dürkheim ein höheres Wachstum (+ 132%). Im Landesmittel nahmen die Übernachtungen um 30% zu.

Der außerordentlich hohe Anstieg in Bernkastel-Kues ist vorwiegend auf die Errichtung von Kuranstalten zurückzuführen, welche gegen Mitte der 70er Jahre ihren Betrieb aufnahmen. Im Jahre 1982 kamen in die Kurhäuser 5 780 Gäste (187 360 Übernachtungen). Damit entfielen auf die Heilstätten und Sanatorien fast zwei Fünftel der in der Moselgemeinde ge-

zählten Übernachtungen. Läßt man die Kuranstalten außer Betracht, so errechnet sich zwischen 1972 und 1982 eine Zunahme der Übernachtungen um 23%. Mit dieser Steigerungsrate des eigentlichen Urlaubstourismus nimmt Bernkastel-Kues unter den bedeutendsten rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsorten eine mittlere Position ein.

Auf den reinen Urlaubstourismus bezogen, errechnet sich für 1982 in Bernkastel-Kues eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste von 2,9 Ta-

Monat	Gäste		Über- nachtungen	
	ins- gesamt	Aus- länder	ins- gesamt	Aus- länder
1982 Januar	1 498	41	19 761	79
Februar	1 562	103	18 953	187
März	2 769	216	22 014	294
April	7 574	538	36 160	1 025
Mai	9 950	1 645	42 963	3 024
Juni	8 155	1 461	41 778	3 336
Juli	12 079	3 051	50 731	6 616
August	14 089	3 727	54 238	8 705
September	19 701	2 833	79 717	6 957
Oktober	21 980	2 181	80 015	4 922
November	2 504	79	17 720	119
Dezember	943	60	8 337	104
Monatsdurchschnitt 1982	8 567	1 328	39 366	2 947
Jahr 1982	102 804	15 935	472 387	35 368
1983 Januar	1 385	40	13 803	101
Februar	1 290	78	19 214	161
März	2 741	383	23 897	447
April	6 130	445	32 134	736
Mai	10 320	1 438	38 990	2 309
Juni	9 574	1 716	41 893	3 755
Monatsdurchschnitt 1. Halbjahr 1983	5 240	683	28 322	1 251
1. Halbjahr 1983	31 440	4 100	169 931	7 509

gen (Landesmittel 3,3 Tage). Die Moselgemeinde wird in relativ starkem Maße von Kurzreisegästen aufgesucht, die insbesondere auch an den hier vorhandenen Sehenswürdigkeiten interessiert sind. Nach den Beobachtungen des rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsverbandes kommen annähernd 10% aller im Lande erfaßten Urlaubsgäste vornehmlich zu Studien- bzw. Besichtigungszwecken.

Im Jahre 1982 ging in Bernkastel-Kues gegenüber 1981 die Zahl der Gäste um 1,6% und die der Übernachtungen um 2,5% zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Anfang 1982 in Kraft getretenen Ergänzungsbestimmungen zum Kostendämpfungs-gesetz in Verbindung mit dem Zweiten Haushaltsstrukturgesetz allgemein zu einer beträchtlichen Einschränkung der Kurbehandlungen führten. Ohne die Daten der Heilstätten und Sanatorien nahm in Bernkastel-Kues die Zahl der Gäste um rund 1% ab, während die Übernachtungszahl unverändert blieb (– 0,2%). Im Landesdurchschnitt veränderten sich im reinen Urlaubstourismus die Gästezahl um + 0,4% und die Übernachtungen um – 0,2%.

Von Januar bis Juni 1983 wurden in Bernkastel-Kues in allen Beherbergungsstätten 31 440 Gäste mit 169 931 Übernachtungen registriert. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1982 ergeben sich Einbußen von 0,2 bzw. 6,4%, die wiederum zum Teil auf die Auswirkungen der Einschränkungen im Kurwesen zurückzuführen sind.

Ausländische Urlaubsgäste blieben durchschnittlich 2,2 Tage

Im Jahre 1982 übernachteten 15 935 ausländische Urlauber in den Fremdenverkehrsbetrieben von Bernkastel-Kues. Die Zahl ihrer Übernachtungen belief sich auf 35 370. Daraus errechnet sich eine mittlere Aufenthaltsdauer von 2,2 Tagen. In den rheinland-pfälzischen Betrieben blieben die Gäste aus dem Ausland durchschnittlich 3 Tage.

Etwas länger blieben die Gäste aus Großbritannien (2,8 Tage), Belgien und den Niederlanden (jeweils 2,7 Tage), von denen einige in der Moselgemeinde längere Ferien verbringen. Im allgemeinen neigen Ausländer stärker zum Kurzurlaub. Unter den ausländischen Gästen von Bernkastel-Kues überwogen Urlauber aus den Niederlanden (26%), Großbritannien (18%) und Belgien (15%). Es folgen Besucher aus Frankreich (10%), Schweden (7%), Dänemark (5%) und der Schweiz (4%).

Im Jahre 1982 kamen 16% der Gäste aus dem Ausland. An den Übernachtungen waren Ausländer zu 7,5% beteiligt. Rechnet man die Kuranstalten ab, welche ausschließlich deutsche Gäste aufnehmen, so entfallen 12% der Übernachtungen auf ausländische Besucher (Landesdurchschnitt 16%).

Saisonaler Schwerpunkt im Spätsommer

Die meisten Gäste besuchen Bernkastel-Kues im September und Oktober. 1982 war die Zahl der Übernachtungen in diesen beiden Monaten jeweils doppelt so hoch wie im Monatsdurchschnitt. Die mittlere Aufenthaltsdauer liegt im September (4 Tage) und Oktober (3,6 Tage) allerdings deutlich unter dem Jahresdurchschnitt (4,6 Tage). Im allgemeinen sind der Juli und der August die Hauptferienmonate.

Fast 60% der Campinggäste sind Ausländer

Bernkastel-Kues verfügt über drei Campingplätze mit zusammen rund 220 Stellplätzen. Im Jahre 1982 übernachteten dort 8 280 Gäste (31 660 Übernachtungen). Seit 1981 hat die Zahl der Übernachtungen um 3,3% zugenommen (Gäste – 3,6%). Auf den Campingplätzen des Fremdenverkehrsgebietes Mosel/Saar erhöhten sich die Übernachtungen allerdings um fast 20%.

In den letzten Jahren haben die Campingplätze stark an Bedeutung gewonnen. Zwischen 1970 und 1980 ist die Zahl der Übernachtungen auf den rheinland-pfälzischen Campingplätzen um annähernd 60% gestiegen. In Bernkastel-Kues blieben 1982 die Camper durchschnittlich 3,8 Tage, im Landesdurchschnitt 4,8 Tage und im Gebiet Mosel/Saar 5,2 Tage.

Fast drei Fünftel der Bernkasteler Campinggäste waren Ausländer. Die meisten der insgesamt 4 900 Ausländer kamen aus den Niederlanden (53%) und Großbritannien (26%). Es folgten Gäste aus Dänemark, Belgien und den Vereinigten Staaten. Für die Campingurlauber aus dem Ausland errechnet sich eine mittlere Aufenthaltsdauer von 3,9 Tagen, wobei die Gäste aus Belgien (4,7 Tage) und Dänemark (4,6 Tage) im Schnitt etwas länger blieben.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 642	3 639	3 639	3 639	3 639
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 893	1 917	2 905	2 251	2 707	1 596 ^P	3 011 ^P	2 389 ^P	2 711 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,2	6,3	9,4	7,5	8,8	5,3 ^P	9,8 ^P	8,0 ^P	8,8 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 117	3 094	2 995	3 096	3 241	2 826 ^P	2 963 ^P	2 987 ^P	2 961 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,3	10,2	9,7	10,4	10,5	9,5 ^P	9,6 ^P	10,0 ^P	9,6 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 689	3 631	3 657	3 515	3 743	3 516 ^P	3 703 ^P	3 531 ^P	3 446 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	12,0	11,8	11,8	12,1	11,8 ^P	12,0 ^P	11,8 ^P	11,2 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	35	34	41	30	32	26 ^P	27 ^P	31 ^P	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	11,3	11,0	13,4	9,9	10,0	9,0 ^P	8,9 ^P	10,5 ^P	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (—)	Anzahl	— 572	— 536	— 662	— 419	— 502	— 690 ^P	— 740 ^P	— 544 ^P	— 485 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	— 1,9	— 1,8	— 2,1	— 1,4	— 1,6	— 2,3 ^P	— 2,4 ^P	— 1,8 ^P	— 1,6 ^P
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 857	7 490	6 360	6 896	7 909
Ausländer	Anzahl	1 935	1 645	1 478	1 432	1 704
Erwerbspersonen	Anzahl	4 257	4 036	3 543	3 767	4 212
* Fortgezogene	Anzahl	7 390	7 347	5 952	6 481	7 662
Ausländer	Anzahl	1 650	1 751	1 322	1 693	1 962
Erwerbspersonen	Anzahl	4 294	4 126	3 252	3 626	4 447
* Wanderungssaldo	Anzahl	467	143	408	415	247
Ausländer	Anzahl	285	— 106	156	— 261	— 258
Erwerbspersonen	Anzahl	— 37	— 90	291	141	— 235
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	11 190	11 193	9 452	9 847	11 352
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	72 334	100 365	87 415	86 581	94 460	122 249	114 985	110 931	118 107
* Männer	Anzahl	37 118	56 124	47 518	46 517	50 203	70 221	64 616	61 225	63 481
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 886	.	.	1 276	.	.	.	1 786	.
Bauberufe	Anzahl	4 550	.	.	6 254	.	.	.	7 142	.
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	27 184	.	.	34 044	.	.	.	43 193	.
Arbeitslosenquote	%	5,4	7,1	6,4	6,2	6,7	8,7	8,2	7,9	8,2
Offene Stellen	Anzahl	10 740	5 945	6 587	6 604	6 072	4 527	4 669	4 712	4 791
Männer	Anzahl	6 714	3 546	3 777	3 792	3 497
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	455	.	.	290	.	.	.	261	.
Bauberufe	Anzahl	613	.	.	382	.	.	.	502	.
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	3 713	.	.	2 170	.	.	.	1 383	.
Kurzarbeiter	Anzahl	18 520	27 349	22 050	22 980	17 067	38 491	31 956	25 201	17 589
Männer	Anzahl	13 176	20 846	16 257	17 051	12 632	30 175	24 328	19 688	13 583
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	655	638	.	654 ^r	.	.	.	651 ^r	.
* Milchkühe	1 000	228	228	.	223 ^r	.	.	.	229 ^r	.
* Schweine	1 000	646	658	.	.	.	688	.	.	.
Mastschweine	1 000	223	228	.	.	.	219	.	.	.
* Zuchtsauen	1 000	75	75	.	.	.	77	.	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	48	48	.	.	.	48	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	16 784	16 077	14 535	14 556	14 381	14 133	15 505	13 510	12 419
* Kälber	Anzahl	327	305	357	303	278	221	285	234	187
* Schweine	Anzahl	112 070	111 329	109 640	118 308	105 329	108 256	123 317	108 476	105 529
* Hausschlachtungen	Anzahl	11 622	11 176	8 714	6 406	5 156	10 738	9 580	5 767	4 870
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	13 893	13 714	13 251	13 795	12 645	13 106	14 763	12 897	12 105
* Kälber	t	4 815	4 626	4 226	4 250	4 161	4 125	4 610	3 985	3 587
* Schweine	t	8 954	8 965	8 914	9 441	8 384	8 888	10 050	8 754	8 432
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	37	60	62	39	59	62	87	20	48
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	78	78	91	87	87	87	95	89	90
* an Molkereien und Händler geliefert	%	94,8	95,2	95,9	95,9	96,0	95,6	96,2	96,1	96,1
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,0	11,0	12,8	12,7	12,3	12,8	13,5	13,0	12,7

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 898	2 843	2 844	2 841	2 839	2 734	2 724	2 724	2 732
* Beschäftigte	1 000	391	378	379	378	379	361	360	360	361
* Arbeiter 2)	1 000	276	264	265	264	265	250	249	249	251
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	38 809	37 350	37 469	36 550	36 948	35 782	35 777	34 996	33 348
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 125	1 139	1 084	1 208	1 128	1 061	1 090	1 199	1 119
* Löhne	Mill. DM	682	678	643	713	682	623	644	699	666
* Gehälter	Mill. DM	443	461	441	495	445	438	446	500	453
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	88	80	81	60	71	76	82	76	70
* Gasverbrauch	Mill. cbm	175	172	160	156	160	190	197	213	192
* Heizölverbrauch	1 000 t	138	120	113	111	94	93	92	79	72
* leichtes Heizöl	1 000 t	20	18	16	12	12	16	14	11	10
* schweres Heizöl	1 000 t	118	102	97	99	82	77	78	68	62
* Stromverbrauch	Mill. kWh	987	949	965	943	963	930	965	956	925
* Stromerzeugung	Mill. kWh	218	195	190	169	181	167	174	161	146
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 155	6 257	6 195	6 281	6 328	6 099	6 284	6 442	5 953
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 179	2 271	2 264	2 252	2 345	2 072	2 051	2 162	2 013
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	99	96	103	100	96	99	98	103	92 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	99	97	102	99	94	99	97	101	91 ^P
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	99	96	103	100	95	99	97	102	91
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	96	92	95	98	92	99	98	100	93
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	90	82	100	101	95	88	90	98	91
Chemische Industrie	1980 = 100	99	95	95	99	94	107	102	104	98
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	104	106	124	113	110	104	101	109	93
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1980 = 100	98	103	124	112	121	86	88	105	84
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	96	92	97	91	85	99	92	93	83
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	98	98	98	77	80	90	90	69	71
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	101	95	87	93	88	85	93	103	93
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	96	92	110	109	104	101	101	113	98
Handwerk ⁴⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	103	101	.	99	.	.	.	98	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	132	131	.	133	.	.	.	143	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	309	206	159	144	121	163	171	180	...
Strombezug ⁵⁾	Mill. kWh	2 212	2 233	2 119	2 127	2 070	2 255	2 318	2 059	...
Stromlieferungen ⁵⁾	Mill. kWh	900	815	771	807	702	763	814	681	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 603	1 623	1 508	1 465	1 489	1 655	1 675	1 558	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	...
Gasbezug	Mill. cbm	314	299	271	197	195	305	306	252	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	295	280	260	190	190	286	291	245	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	74 226	70 389	71 026	71 998	71 514	66 127 ^P	66 939 ^P	68 394 ^P	68 468 ^P
Facharbeiter	Anzahl	39 272	37 460	38 231	40 001	38 622	34 457 ^P	34 716 ^P	37 010 ^P	35 885 ^P
Fachwerker und Werker	Anzahl	17 093	15 316	15 113	14 698	15 615	14 678 ^P	15 457 ^P	14 727 ^P	16 175 ^P
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 749	8 233	9 032	9 380	9 835	8 079 ^P	8 453 ^P	9 435 ^P	8 622 ^P
Privater Bau	1 000	5 603	5 205	5 624	5 790	6 202	5 248 ^P	5 495 ^P	6 084 ^P	5 537 ^P
* Wohnungsbau	1 000	3 587	3 336	3 678	3 708	4 029	3 483 ^P	3 699 ^P	4 130 ^P	3 696 ^P
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	70	63	67	96	96	38 ^P	46 ^P	96 ^P	79 ^P
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 946	1 806	1 879	1 986	2 077	1 727 ^P	1 750 ^P	1 858 ^P	1 762 ^P
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 146	3 028	3 408	3 590	3 633	2 831 ^P	2 958 ^P	3 351 ^P	3 085 ^P
Hochbau	1 000	679	707	744	816	809	623 ^P	701 ^P	713 ^P	716 ^P
Tiefbau	1 000	2 467	2 321	2 664	2 774	2 824	2 208 ^P	2 257 ^P	2 638 ^P	2 369 ^P
Straßenbau	1 000	1 347	1 264	1 474	1 520	1 572	1 190 ^P	1 254 ^P	1 427 ^P	1 312 ^P
Löhne und Gehälter	Mill. DM	178	178	188	198	19	169 ^P	181 ^P	195 ^P	187 ^P
* Löhne	Mill. DM	152	150	161	170	171	143 ^P	155 ^P	167 ^P	160 ^P
* Gehälter	Mill. DM	26	28	27	28	27	26 ^P	26 ^P	28 ^P	27 ^P
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	519	504	522	565	632	456 ^P	490 ^P	646 ^P	541 ^P

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlensoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 044	805	880	898	975	1 109	1 312	1 283	1 124
* mit 1 Wohnung	Anzahl	686	516	579	557	638	735	835	829	715
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	292	219	233	260	259	289	360	337	308
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	66	70	68	81	78	85	117	117	101
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 103	904	962	1 031	1 084	1 175	1 359	1 420	1 274
* Wohnfläche	1 000 qm	180	149	154	168	177	191	225	232	205
* Wohnräume	Anzahl	8 431	6 979	7 192	7 905	8 147	9 092	10 626	10 697	9 554
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	313	271	284	308	331	360	419	436	394
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	2	1	3	5	2	1	3	5
Unternehmen	Anzahl	148	98	81	66	91	85	137	106	98
Private Haushalte	Anzahl	892	704	798	829	879	1 022	1 174	1 174	1 021
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	176	162	127	169	199	253	247	247	189
* Umbauter Raum	1 000 cbm	764	641	636	588	693	865	1 007	816	575
* Nutzfläche	1 000 qm	129	110	123	104	123	158	171	143	102
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	143	134	135	112	120	170	176	175	113
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	29	27	26	23	23	29	30	41	31
Unternehmen	Anzahl	143	132	97	141	173	222	214	205	158
Private Haushalte	Anzahl	4	3	4	5	3	2	3	1	-
* Wohnungsfürn insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 968	1 823	1 749	2 110	2 174	2 105	2 663	2 580	2 379
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 177	2 240	2 199	2 106	2 108	2 075	2 066	2 142	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	120	135	137	138	142	121	133	136	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	2 056	2 106	2 062	1 968	1 966	1 954	1 932	2 006	...
* Rohstoffe	Mill. DM	20	19	20	21	18	17	20	20	...
* Halbwaren	Mill. DM	134	142	109	141	158	127	123	126	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 902	1 945	1 933	1 807	1 790	1 809	1 789	1 860	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	596	614	587	588	616	653	675	747	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	1 306	1 331	1 346	1 219	1 174	1 156	1 113	1 112	...
Nach ausgewählten Verbrauchsändern										
* EG-Länder	Mill. DM	904	940	904	952	964	918	974	1 003	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	153	156	150	152	175	164	157	158	...
Dänemark	Mill. DM	32	33	36	36	29	33	36	36	...
Frankreich	Mill. DM	264	284	270	293	285	266	289	321	...
Griechenland	Mill. DM	23	19	24	17	23	19	17	24	...
Großbritannien	Mill. DM	131	146	139	146	147	152	185	160	...
Irland	Mill. DM	7	7	7	7	7	6	7	8	...
Italien	Mill. DM	157	154	148	151	152	139	143	156	...
Niederlande	Mill. DM	137	140	129	151	146	140	139	140	...
Österreich	Mill. DM	90	91	87	83	82	83	92	95	...
Schweiz	Mill. DM	91	96	85	89	103	111	97	105	...
USA und Kanada	Mill. DM	103	106	105	85	117	130	133	197	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	630	629	650	539	487	487	427	405	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	91	93	80	91	93	91	80	90	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 510	1 491	1 466	1 572	1 468	1 320	1 522	1 483	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	188	186	172	192	170	190	167	182	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 322	1 305	1 294	1 380	1 298	1 130	1 355	1 301	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	757	747	742	783	798	684	795	780	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	181	202	200	245	213	179	213	225	...
Dänemark	Mill. DM	12	14	11	11	13	15	11	16	...
Frankreich	Mill. DM	198	182	172	190	188	173	190	193	...
Griechenland	Mill. DM	7	7	7	8	7	9	10	5	...
Großbritannien	Mill. DM	43	38	33	40	32	40	43	48	...
Irland	Mill. DM	4	3	2	2	3	2	3	2	...
Italien	Mill. DM	131	127	148	118	148	123	141	124	...
Niederlande	Mill. DM	181	175	168	169	194	142	184	166	...
Österreich	Mill. DM	45	42	44	50	39	46	47	42	...
Schweiz	Mill. DM	26	27	29	25	34	33	36	38	...
USA und Kanada	Mill. DM	111	115	115	113	107	99	76	102	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	368	345	352	361	319	242	354	292	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	88	83	61	132	42	52	71	70	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	99	94	95	95	94	93	93	93	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	110	101	96	97	103	97	103	105	...
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	116	104	105	108	111	98	106	110	...
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	94	100	96	88	94	98	101	98	...
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	103	99	91	90	94	89	93	102	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	98	100	78	92	85	79	83	86	...
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	108	98	74	77	100	80	76	83	...
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	106	107	103	104	112	115	125	110	...
Tankstellen (Abs., eig. Namen)	1980 = 100	131	125	110	122	150	110	113	124	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	105	98	98	107	107	120	120	135	...
Sonstige Waren	1980 = 100	103	99	90	91	100	91	98	101	...
Umsatz zu Preisen von 1980	1980 = 100	104	91	87	87	92	86	91	93	...
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	111	93	93	93	97	86	92	95	...
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	89	91	88	81	86	87	90	87	...
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	96	88	81	80	84	78	81	88	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	96	95	74	87	80	74	78	81	...
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	103	88	67	69	89	70	66	72	...
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	101	99	96	97	104	102	110	97	...
Tankstellen (Abs., eig. Namen)	1980 = 100	113	108	100	107	127	102	102	111	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	102	90	89	97	97	108	107	120	...
Sonstige Waren	1980 = 100	109	89	81	82	90	82	87	90	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	92	92	96	96	95	101	98	100	...
Teilbeschäftigte	1980 = 100	89	88	91	91	89	101	102	107	...
* Umsatz	1980 = 100	99	103	121	117	110	104	112	112	...
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	102	112	136	140	117	105	129	130	...
Gaststättengewerbe	1980 = 100	97	97	112	103	106	93	101	100	...
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	417	417	551	511	559	383	555	550	564
* Ausländer	1 000	73	71	89	96	152	60	86	106	158
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 548	1 527	1 894	1 926	2 413	1 295	1 822	1 955	2 362
* Ausländer	1 000	222	211	235	273	540	171	233	316	571
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 505	1 468	1 484	1 554	1 592	1 367	1 344	1 737	1 552
* Güterversand	1 000 t	1 376	1 286	1 307	1 508	1 431	1 071	1 251	1 486	1 166
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 417	12 750	14 845	14 101	12 577	17 826	17 236	18 382	12 596
Krafträder	Anzahl	1 342	1 489	2 197	1 980	1 744	2 508	2 074	1 882	1 578
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 125	10 443	11 763	11 254	10 018	14 123	14 051	15 308	10 137
* Lastkraftwagen	Anzahl	545	440	492	499	431	662	600	673	503
Zugmaschinen	Anzahl	307	285	244	288	291	446	332	403	264
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 259	9 125	9 430	9 360	9 316	9 043	10 867	9 523	9 411
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 819	1 794	2 156	2 095	2 287	1 894	2 170	2 448	2 367
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 440	7 331	7 274	7 265	7 029	7 149	8 697	7 075	7 044
Verunglückte Personen	Anzahl	2 478	2 440	2 938	2 829	3 131	2 594	2 917	3 375	3 316
* Getötete	Anzahl	62	60	64	52	81	65	61	78	75
Pkw - Insassen	Anzahl	32	29	19	27	42	32	36	39	26
motorisierte Zweiräder	Anzahl	12	13	22	15	25	11	11	25	34
Fußgänger	Anzahl	11	11	16	5	8	15	7	6	6
* Verletzte	Anzahl	2 416	2 379	2 874	2 777	3 050	2 529	2 856	3 297	3 241
Pkw - Insassen	Anzahl	1 357	1 280	1 351	1 335	1 429	1 352	1 560	1 506	...
motorisierte Zweiräder	Anzahl	546	579	877	841	941	678	746	1 011	...
Fußgänger	Anzahl	236	235	258	216	230	221	226	256	...
Schwerverletzte	Anzahl	761	752	894	894	973	806	887	1 051	1 048
Pkw - Insassen	Anzahl	385	371	385	390	413	390	429	476	...
motorisierte Zweiräder	Anzahl	194	198	294	295	335	251	253	340	...
Fußgänger	Anzahl	104	101	100	94	96	82	100	89	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	63 997	68 814	64 783	65 554	65 801	69 205	69 313	70 328	70 313
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	62 594	67 259	63 348	64 108	64 247	67 583	67 704	68 716	68 722
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	51 189	54 993	51 836	52 536	52 694	54 993	55 138	56 138	56 186
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 405	12 266	11 512	11 572	11 553	12 590	12 566	12 578	12 536
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 184	15 238	14 154	14 847	14 767	14 750	14 437	15 117	14 639
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	13 334	14 155	13 394	13 931	13 780	13 632	13 425	13 966	13 616
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	850	1 083	760	916	987	1 118	1 012	1 151	1 023
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	8 123	9 143	8 306	8 357	8 500	9 118	9 208	9 250	9 426
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	6 481	7 261	6 684	6 743	6 855	7 170	7 197	7 288	7 412
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 642	1 882	1 622	1 614	1 645	1 948	2 010	1 962	2 014
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	40 286	42 878	40 888	40 904	40 980	43 716	44 059	44 349	44 657
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	31 374	33 577	31 758	31 862	32 059	34 192	34 516	34 884	35 158
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 912	9 301	9 130	9 042	8 921	9 524	9 543	9 465	9 499
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	52 450	56 251	53 667	53 450	53 533	56 332	57 065	56 992	56 717
* Sichteinlagen	Mill. DM	7 200	7 840	7 198	7 292	7 261	7 690	8 101	8 088	8 077
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 755	7 350	6 587	6 725	6 684	7 165	7 400	7 550	7 542
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	445	491	611	567	578	525	701	538	535
* Termingelder	Mill. DM	18 840	19 487	19 777	19 372	19 587	19 381	19 709	19 646	19 625
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	17 382	17 974	17 932	17 864	18 064	17 950	17 934	17 896	18 088
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 458	1 513	1 845	1 508	1 524	1 431	1 775	1 750	1 537
* Spareinlagen	Mill. DM	26 410	28 923	26 692	26 786	26 684	29 261	29 255	29 258	29 015
bei Sparkassen	Mill. DM	15 269	17 023	15 674	15 738	15 691	17 178	17 142	17 132	16 981
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 450	1 652	1 215	1 366	1 692	1 472	1 442	1 363	1 930
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 476	1 446	1 130	1 272	1 801	1 413	1 456	1 374	2 172
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ³⁾	Anzahl	51	66	66	53	63	66	49	93	64
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	25 505	35 080	26 832	18 946	50 756	19 508	16 842	36 395	39 851
* Vergleichsverfahren	Anzahl	-	1	-	1	1	-	1	1	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 043	1 140	1 054	1 158	1 235	1 073	1 087	1 141	1 022
* Wechselsumme	1 000 DM	8 170	8 109	6 503	7 862	8 428	7 221	10 434	11 310	8 435
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 104 967	1 158 755	1 108 178	1 274 946	907 509	750 105	1 166 191	1 294 437	851 591
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	759 347	793 980	720 046	968 801	561 219	394 233	807 691	972 649	453 499
* Lohnsteuer ⁴⁾	1 000 DM	524 985	559 453	678 968	400 217	482 763	389 098	689 660	426 003	480 520
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	102 977	107 812	293 044	-	-	-	295 664	-	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	135 811	128 325	- 16 278	377 999	- 26 346	- 37 565	- 33 995	341 744	- 44 675
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	17 011	16 977	11 218	8 005	89 406	9 434	8 957	6 884	19 884
* Körperschaftsteuer ⁴⁾	1 000 DM	81 540	89 224	46 138	182 580	15 396	33 266	143 069	198 018	- 2 230
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	12 011	15 971	30 477	-	-	-	107 708	-	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	345 619	364 776	388 132	306 145	346 290	355 872	358 500	321 788	398 092
* Umsatzsteuer	1 000 DM	213 926	225 997	254 676	159 544	209 546	197 397	237 306	188 535	273 194
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	131 693	138 779	133 456	146 601	136 744	158 475	121 194	133 253	124 898
* Bundessteuern	1 000 DM	161 613	163 561	156 523	187 193	131 033	140 742	141 160	151 985	158 961
* Zölle	1 000 DM	10 338	10 287	8 986	10 310	10 623	11 795	9 138	9 229	8 740
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	149 008	150 596	145 352	173 315	118 481	126 637	127 139	140 315	147 631
* Landessteuern	1 000 DM	70 238	72 488	92 608	72 130	70 364	61 102	108 372	69 124	74 816
* Vermögensteuer	1 000 DM	16 540	16 819	40 353	3 783	2 708	1 235	52 850	6 921	3 691
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	33 972	35 164	33 779	47 695	45 914	40 840	37 329	42 958	42 644
* Biersteuer	1 000 DM	6 537	6 473	5 713	7 057	8 092	5 910	5 270	6 656	7 222
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	456 688	445 407	.	477 648	.	.	.	477 135	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	7 858	7 922	.	10 378	.	.	.	9 991	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	73 216	75 620	.	84 730	.	.	.	88 311	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	336 120	324 346	.	338 528	.	.	.	326 256	.
* Lohnsummensteuer ⁶⁾	1 000 DM	208	57	.	25	.	.	.	- 57	.
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	28 627	26 196	.	26 469	.	.	.	35 289	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	737 589	771 187	692 996	885 326	574 536	524 829	735 369	794 745	740 251
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	329 329	344 820	309 586	427 263	204 587	169 080	354 671	428 743	194 061
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	233 299	250 197	226 385	270 870	200 004	189 113	238 412	214 017	359 827
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	13 347	12 610	502	-	38 912	25 894	1 126	-	27 402
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	561 110	587 850	587 820	635 857	500 417	406 824	642 802	638 685	480 369
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	327 808	343 248	308 378	424 906	243 802	169 080	352 437	426 760	191 957
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	149 716	159 505	186 332	138 821	147 339	150 748	180 867	142 801	186 194
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	13 347	12 610	502	-	38 912	25 894	1 126	-	27 402
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	674 522	678 044	.	665 879	.	.	.	687 848	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	256 714	247 575	.	258 452	.	.	.	270 778	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	297 241	309 408	.	268 310	.	.	.	266 191	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	123,9	130,5	129,8	131,1	131,4	133,2	133,7	134,2	134,7
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	118,2	125,5	125,6	128,6	128,0	128,7	128,9	129,0	128,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1980 = 100	105,9	108,9	109,1	.	.	.	110,7	.	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	575	600	.	.	605	616
* Männliche Arbeiter	DM	611	639	.	.	642	658
* Facharbeiter	DM	648	675	.	.	679	699
* Angelernte Arbeiter	DM	579	602	.	.	605	621
* Hilfsarbeiter	DM	497	512	.	.	520	536
* Weibliche Arbeiter	DM	412	430	.	.	435	432
* Hilfsarbeiter	DM	397	415	.	.	419	413
Bruttostundenverdienste	DM	13,86	14,64	.	.	14,68	15,09
* Männliche Arbeiter	DM	14,59	15,39	.	.	15,43	15,93
* Facharbeiter	DM	15,39	16,21	.	.	16,26	16,86
* Angelernte Arbeiter	DM	13,88	14,59	.	.	14,65	15,05
* Hilfsarbeiter	DM	12,05	12,57	.	.	12,54	13,23
* Weibliche Arbeiter	DM	10,46	11,01	.	.	11,05	11,12
* Hilfsarbeiter	DM	10,06	10,59	.	.	10,63	10,68
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,3	41,0	.	.	41,2	40,9
* Männliche Arbeiter	Std.	41,8	41,4	.	.	41,6	41,3
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,4	39,1	.	.	39,3	38,8
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 983	3 154	.	.	3 180	3 200
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 657	2 810	.	.	2 833	2 852
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 232	3 410	.	.	3 426	3 520
* männlich	DM	2 112	2 238	.	.	2 265	2 236
* weiblich	DM	3 709	3 898	.	.	3 929	3 968
* Technische Angestellte	DM	3 795	3 990	.	.	4 020	4 048
* männlich	DM	2 579	2 712	.	.	2 743	2 826
* weiblich	DM	3 454	3 631	.	.	3 657	3 699
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	3 119	3 291	.	.	3 309	3 364
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 690	3 883	.	.	3 897	4 003
* männlich	DM	2 438	2 572	.	.	2 600	2 598
* weiblich	DM	3 767	3 943	.	.	3 975	4 020
* Technische Angestellte	DM	3 846	4 026	.	.	4 061	4 107
* männlich	DM	2 670	2 794	.	.	2 818	2 830
* weiblich	DM	2 373	2 509	.	.	2 533	2 498
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 357	2 488	.	.	2 512	2 489
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 871	3 021	.	.	3 041	3 088
* männlich	DM	1 935	2 053	.	.	2 079	2 031
* weiblich	DM		

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 682	61 638	61 661	61 650	61 638
Eheschließungen 1)	Anzahl	29 972	30 131 ^P	29 210 ^P	45 895 ^P	37 457 ^P	27 195 ^P	24 149 ^P	47 301 ^P	37 816 ^P
Lebendgeborene 2)	Anzahl	52 046	51 764 ^P	50 273 ^P	49 231 ^P	53 548 ^P	50 390 ^P	47 536 ^P	51 345 ^P	50 403 ^P
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	60 183	59 655 ^P	60 149 ^P	57 880 ^P	60 522 ^P	66 727 ^P	57 426 ^P	58 855 ^P	57 130 ^P
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 8 137	- 7 891 ^P	- 9 876 ^P	- 8 649 ^P	- 6 974 ^P	- 16 337 ^P	- 9 890 ^P	- 7 510 ^P	- 6 727 ^P
Arbeitslose	1 000	1 272	1 833	1 710	1 646	1 650	2 386	2 254	2 149	2 127
Männer	1 000	652	1 021	945	898	894	1 408	1 279	1 200	1 173
Offene Stellen	1 000	208	105	128	120	118	82	82	86	86
Männer	1 000	127
Kurzarbeiter	1 000	347	606	491	455	429	1 023	764	639	495
Männer	1 000	239	460	367	328	317	824	609	500	392
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 310	22 478	22 814	.	.	.	23 744	.	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	366	360	355	349	369	378	348	389	361
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	98	95	103	103	100	95	101	99	103
ohne Baugewerbe	1980 = 100	99	96	104	103	100	98	102	99	103
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	99	96	104	104	101	97	102	100	103
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1980 = 100	97	91	101	100	99	94	99	98	101
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1980 = 100	100	99	108	109	105	99	105	103	106
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1980 = 100	95	91	99	96	92	95	99	93	98
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1980 = 100	102	99	105	106	103	96	101	101	108
Baugewerbe	1980 = 100	92	84	95	103	100	76	94	100	108
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 489	7 226	7 263	7 239	7 233	6 955	6 918	6 905	6 900
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	726	689	724	683	679	723	662	660	659
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	104 661	107 031	109 507	103 770	109 130	117 924	104 610	107 246	114 624
Auslandsumsatz	Mill. DM	27 262	29 000	30 070	28 526	30 727	31 906	27 444	29 078	31 021
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 145	25 304	24 882	23 021	21 361	28 700	24 180	23 423	21 921
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 380	3 046	2 898	3 017	2 722	3 375	2 798	2 711	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 226	1 152	1 163	1 171	1 183	1 050 ^P	1 097 ^P	1 115 ^P	1 130 ^P
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	134	127	143	139	145	121 ^P	126 ^P	136 ^P	144 ^P
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 244	8 722	7 755	8 288	9 406	6 590 ^P	7 376 ^P	8 486 ^P	12 423 ^P
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	13 607	10 963	12 148	12 157	12 574	14 661	15 801	16 594	17 177
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	12 324	9 547	10 781	10 774	11 099	13 034	13 934	14 762	15 152
Wohnfläche	1 000 qm	2 588	2 268	2 441	2 414	2 500	2 797	3 157	3 229	3 372
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 844	2 650	2 747	2 693	2 928	4 185	4 022	4 134	3 765
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	29 669	27 135	29 121	28 900	30 258	33 766	38 064	39 090	41 390
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	33 083	35 648	36 502	35 582	36 197	40 090	33 807	35 497	36 840
EG-Länder	Mill. DM	15 507	17 161	17 724	16 996	17 898	20 177	16 468	16 893	18 292
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 410	2 591	2 768	2 528	2 552	3 030	2 609	2 612	2 819
Dänemark	Mill. DM	627	704	733	687	677	776	690	680	681
Frankreich	Mill. DM	4 327	5 011	5 200	5 068	5 698	5 848	4 238	4 377	5 328
Griechenland	Mill. DM	388	391	403	426	389	413	371	359	411
Großbritannien	Mill. DM	2 181	2 610	2 534	2 600	2 630	3 216	2 749	2 963	3 117
Irland	Mill. DM	140	142	154	149	133	171	149	160	128
Italien	Mill. DM	2 609	2 698	2 822	2 777	2 878	3 153	2 613	2 738	2 748
Niederlande	Mill. DM	2 824	3 014	3 110	2 761	2 942	3 570	3 049	3 003	3 060
Österreich	Mill. DM	1 668	1 719	1 801	1 707	1 675	1 991	1 781	1 780	1 786
Schweiz	Mill. DM	1 727	1 808	1 882	1 716	1 772	2 026	1 758	1 744	1 941
USA und Kanada	Mill. DM	2 393	2 555	2 594	2 717	2 498	2 770	2 594	2 789	2 887
Entwicklungsländer	Mill. DM	5 883	6 055	6 122	5 989	5 689	5 929	5 319	5 925	5 393
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 629	1 709	1 632	1 727	1 704	2 229	1 734	1 877	1 979

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehauausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	30 760	31 382	33 063	30 585	31 420	34 635	31 132	31 869	32 923
EG-Länder	Mill. DM	14 545	15 107	16 168	14 972	14 857	18 032	15 447	16 171	16 736
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 056	2 123	2 308	2 073	2 219	2 579	2 428	2 405	2 708
Dänemark	Mill. DM	494	546	528	485	520	644	613	552	604
Frankreich	Mill. DM	3 344	3 573	4 118	3 446	3 372	4 482	3 388	3 886	3 916
Griechenland	Mill. DM	246	229	195	247	229	241	208	186	249
Großbritannien	Mill. DM	2 287	2 259	2 427	2 360	2 284	2 641	2 210	2 262	2 328
Irland	Mill. DM	144	153	163	142	155	222	185	168	193
Italien	Mill. DM	2 297	2 393	2 459	2 433	2 515	2 791	2 367	2 663	2 705
Niederlande	Mill. DM	3 678	3 831	3 971	3 785	3 561	4 433	4 048	4 049	4 032
Österreich	Mill. DM	859	926	947	956	965	1 107	1 033	1 006	1 053
Schweiz	Mill. DM	1 051	1 077	1 118	1 060	1 109	1 188	1 073	1 120	1 158
USA und Kanada	Mill. DM	2 640	2 631	2 955	2 583	2 836	2 683	2 640	2 396	2 589
Entwicklungsländer	Mill. DM	5 977	5 707	5 351	5 286	6 003	4 925	4 779	5 003	4 888
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 608	1 779	1 909	1 612	1 732	1 686	1 636	1 738	1 774
Einzelhandel										
Umsatz	1980 = 100	103,8	105,0	107,1	99,7	100,2	119,1	103,2 ^P	105,0 ^P	108,5 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1980 = 100	105,0	105,8	103,3	116,8	...	99,3	105,3	114,5 ^P	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 555	1 658	1 565 ^F	1 569	1 584	1 662	1 663	1 676	1 693 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 176	1 242	1 176 ^F	1 180	1 196	1 237	1 241	1 248	1 267 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	379	416	390 ^F	389	388	425	422	428	425 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	4 059	1 124	1 055 ^F	1 063	1 063	1 109	1 114	1 124	1 125 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	483	518	482 ^F	483	483	523	526	526	526 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	23 193	23 674	18 127	17 659	30 073	27 649	18 378	17 801	30 824
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	14 523	15 014	8 866	8 892	22 618	20 739	9 223	9 095	22 873
Lohnsteuer	Mill. DM	9 713	10 284	8 705	8 831	10 033	8 355	8 999	9 173	10 313
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 744	2 550	- 525	- 446	7 407	7 231	- 555	- 739	7 007
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	8 149	8 143	8 184	8 384	7 437	6 903	8 343	8 408	7 943
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 525	4 478	4 045	4 687	3 895	3 258	4 335	4 832	4 197
Bundessteuern	Mill. DM	4 006	4 131	3 841	4 104	4 830	4 309	4 071	4 059	4 147
Zölle	Mill. DM	412	394	433	409	376	400	413	370	379
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 367	3 489	3 173	3 485	4 233	3 578	3 374	3 432	3 536
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1976 = 100	121,9	127,0	126,6	127,0	127,5	127,2	127,4	127,5 ^P	126,4 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1976 = 100	104,6	107,3	108,8	109,0	108,6	106,6	104,9	104,6 ^P	105,4 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1980 = 100	107,8	114,1	113,4	113,7	114,2	114,7	115,1	115,2	115,5
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	105,7	109,2	.	109,4	.	.	.	110,9	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	105,9	108,9	.	109,1	.	.	.	110,7	.
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	102,6	100,3	.	100,7	.	.	.	99,1	.
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	123,9	130,5	129,0	129,8	131,1	132,9	133,2	133,7	134,2
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	118,2	125,5	124,5	125,6	128,6	128,1	128,7	128,9	129,0
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	126,8	132,5	131,7	132,2	132,3	135,5	135,7	136,2	136,3
Wohnungsmiete	1976 = 100	120,4	126,4	125,0	125,6	126,0	131,7	132,2	132,7	133,0
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	157,8	171,0	166,1	169,1	168,7	162,3	164,0	164,5	165,8
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	123,7	129,3	129,2	129,6	129,4	132,7	132,5	132,5	132,7
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	125,2	130,9	127,9	128,8	130,2	131,8	131,5	133,7	134,1
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	126,0	131,7	130,9	131,2	131,5	136,0	136,2	136,5	136,8
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	113,0	118,2	117,7	117,8	118,2	120,5	120,8	121,1	121,2
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	131,3	137,5	135,6	136,2	138,6	141,1	141,2	141,2	144,1

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

kurz + aktuell

Einzelhandelsumsatz im ersten Halbjahr 1983 um 3,6% gestiegen

Im ersten Halbjahr 1983 erhöhte sich der Umsatz der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäfte im Vergleich zum ersten Halbjahr 1982 um 3,6%.

Am stärksten nahmen die Erlöse des Einzelhandels mit Fahrzeugen und Fahrzeugteilen zu (+ 12%). Auch für den Vertrieb von pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen (+ 8,4%) sowie Textilien, Bekleidung und Schuhen (+ 6,5%) wurden überdurchschnittliche Steigerungen ermittelt. Eine vergleichsweise schwache Entwicklung hatten die Umsätze des Einzelhandels mit Nahrungsmitteln und Getränken (+ 1,5%) sowie Einrichtungsgegenständen (+ 0,3%). pe

Schweinebestand nimmt weiter zu

Anfang August hielten die rheinland-pfälzischen Landwirte 714 600 Schweine. Damit vergrößerte sich der Schweinebestand während Jahresfrist um 45 900 Tiere oder 6,9%. Bei dieser Zunahme handelt es sich um 12 200 Ferkel, 30 800 Jung- und Mastschweine sowie 2 900 Zuchtschweine. Da sich die Zahl der tragenden Sauen erneut ausweitete, ist weiterhin mit einem steigenden Schlachtschweineangebot aus eigener Erzeugung zu rechnen.

Die Anzahl der schweinehaltenden Betriebe beziffert sich im August 1983 auf nahezu 26 300 (- 4,4%). Auf Grund der derzeitigen Tierseuchengefahr wurden wohl in einigen Betrieben wieder Zuchtsauen aufgestellt. Die Zahl der Sauenhalter stieg um 5,8% auf rund 6 100. su

Themen der letzten Hefte

Heft 12/Dezember 1982

Wirtschaftliche Entwicklung 1982
Fremdenverkehr in den Heilbädern
Strukturwandel im verarbeitenden Gewerbe 1967 bis 1979
Umsatz und Beschäftigte in der Handelsvermittlung
Binnenfischerei 1981

Heft 1/Januar 1983

Weinmosternte 1982
Feldfrüchte und Futterpflanzen 1982
Bafög-Leistungen 1981
Wohnungsmieten
Das Baugewerbe in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Abwasserbeseitigung

Heft 2/Februar 1983

Außenhandel mit Frankreich
Lohnsteuererlegung
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1981
Ausländer 1982
Obstbau 1982
Statistiken in der Land- und Forstwirtschaft

Heft 3/März 1983

Volkszählung 1983
Datenschutz und amtliche Statistik
Insolvenzen 1982
Beherbergungskapazität 1983
Zensus im Baugewerbe
Milch- und Fleischproduktion 1982
Obst- und Gemüseernte 1982

Heft 4/April 1983

Landtagswahl am 6. März 1983
Kommunale Haushaltspläne 1983
Das lohnsteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 1980
Güterumschlag der Binnenschifffahrt 1970 bis 1982

Heft 5/Mai 1983

Bundestagswahl am 6. März 1983
Fremdsprachenunterricht 1982/83
Ausstattung privater Haushalte 1983

Heft 6/Juni 1983

Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen 1982
Regionale Wirtschaftsstruktur 1980
Lohnsteuerpflichtige nach Geschlecht und Familienstand 1980
Einzelhandel und Gastgewerbe 1970 bis 1982
Gartenbau 1981
Viehbestände 1982

Heft 7/Juli 1983

Abrechnung des Materialverbrauchs in Krankenhäusern
Personalkosten und Personalnebenkosten im produzierenden Gewerbe 1981
Mehrfamilienhäuser
Personenbeförderung im öffentlichen Straßenverkehr 1975 bis 1982
Habilitationen 1980 bis 1982
Edelsteingewerbe

Heft 8/August 1983

Ernteaussichten 1983
Ausbildungsplätze im Mai 1983 - Angebot und Nachfrage
Regionale Arbeitsmärkte 1970 bis 1996
Sozialprodukt und privater Verbrauch 1960 bis 1981
Baulandpreise 1982
Brauwirtschaft
Mineralwasser und alkoholfreie Erfrischungsgetränke
Befunddokumentation und Arztbriefschreibung im Krankenhaus (BAIK)

Themen der folgenden Hefte

Entwicklung der Finanzen von Land und Gemeinden seit 1970
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1982
Preisindizes für die Lebenshaltung
Abgänge von Gebäuden und Wohnungen seit 1979
Außenhandel mit Wein
Leistungserfassung im Krankenhaus
Hardware- und softwaretechnologische Entwicklungen im Statistischen Landesamt
Schweinehaltung 1950 bis 1982

Zahl der Fremdenübernachtungen in Bernkastel-Kues verdoppelte sich gegenüber 1972

Mit diesem Beitrag soll beispielhaft gezeigt werden, welche statistischen Informationen für jede der insgesamt 1 000 rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgemeinden vorhanden sind.

Im Jahre 1982 übernachteten in den Fremdenverkehrsbetrieben der Stadt Bernkastel-Kues insgesamt 102 800 Gäste. Die Zahl der Übernachtungen belief sich auf 472 390. Unter den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsarten lag die Stadt an der Mosel damit an vierter Stelle. Nur Bad Neuenahr-Ahrweiler (643 770), Bad Kreuznach (562 720) und Mainz (540 750) verzeichneten höhere Übernachtungszahlen. In Bernkastel-Kues blieben die Besucher durchschnittlich 4,6 Tage, die vorhandene Bettenkapazität wurde zu 42% genutzt. Im Landesdurchschnitt errechnet sich eine mittlere Aufenthaltsdauer von 3,7 Tagen und ein Auslastungsgrad von 29%.

Seit 1972 hat sich in Bernkastel-Kues die Zahl der Übernachtungen verdoppelt (Rheinland-Pfalz + 30%). Die außerordentlich hohe Steigerung in der Moselstadt ist maßgeblich auf die Inbetriebnahme von Kuranstalten zurückzuführen, auf die im Jahre 1982 fast zwei Fünftel der Übernachtungen entfielen. Auf den Urlaubstourismus bezogen nahmen in Bernkastel-Kues von 1972 bis 1982 die Übernachtungen in Fremdenverkehrsbetrieben um 23% zu. pe
Mehr über dieses Thema auf Seite 205

21% mehr Übernachtungen auf Campingplätzen

Im ersten Halbjahr 1983 besuchten insgesamt 2,3 Millionen Gäste die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe (8,1 Mill. Übernachtungen). Das sind 3% mehr als im ersten Halbjahr 1982 (Übernachtungen - 2%). Nahezu jeder sechste Gast kam aus dem Ausland.

Während die Übernachtungszahl der Beherbergungsbetriebe um 4% niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum war, erzielten die Campingplätze einen Zuwachs von 21%. Die durchschnittliche Verweildauer betrug bei den Gästen der Fremdenverkehrsbetriebe 3,4 Tage, bei den Campern waren es 4,5 Tage. san

Ein Bewährungshelfer betreut 77 Probanden

Am 31. Dezember standen 5 825 Personen unter Bewährungsaufsicht und 360 Personen unter Führungsaufsicht. Gegenüber dem Vorjahr (5 396 bzw. 309 Fälle) stieg die Zahl der Unterstellungen um 8% bzw. 16,5%. Die Betreuung der Probanden oblag 80 Bewährungshelfern. Das entspricht einer durchschnittlichen Anzahl von 77 (1981: 71) Unterstellungen je Bewährungshelfer.

1982 endeten 1 794 Aufsichten. Bei knapp zwei Drittel der Fälle war die Bewährungszeit abgelaufen. 31% der Probanden wurden erneut straffällig, so daß die Bewährungsaufsicht widerrufen wurde. nö

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 9/83

Frauenkriminalität gestiegen

Im Jahre 1982 haben die rheinland-pfälzischen Gerichte 54 700 Personen wegen Verbrechen oder Vergehen abgeurteilt. 45 452 Angeklagte wurden rechtskräftig verurteilt. Gegenüber dem Vorjahr (44 099) bedeutet dies eine Zunahme von 3,1%. Die Verurteilungsziffer (bezogen auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung) stieg von 1 445 auf 1 479 (+ 2,4%).

Die Zunahme der Kriminalität ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Frauen häufiger straffällig wurden. 1981 betrug ihr Anteil an den Verurteilungen noch keine 14%, 1982 waren es 14,6%. Die Betrachtung der einzelnen Altersgruppen zeigt diese Entwicklung noch deutlicher. Während bei den männlichen Erwachsenen über 21 Jahre die Kriminalitätshäufigkeit um 1,7% zunahm, ist bei den Frauen gleichen Alters eine Steigerung von 6,2% zu verzeichnen. In der Gruppe der Heranwachsenden (18 bis unter 21 Jahre) errechnen sich Verurteilungsziffern von 6 308 (+ 1,2%) bzw. 856 (+ 10,2%). Noch deutlicher zeigt sich der steigende Trend bei den Jugendlichen (14 bis unter 18 Jahre): Die Zahl der männlichen Verurteilten ging im Jahr 1982 absolut von 5 313 auf 5 247 zurück, die Verurteilungsziffer stieg jedoch infolge deutlicher Abnahme der Bevölkerung dieser Altersgruppe um 1,3%. Bei den weiblichen Jugendlichen ist ein Anstieg der Straffälligkeit sowohl bei der absoluten Zahl (819 = + 11,4%) als auch bei der Verurteilungsziffer (656 = + 13,7%) zu verzeichnen. nö

Über eine Million Unterrichtsstunden in der Erwachsenenbildung

Mehr als 2,3 Millionen Menschen haben im Jahre 1982 die knapp 78 600 Veranstaltungen der sieben staatlich anerkannten Weiterbildungsorganisationen in Rheinland-Pfalz besucht. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Veranstaltungen um 2,7%, die der Teilnehmer um 2,2% gestiegen. Der größte Zuspruch war mit über 1,5 Millionen Teilnehmern bei den knapp 47 700 Einzelveranstaltungen zu verzeichnen. In den längerfristigen Veranstaltungen ohne internatsmäßige Unterbringung (28 403) wurden 712 600 und in den längerfristigen Veranstaltungen mit internatsmäßiger Unterbringung (2 498) knapp 69 000 Personen gezählt.

Die Zahl der Unterrichtsstunden stieg um 2,6% auf über eine Million an. Die meisten Unterrichtsstunden (48%) erteilten die Volkshochschulen, gefolgt von der Katholischen (24%) und der Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (16%). Schwerpunkte des Angebots waren Themen aus den Bereichen Erziehungs- und Geisteswissenschaften mit 229 000 Unterrichtsstunden (23%), Gesundheit, Gymnastik, Körperpflege und Haushaltsführung mit 191 000 Unterrichtsstunden (19%) und Kreatives Gestalten, Freizeitaktivitäten mit 172 000 Unterrichtsstunden (17%). Die Gesamtausgaben beliefen sich 1982 auf 73 Mill. DM. we

Handwerker verdienen 14,11 DM in der Stunde

Die rheinland-pfälzischen Handwerker verdienten im Mai 1983 in der Stunde brutto 14,11 DM. Das sind 1,9% mehr als im Mai 1982. Die Stundenverdienste der Vollgesellen stiegen um 2,7% auf 14,75 DM, die der Junggesellen blieben mit 10,84 DM nahezu unverändert.

Den höchsten Stundenlohn erreichten mit 15,23 DM die Vollgesellen im Fleischerhandwerk sowie im Zentralheizungs- und Lüftungsbauerhandwerk, den niedrigsten mit 14,17 DM die Kraftfahrzeugmechaniker. Die bezahlten Wochenstunden aller Handwerker gingen innerhalb Jahresfrist um 0,5 Stunden auf 40,8 Stunden zurück. ze

Getreideernte 16% niedriger als 1982

Die diesjährige Getreideernte in Rheinland-Pfalz beläuft sich auf insgesamt 1,29 Mill. t. Sie bleibt damit um 16% unter der bisher größten Ernte des Vorjahres und um 14% unter dem Sechsjahresdurchschnitt 1977/82. In Rheinland-Pfalz sind größere Ernteaufgänge zu verzeichnen als in den meisten übrigen Bundesländern. Besonders stark sind die westlichen Landesteile betroffen. In Anbetracht des raschen Ernteverlaufs konnten bereits nahezu alle vorgesehenen Probeschnitte und der größte Teil der Volldrusche ausgewertet werden, so daß das endgültige Ergebnis nur geringfügig von dem genannten Wert abweichen dürfte.

Für Getreide insgesamt beträgt der Hektarertrag 38,2 dt gegenüber 44,8 dt im letzten Jahre und 41,8 dt im mehrjährigen Durchschnitt. Winterweizen liegt mit 46 dt um 1,5% unter dem Durchschnittswert, während Roggen mit 35,7 dt (— 6%) und Wintergerste mit 44,6 dt (— 5%) etwas stärker abfallen. Erhebliche Verluste sind bei der Sommergerste (31,3 dt) und beim Hafer (28,5 dt) entstanden. Die Hektarerträge bleiben bei diesen Arten um 23 bzw. 24% unter denen vom Vorjahr und um 16 bzw. 25% unter dem mehrjährigen Durchschnitt. tg

Rheinland-Pfalz hat höchste Kraftfahrzeugdichte

Am 1. Juli 1983 waren in Rheinland-Pfalz 1 859 108 Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen. Das sind 47 767 oder 2,6% mehr als ein Jahr zuvor. In den Vorjahren waren die Zuwachsraten stets höher ausgefallen.

Der Bestand an Krafträdern vergrößerte sich erneut sehr stark (+ 17%). Dazu hat insbesondere die noch immer außerordentlich hohe Nachfrage nach Leichtkrafträdern beigetragen (+ 31%). Auch die Zahl der Kombis nahm überdurchschnittlich zu (+ 4%). Sonderkraftfahrzeuge gab es 9% mehr. Personenkraftwagen + 2,1%; die Zahl der Lastkraftwagen ging um 0,6% zurück.

Rheinland-Pfalz hat mit 512 Kraftfahrzeugen je 1 000 Einwohner die höchste Kraftfahrzeugdichte unter den Bundesländern (Bundesgebiet 472). gz

34 motorisierte Zweiradfahrer in einem Monat tödlich verunglückt

Im Juli 1983 ereigneten sich auf den Straßen in Rheinland-Pfalz 2 343 Verkehrsunfälle mit Personenschaden, die 75 Menschenleben forderten. Jeder fünfte Verkehrstote hatte seinen Wohnsitz außerhalb von Rheinland-Pfalz. Von den insgesamt 3 209 Verletzten mußten 1 039 stationär behandelt werden.

Im Vergleich zum Juli 1982 gab es 2,4% mehr Unfälle mit 5,2% mehr Verletzten. Die Zahl der Getöteten verringerte sich um sechs.

Besonders stark nahm die Zahl der als Insassen von Personenkraftwagen getöteten Verkehrsteilnehmer ab (16 weniger als im Juli 1982). Dagegen verloren 34 motorisierte Zweiradfahrer ihr Leben, neun mehr als vor einem Jahr. Noch nie zuvor ist in einem Monat eine so hohe Zahl registriert worden.

42 Verkehrsteilnehmer starben im Alter zwischen 15 und 25 Jahren. Davon waren 26 Fahrer oder Mitfahrer von motorisierten Zweirädern. gz

Zahl der tödlich verunglückten Verkehrsteilnehmer an Wochenenden am höchsten

Im ersten Halbjahr 1983 ereigneten sich Tag für Tag im Durchschnitt 151 schwere Unfälle auf den rheinland-pfälzischen Straßen. Jeden Tag wurden 82 Personen verletzt oder getötet.

Die meisten Unfälle mit Personen- oder schwerem Sachschaden passierten freitags (172) und samstags (165), die wenigsten an Sonntagen (124).

Dennoch starben in den ersten sechs Monaten 1983 an Sonntagen die meisten Verkehrsteilnehmer (58), an Samstagen 57 und Freitagen 55. An diesen Tagen verloren im Durchschnitt jeweils 2,2 Personen bei Straßenverkehrsunfällen das Leben (Wochendurchschnitt 1,9). Die wenigsten Verunglückten wurden jeweils am Dienstag ermittelt. gz

Opel- und VW-Fahrer lieben Rot, Mercedesfahrer Grün

Im Jahre 1982 wurden in Rheinland-Pfalz 125 311 fabrikneue Personenwagen und Kombis für den Straßenverkehr zugelassen, davon 36 989 aus ausländischer Produktion. Insgesamt wurden 7,5% Neuwagen weniger zugelassen als 1981. Bei den ausländischen Fahrzeugen ergab sich sogar ein Rückgang um 13%.

Den stärksten Zuwachs erzielte Opel mit + 7,4%. Der Marktanteil von Opel stieg damit auf 20%. VW und Audi-NSU hatten Rückgänge um 11 bzw. 17% zu verzeichnen. Gleichzeitig verringerten sich ihre Marktanteile um 0,9 bzw. 0,7 Prozentpunkte.

Jeweils jeder zehnte neuzugelassene Wagen kam aus Japan oder Frankreich. Italienische Fabrikate machten 5,4% aller Neuzulassungen aus.

Rot war die am häufigsten gewählte Farbe für Neuwagen von Opel (28%) und VW (24%), Grün bei den Wagen von Daimler-Benz (23%). gz

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	D = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.